Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. März 1979
Jg. 7 Nr. 10

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Volksfront für Unabhängigkeit in Bangladesh

z.job. Ende 1978 wurde in Dakka die Gründung der „Gano Front“ bekanntgegeben. Acht fortschrittliche und revolutionäre Organisationen haben sich zur Volksfront zusammengeschlossen. In ihrem 10-Punkte-Programm, das sie gemeinsam vorgelegt haben, fordern sie die Aufhebung des seit 1975 herrschenden Kriegsrechts und der Verfassung von 1972, die kurz nach der militärischen Besetzung des damaligen Ostpakistan durch Indien dem Land aufgezwungen wurde, sowie das Recht auf freie politische Betätigung. In dem Programm ist die Forderung nach Annullierung aller Verträge festgelegt, die zur Zeit Mujibur Rahmans mit den sowjetischen Sozialimperialisten und Indien abgeschlossen wurden. Die Demonstration gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen Kampuchea in Dakka im Januar war die größte Kundgebung sei 1975.

Erdöl auf den Philippinen

z.mif. Die erste Ölförderinsel vor der philippinischen Insel Palawan wurde jetzt von der niederländischen Shell in Betrieb genommen, 40000 Faß werden täglich gefördert. Das sind 15% des philippinischen Ölbedarfs. Weitere Förderungen kanadischer und philippinischer Gesellschaften sollen bald beginnen. – Die Völker der Philippinen verstärken den Kampf gegen den Imperialismus. Das Moro-Volk hat den bewaffneten Befreiungskampf auf die Insel Palawan getragen. Auf der Insel Luzon, auf der die Hauptstadt Manila liegt, kämpft im Norden seit 1975 das Bergvolk der Igoroten gegen ein Staudammprojekt, das ihnen Land und Leben rauben würde. Die Agenten der Weltbank mußten mehrmals ihre Pläne über den Haufen werfen. Mindestens zweimal haben die Bauern sie mit dem Speer in der Hand verjagt.

EG-ASEAN-Konferenz – Imperialisten blitzen ab

z.pel. 300 europäische Bankiers und Industrielle waren zusammen mit EG-Vizepräsident Haferkamp nach Djakarta gereist. Sie wollten auf der dreitägigen Konferenz über industrielle Zusammenarbeit, nach dem Anstieg

EG-ASEAN-Konferenz – Imperialisten blitzen ab

z.pel. 300 europäische Bankiers und Industrielle waren zusammen mit EG-Vizepräsident Haferkamp nach Djakarta gereist. Sie wollten auf der dreitägigen Konferenz über industrielle Zusammenarbeit, nach dem Anstieg
des gemeinsamen Außenhandels um 35% 1978, jetzt über stärkeren Kapitalexport und den Abschluß langfristiger Rohstoffabkommen verhandeln. Die ASEAN-Staaten haben demgegenüber zunächst die Einrichtung eines Weltrohstoffonds gefordert und wollen ausländisches Kapital nur noch in geringem Maße zulassen. Der indonesische Präsident Suharto hat die sofortige Aufhebung aller Handelsbeschränkungen verlangt. Gegen alle Spaltungsversuche haben die ASEAN-Staaten bekräftigt, nur gemeinsam mit den EG-Imperialisten zu verhandeln. Diese haben erkennen müssen: Zu ihren Bedingungen wird es kein Abkommen mehr geben.

Die Wiedervereinigung Koreas steht auf der Tagesordnung

z.dab. Am 17. Februar hat das erste Treffen seit zweieinhalb Jahren zwischen Nord- und Südkorea stattgefunden. Das südkoreanische Pak-Regime beharrt zwar noch auf einer Konferenz nur zwischen Regierungsvertretern, mußte aber den Versammlungsraum in Panmunjom und die Teilnehmer der nordkoreanischen Delegation akzeptieren. Vor dem Gebäude drängten sich Menschenmassen aus Südkorea, die das Treffen verfolgen wollten. 500 Teilnehmer einer Kampagne zu Vereinigung wollen ab 1. März 10 Mio. Unterschriften für die friedliche Wiedervereinigung sammeln; sie können sich stützen auf den Vorschlag Nordkoreas zur Einberufung eines Kongresses der ganzen Nation, der jedem offensteht. Die US-Imperialisten haben auf diese Entwicklung eine Antwort eigener Art: am 1. März begannen die Besatzertruppen das größte Manöver seit dem Korea-Krieg.

Die Imperialisten schreien nach billigem Öl

OPEC-Staaten erhöhen Ölpreise / Ehmke nach Carter und d'Estaing in Mexiko

z.brp. Am 12.2.79 besuchte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff Norwegen; dort verhandelte er über die Ausweitung der Ölimporte in die BRD. Im Anschluß war er in Kanada wegen der Verlängerung des Ende 79 auslaufenden 3-Jahres-Vertrags über Uranlieferungen. Die britische Königin Elisabeth weilte zur gleichen Zeit am Persischen Golf, in Kuweit und Saudi-Arabien, ebenfalls mit dem Anliegen, von beiden Regierungen Zusagen über weitere Öllieferungen zu erhalten. Derzeit ist der französische Präsident d'Estaing in Mexiko, nachdem US-Präsident Carter den mexikanischen Präsidenten Portillo nicht zu einem Abkommen auf umfangreichere Öllieferungen pressen konnte.

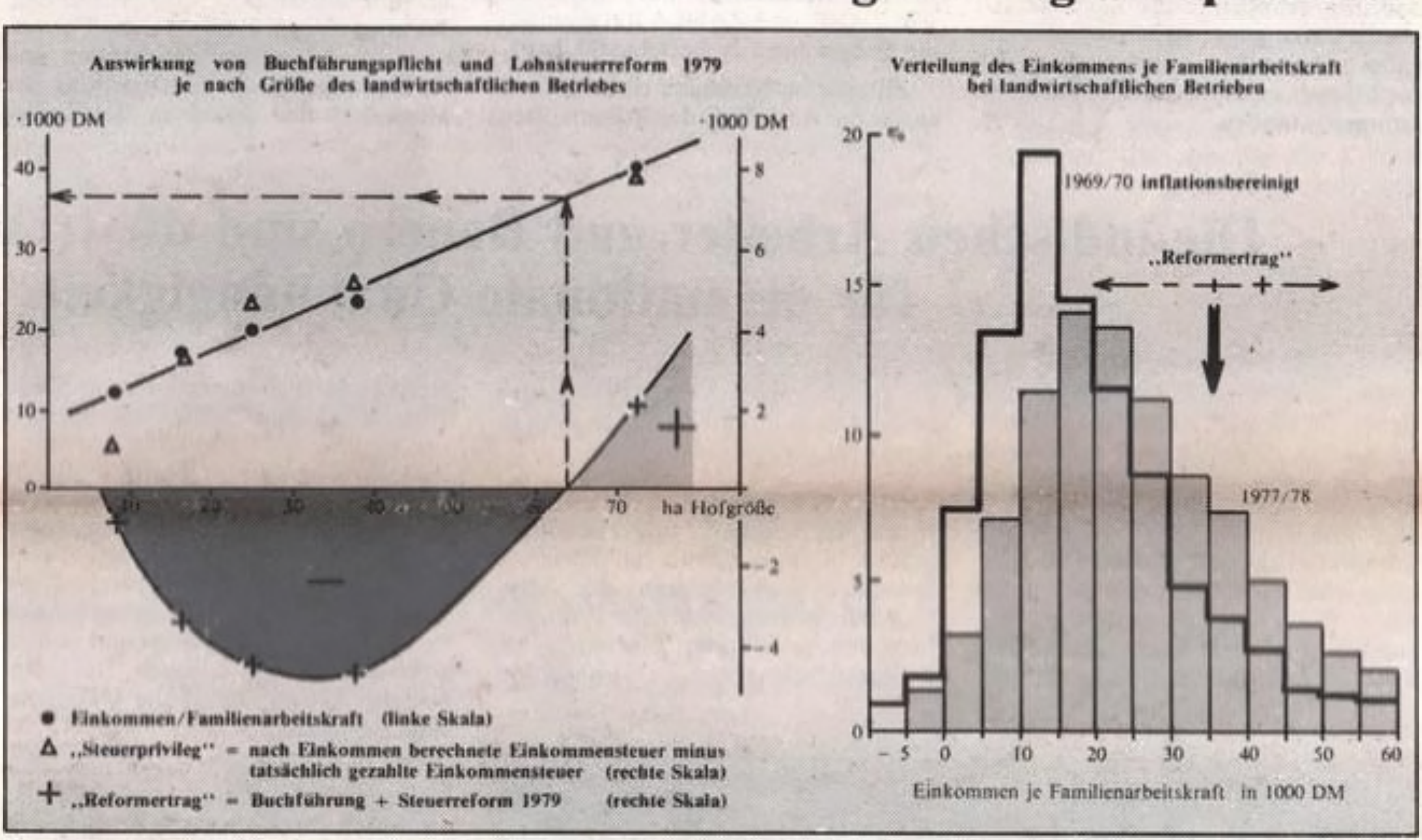
„Mexiko (gilt) als das Land der Zukunft“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 28.2. und tadelt Schmidt, der im April nach Brasilien, Peru und Santo Domingo fährt, aber nicht nach Mexiko. „Sinnvoll wäre es, mit Fühlungnahmen nicht erst bis 1980 zu warten und in der Zwischenzeit dem mexikanischen Außenminister Roel, der Deutsch spricht, mehr oder weniger offiziell Gelegenheit zu geben, sich in der Bundesrepublik umzuschauen und mit allen Gesprächspartnern, die er sich wünscht, zu reden. Denn Mexiko sitzt in einer so phantastischen Klemme zwischen offensichtlicher Armut und vorhandenem Reichtum, daß auch eine altruistische Haltung der Deutschen – guter Rat ohne eigene Interessen – ihren Sinn hätte“, bohrt die gleiche Zeitung zwei Tage später nach. – Die BRD-Imperialisten haben 1978 insgesamt 96,3 Mio. t Rohöl importiert, davon 61,8 Mio. t aus den arabischen Staaten und dem Iran. Jetzt hat die neue iranische Regierung angekündigt, statt wie unter dem Schah-Regime 5,4 Mio. barrel Öl (1 barrel = 159 l) zu exportieren nur noch 3,5 bis 4 Mio. barrel zu exportieren und einen Mindestpreis von 18 bis 20 $ pro barrel zu verlangen. Venezuela hat in der vergangenen Woche die Preise um 15%, Kuweit um 10%, Abu Dhabi und Katar um 7 bis 8% erhöht, Saudi-Arabien fordert für Zusatzlieferungen einen erhöhten Sonderpreis. Mexiko hat er-

159 l) zu exportieren nur noch 3,5 bis 4 Mio. barrel zu exportieren und einen Mindestpreis von 18 bis 20 $ pro barrel zu verlangen. Venezuela hat in der vergangenen Woche die Preise um 15%, Kuweit um 10%, Abu Dhabi und Katar um 7 bis 8% erhöht, Saudi-Arabien fordert für Zusatzlieferungen einen erhöhten Sonderpreis. Mexiko hat er-

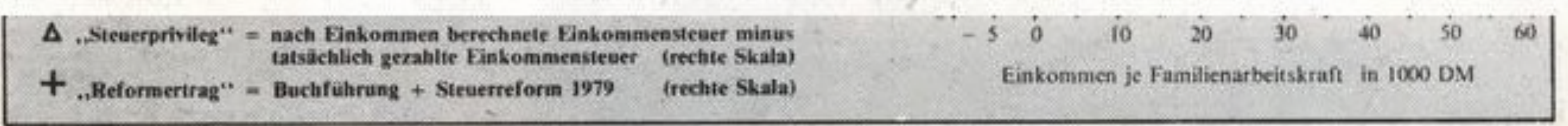
klärt, die Preise der anderen OPEC-Staaten nicht zu unterbieten. Am 26. März werden sich die OPEC-Staaten in Genf treffen, um die Ölpreiserhöhungen zu vereinheitlichen.

Von der Dollarabwertung, eine Maßnahme der US-Imperialisten vor allem gegen die ölproduzierenden Staaten, haben die BRD-Imperialisten in der Vergangenheit gehörig profitiert: 1976 kostete sie eine Tonne Rohöl noch 245,80 DM, 1977 245,26 DM und im letzten Jahr nur 213,83 DM. Diese Preisvorteile sehen sie jetzt in Gefahr. – Wie bei keinem anderen Rohstoff besteht so große Einigkeit der westdeutschen Kapitalisten darin, daß Öl billig zur Verfügung stehen muß. Öl wird als Hilfsstoff nicht nur in jedem Industriezweig verwendet, sondern auf jeder Stufe der Produktion gebraucht. Die Energieintensität bezogen auf das effektive Nettoproduktionsvolumen betrug 1976 in der BRD für je 1000 DM Nettoproduktionswert in der eisenschaffenden Industrie 2207 kg SKE (Steinkohleeinheiten), im Maschinenbau 75 kg SKE, Straßenfahrzeugbau 130 kg SKE und elektrotechnische Industrie 48 kg SKE. In der Realisierung von Extraprofit gegenüber den imperialistischen Konkurrenten ist der Mehrwert bezogen auf das eingesetzte Kapital entscheidend. Billige Energie für die Produktion mildert das Sinken der Profitrate. Deswegen warnt Bundesbankpräsident Emminger die Gewerkschaften, wegen der Preissteigerungen bei Benzin und Heizöl neue Lohnforderungen zu stellen, und deswegen versucht Energieminister Hauff, die Arbeiter mit der Drohung „Arbeitsplatzverlust“ nicht nur für kühle Räume, sondern auch gegen die ölproduzierenden Länder zu mobilisieren. Und darum mahnt die Bourgeoispresse die Politiker, die Widersprüche der Länder der Dritten Welt zur US-Supermacht für das eigene Geschäft auszunutzen. Ehmke ist mit diesem Auftrag jetzt nach Mexiko abgereist.

Buchführungspflicht: Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern – Steuerreform: Förderung der Agrarkapitalisten



Durch Einführung der Buchführungspflicht für alle Landwirte will die Bourgeoisie das Einkommen der kleinen und mittleren Bauern bis 60 ha Betriebsfläche, das aus eigener Arbeit herrührt, durch die Steuerprogression plündern. Die Großbauern und Agrarkapitalisten, deren Einkommen aus Ausbeutung fremder Arbeit entsteht, machen durch die Steuerreform 1979 ein Plus von 2000 DM ohne Berücksichtigung der Investitionszulagen. 1500 DM Steuerfreibetrag pro Monat entspricht einer Forderung für die kleinen und mittleren Bauern von 36000 jährlich steuerfrei.



Durch Einführung der Buchführungspflicht für alle Landwirte will die Bourgeoisie das Einkommen der kleinen und mittleren Bauern bis 60 ha Betriebsfläche, das aus eigener Arbeit herrührt, durch die Steuerprogression plündern. Die Großbauern und Agrarkapitalisten, deren Einkommen aus Ausbeutung fremder Arbeit entsteht, machen durch die Steuerreform 1979 ein Plus von 2000 DM ohne Berücksichtigung der Investitionszulagen. 1500 DM Steuerfreibetrag pro Monat entspricht einer Forderung für die kleinen und mittleren Bauern von 36000 jährlich steuerfrei.

Vietnam sollte seinen Expansionismus aufgeben und auf die eigene Kraft bauen!

z.ges. Die Führung Vietnams hat ihre von der Sowjetunion geschürte und gestützte Invasion des Demokratischen Kampuchea mit Grenzprovokationen und Grenzaggressionen gegen die VRCh flankiert. Kampuchea erobern und China unter der Bedrohung der Sowjetunion aus dem Norden bewegungsunfähig machen und in einen langandauernden aufreibenden und kostspieligen Grenzkrieg zu verstricken, das war die sowjetisch-vietnamesische Rechnung bei Abschluß ihres „Freundschafts- und Beistandspaktes“ im November letzten Jahres. Die Rechnung war falsch. Die Hauptkosten für die falsche Rechnung wird letztenendes das vietnamesische Volk tragen. Die Verantwortung tragen die Hanoier Machthaber und ihre sozialimperialistischen Hinterleute.

Schon lange können die Siegesfanfaren aus Anlaß der Eroberung Phnom Penhs nicht mehr das Feuer des Gegenangriffs der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea übertönen. Vietnam hat, angestachelt durch die Sowjetunion, die VRCh zum Feind Nr. 1 erklärt und bereits Wochen vor dem Gegenschlag der Volksbefreiungsarmee das vietnamesische Volk zu einem „langandauernden Krieg“ gegen die VRCh aufgerufen. Aber die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren haben es in Süd-Ost-Asien mit revolutionären und kampferfahrenen Völkern zu tun, die den Widerstand gegen Aggression nicht erst mühsam lernen müssen.

Vorläufig scheinen die Hanoier Machthaber den einmal eingeschlagenen Weg bis zum bitteren Ende weitergehen zu wollen. Von Anfang an war klar, daß Kampuchea nur das Sprungbrett zur Fortsetzung der Expansion nach Thailand sein sollte. Schon haben die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren ihre in Phnom Penh eingesetzten Marionetten Drohungen gegen Thailand ausstoßen lassen. Thailand denkt nicht daran, die Marionetten in Phnom Penh als Regierung anzuerkennen, und anerkennt weiterhin die Regierung des Demokratischen Kampuchea mit Ministerpräsident Pol Pot an der Spitze. Das Außenministerium der Marionetten hat jetzt behauptet, chinesische Hilfe für die Regierung des Demokratischen Kampuchea komme über thailändisches Gebiet. Selbst wenn das so wäre, wäre es ausschließlich Thailands Angelegenheit. Die Marionetten aber sprechen frech von „Verletzung der kambodschanischen Souveränität“. Thailand hätte sich ernsthaft um „künftige gutnachbarliche Beziehungen dauerhafter Kooperation“ zu bemühen. Andernfalls müsse es für die „bedauerlichen Konsequenzen“ die „alleinige Verantwortung“ tragen. Aus den Marionetten spricht die Stimme des vietnamesischen Herrn, der wiederum den Anweisungen des sowjetischen Oberherrn folgt. Da die Invasoren in Wirklichkeit in Kampuchea eingekreist werden, braucht man vorläufig auf ihre Drohungen nicht allzuviel zu geben. Der Appetit ist größer als der Magen.

An der vietnamesisch-chinesischen Grenze haben sich die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren bereits gründlich verkalkuliert. Einen „langandauernden Krieg“ hatten sie beabsichtigt, und sie konnten ihr Spiel auch ziemlich lange treiben. Die chinesische Volksbefreiungsarmee erteilt den Aggressoren eine ernste Warnung mit Waffen, nachdem alle Warnungen mit Worten nichts genutzt haben. Die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren hatten sich überschätzt und einen solchen Gegenschlag nicht eingerechnet. Jetzt müssen die Hanoier Machthaber erkennen, daß sie die Suppe selber auslöffeln müssen. Ließen sich die sowjetischen Sozialimperialisten auf einen Bodenangriff gegen die VRCh ein, dann müßten sie ihre Vorbereitungen für den Krieg um Europa auf Jahre hinaus gefährden. Ihre Haltung ist „beinahe weise“, aber anders als Schmidt behauptet hat: Die Hauptkräfte der SU sind auf Europa konzentriert und dabei wollen es die Sozialimperialisten lassen. Dort ist mehr zu holen und, wie die Sozialimperialisten hoffen, auch leichter. Natürlich sind ihre Drohungen gegen die VRCh dennoch ernst zu nehmen, und die VRCh nimmt diese Drohungen ernst. Sie ist auf den Angriff aus dem Norden vorbereitet. Das weiß auch die Sowjetunion. Je deutlicher Sprecher der VRCh zu verstehen geben, daß der Zeitpunkt für den Rückzug der chinesischen Volksbefreiungsarmee hinter die chinesische Grenze näherrückt, desto heftiger droht die SU. Sie scheint sich diesmal den „Sieg“ mit Drohgebärden holen zu wollen. Sie „fordert“ ohnehin nur das, was die VRCh von vornherein als Ende ihrer Militäraktion angekündigt hat: den Rückzug der VBA auf chinesisches Gebiet. Dieser „Sieg“ ist der SU also sicher. Mit ihren Drohungen hat er nichts zu tun. Der Rückzug entspricht den revolutionären Prinzipien der VRCh.

Obwohl die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren darauf setzten, sie könnten gegen die chinesische Militäraktion den Spieß umdrehen und aus ihrer Isolation nach dem Überfall auf das Demokratische Kampuchea herauskommen, gelingt ihnen das keineswegs. Im Sicherheitsrat der UNO gibt es eine breite Mehrheit für eine Resolution, die den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea mit dem Abzug der VBA aus Vietnam koppelt. Da die VRCh den Abzug der VBA von vornherein angekündigt hat, würde sich eine solche Resolution keineswegs gegen ihre Interessen und Absichten wenden. Daß eine solche Resolution im UNO-Sicherheitsrat noch nicht eingebracht worden ist, liegt bloß daran, daß die SU bereits ihr Veto angekündigt hat und einige Staaten eine Wiederholung der Situation aus der Beratung über die Invasion des Demokratischen Kampuchea vermeiden wollen.

Das bisherige Ergebnis der Entwicklung in Süd-Ost-Asien zeigt: Für Vietnam führt der Weg der Expansion ins Verderben und in die Isolation. Es täte gut daran, sich aus den Händen der Sozialimperialisten zu befreien. Das Volk wird das früher oder später tun (siehe S. 14/15).

Scheinwahlen in Zimbabwe – „Unsere Gegenmaßnahmen sind Erziehung der Massen und Ausweitung des bewaffneten Kampfes"

Das folgende Interview wurde mit Genossen Simba Makoni, Repräsentant der ZANU für Westdeutschland und weitere europäische Länder, am 1. März durchgeführt.

Genosse Makoni, die Kolonialregierung bereitet ihre sogenannten Wahlen für den 20. April dieses Jahres vor. Welche Maßnahmen ergreifen die Kolonialisten gegen die Volksmassen in der Vorbereitung dieser sogenannten Wahlen? Wie wollen sie diese Wahlen durchführen?

Nach den Veröffentlichungen und Stellungnahmen der Kolonialregierung und ihrer Mitglieder werden ihre Maßnahmen hauptsächlich darin bestehen, das Volk von Zimbabwe zu zwingen, zu dieser Wahl zu gehen und sich an dieser Wahl zu beteiligen. Sie hoffen das zunächst einmal deshalb zu erreichen, weil sie das ganze Land bereits unter Kriegsrecht gestellt haben, sie haben also die Verwaltung an das Militär abgegeben. Sie hoffen, daß das Militär in der Lage sein wird, die Leute mit Gewalt zu den Wahllokalen zu bringen. Es wird auch davon gesprochen, daß sie die in Namibia verwandte Taktik anwenden wollen: Die Wahlen über einen langen Zeitraum hinzuziehen, so daß ihre Truppen in die Lage versetzt werden, eine ganze Reihe von Wahllokalen zu bewachen, und zur selben Zeit die Massen zu diesen Wahllokalen zusammenzutreiben.

Die Hauptmaßnahmen der Kolonialisten sind also: Die Massen sollen durch Militäraktionen gezwungen werden, zunächst einmal überhaupt zu den isolierten Wahllokalen zu kommen, sie sollen dann während des Wegs zu den Wahllokalen und während des Aufenthalts da unter militärische Bewachung gestellt werden; weiterhin: die Wahllokale sollen an bestimmten Orten unter militärischer Bedeckung für eine lange Zeit stehen bleiben, um so möglich zu machen, daß eine große Zahl von Leuten dorthin gezwungen wird.

Wie antworten die ZANU und ihre Streitkräfte auf diese Taktik und diese Maßnahmen? War der Angriff in der vorletzten Woche auf den Flughafen Salisbury bereits Teil dieser Antwort?

Zunächst zum letzten Teil der Frage. Der Angriff auf den Flughafen Salisbury ist keine besondere Antwort auf die Maßnahmen der Kolonialisten in Bezug auf die Wahlen. Er ist Bestandteil des gegenwärtigen Programms von ZANU und ZANLA für die Befreiung Zimbabwes. Wir haben eine Reihe ähnlicher oder verwandter Angriffe und Militäraktionen in anderen Städten durchgeführt, einschließlich Bulawayo und Umtali. Das sind keine sensationellen Propagandageschichten, sondern Bestandteile eines momentan von ZANU und ZANLA durchgeführten Programms im Befreiungskampf.

Zu unseren Maßnahmen im Inneren gegen die Absichten der Kolonialisten: Unsere Maßnahmen bestanden zuerst einmal in der Aufklärung des Volks von Zimbabwe darüber, daß die innere Lösung unzulänglich und unangemessen ist. Das heißt, dem Volk zu zeigen, daß die innere Lösung in Wirklichkeit die Verewigung des jetzigen inneren Regimes unter einer anderen Verkleidung, einer anderen Farbe, bedeutet; daß sie Fortsetzung der Privilegierung bedeutet; Fortsetzung des besonderen Status und der ökonomischen Beherrschung durch das Kolonialregime und dessen imperialistische Herren. Die politische Erziehung der Massen war unser erster Schritt. Und wir hatten Erfolg damit, die Massen lehnen die innere Lösung ab. Das war unsere erste und wichtigste Gegenmaßnahme. Die nächste ist die Intensivierung des bewaffneten Kampfes, der nicht allein darauf abzielt, die Abhaltung der Wahlen zu verhindern, sondern darauf abzielt, die Kolonialregierung vollständig zu stürzen, sie zum Zusammenbruch zu treiben. Wir haben klargestellt: auch wenn die Kolonialisten und ihre Marionetten eine Wahl abhalten wollen, wir werden den bewaffneten Kampf in einem solchen Ausmaß intensivieren, daß es nicht möglich sein wird, irgendeine Wahl überhaupt durchzuführen, fair oder nicht.

Also: unsere Gegenmaßnahmen, das sind die Fortsetzung und Ausweitung des bewaffneten Kampfes, die Fortsetzung der Erziehung der Massen und die Fortsetzung der Einbeziehung der Massen in den gesamten Befreiungsprozeß.

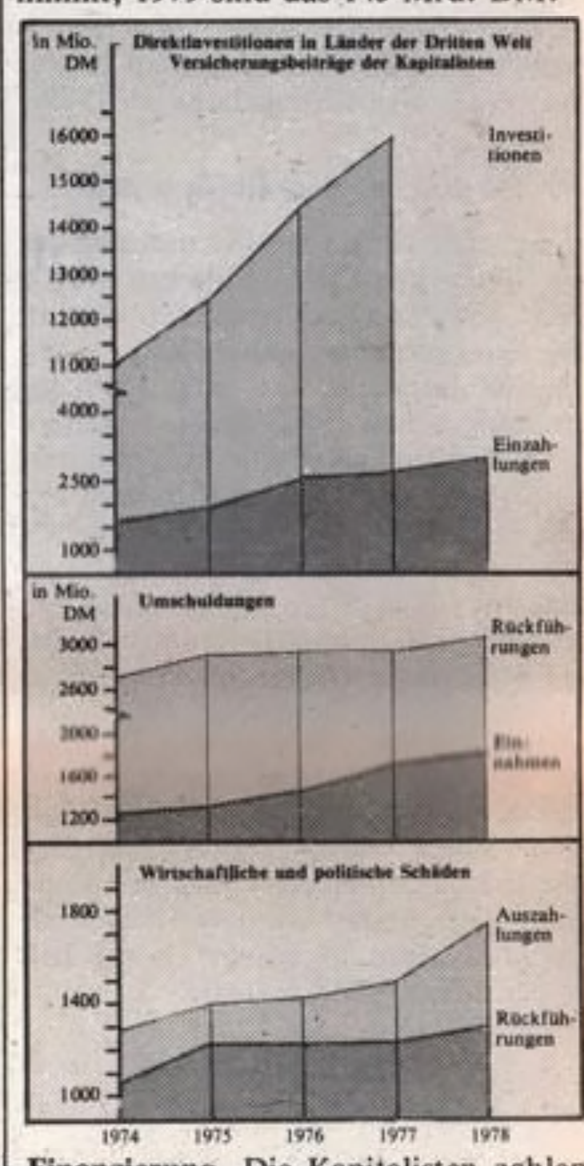
Welche Fortschritte macht die ZANU dabei in der Erziehung und Organisierung der städtischen Massen, die noch direkt unter der Kontrolle des Smith-Regimes stehen?

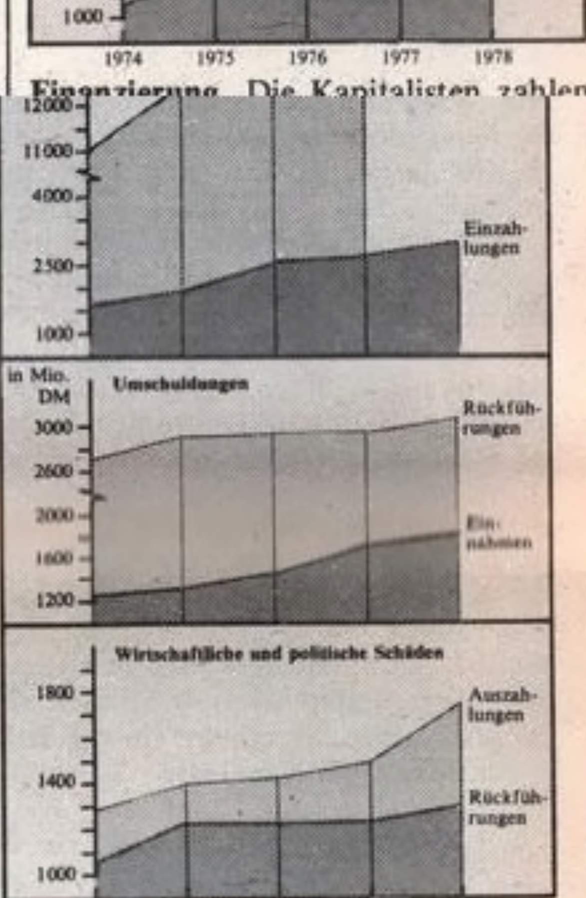
Wir operieren im ganzen Land. Natürlich haben sich unsere Aktionen in den städtischen Gebieten von denen auf dem Land unterschieden. Euch wird aber bekannt sein, daß 1978 für die ZANU das Jahr des Volkes war. Unser Ziel war, die Partei, ZANU, näher zum Volk zu bringen, und das Volk in die Partei, aus Partei und Volk eine Einheit zu machen. Und das hieß, alle Grenzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu überschreiten. Wir führen unsere Arbeit hier vor allem auf politischem Gebiet. Unsere Kader, die ZANU-Mitglieder, sind unter der städtischen Bevölkerung sehr aktiv. Sie erziehen die Massen in den Städten, deren Kontakt zum bewaffneten Kampf nicht so eng ist wie der der Leute auf dem Land. Und deswegen haben wir die Leute auf den Ebenen politische Erziehung und politische Organisation einbezogen. Jetzt, wo sich der bewaffnete Kampf den städtischen Zentren immer mehr nähert, jetzt wächst die direkte Beteiligung der Massen in den städtischen Zentren. Schließlich mußten die ZANU-Kader, die ZANLA-Guerillas von den Massen in den Townships kommen, um die Operation gegen das Öldepot in Salisbury durchführen zu können.

z.alb. **Bundesgarantien für ihren Kapitalexport in Länder der Dritten Welt** haben sich die BRD-Imperialisten schon seit 1958 verschafft. Aus dem Bundeshaushalt werden seitdem ihre Kapital- und Profitverluste durch „politisches Risiko" bezahlt: „Verstaatlichung oder Enteignung" – „Krieg, sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution oder Aufruhr" – „Zahlungsverbote, Moratorien (Schuldenerlaß)" oder auch dadurch, daß das exportierte Kapital durch Gesetze der Entwicklungsländer dort gebunden bleibt (nicht konvertierbar oder transferierbar ist). Warenexporte und Handelskredite müssen zusätzlich gegen „wirtschaftliches Risiko" – Zahlungsunfähigkeit – versichert werden.

Versichert wird auf Antrag das Kapital zur Gründung einer Tochterfirma, zum Einkauf in eine ausländische Firma über Beteiligungen oder für „beteiligungsähnliche Darlehen". Versichert werden auch die Profite, die sich die Kapitalisten aus der Ausbeutung erhoffen und auch reinvestierte Profitteile bis zur Höhe von 50% des ursprünglichen Kapitals. An zu versichernden Warenexporten muß „ein besonderes staatliches Interesse" bestehen.

Genehmigt wird von einem interministeriellen Ausschuß, an dem das Wirtschafts-, Finanz- und Außenministerium beteiligt sind. Das Haushaltsgesetz legt die Gesamtsumme des Kapitals fest, für das der Bund Garantien übernimmt, 1979 sind das 145 Mrd. DM.





Finanzierung. Die Kapitalisten zahlen eine Bearbeitungsgebühr und jährlich Versicherungsbeiträge, die sich nach der Summe des versicherten Kapitals richten. Schäden werden aus dem Haushalt bezahlt; die Forderungen gehen auf den Bund über. Beiträge, Gebühren und „Rückführungen" gehen in den Haushalt ein. Bis 1978 hatten die Kapitalisten ganze 3 Mrd. DM eingezahlt. Herausbekommen hatten sie 5,16 Mrd. DM. Die gesamten Einnahmen bis 1978 sind im Haushalt mit 7,1 Mrd. ausgewiesen. Die Differenz von 4 Mrd. DM zu den Einzahlungen besteht in durch die Bundesregierung mit allem wirtschaftlichen und politischen Druck aus den Schuldnerländern beigetriebenen Zahlungen – „Rückführungen" – samt Zins und Zinseszins. Die Versicherung heißt sehr feinsinnig nach dem griechischen Gott Hermes – dem Gott der sicheren Rückkehr.

Die indischen Arbeiter und Bauern sind die treibende Kraft für die nationale Unabhängigkeit

z.mih. Die streikenden Jutearbeiter stehen in harten Lohnauseinandersetzungen. In diesem Kampf erheben sie die Forderung nach der Nationalisierung der Juteindustrie. Die Arbeiter- und Bauernbewegung hat reiche Kampferfahrungen, daß die Durchsetzung jeder wirtschaftlichen und politischen Forderung unvermeidlich verbunden ist mit dem Kampf für die vollständige nationale Befreiung. Entweder sie schinden sich direkt für die Imperialisten in ihren Konzernen oder indirekt für die Schuldentilgung.

Die Regierung Indira Ghandi versuchte die Schulden- und Zinszahlungen an die Imperialisten mit einem umfassenden Sparprogramm der Arbeiterklasse abzupressen. Die Verschärfung der Ausbeutung, Einführung der 7-Tage-Arbeitswoche, Lohnstopp, Streik- und Demonstrationsverbot und Steuererhöhungen sollten durchgesetzt werden. Nach 21 Monaten durchbrachen die Arbeiter in blutigen Streiks und Demonstrationen das gesetzliche Streikverbot und den Lohnstopp und setzten Lohnerhöhungen durch. Die Forderung nach Nationalisierung der Wirtschaft in allen Bereichen wurde Teil des Kampfprogramms und von da an in jedem Streik erhoben. Dabei haben die Arbeiter die volle Unterstützung der Bauern.

Die imperialistischen Konzerne wie Unilever sind wie die Großgrundbesitzer durch die Bodenreform dick und

Düngemitteln, Verbesserung der Bewässerung und Schutzmaßnahmen gegen Flutkatastrophen, staatliche Kredite für die kleinen und mittleren Bauern und die Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesen auf dem Land! Die Kundgebung wurde mit Solidaritätsresolutionen aus mehreren Großbetrieben durch die indische Arbeiterklasse unterstützt.

Der Kampf der indischen Arbeiter und Bauern treibt die nationale Bourgeoisie, gegen die Erpressungen der Imperialisten Schritte für den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft zu tun. Die Kohleförderung ist verstaatlicht,

Die indischen Arbeiter und Bauern sind die treibende Kraft für die nationale Unabhängigkeit

z.mih. Die streikenden Jutearbeiter stehen in harten Lohnauseinandersetzungen. In diesem Kampf erheben sie die Forderung nach der Nationalisierung der Juteindustrie. Die Arbeiter- und Bauernbewegung hat reiche Kampferfahrungen, daß die Durchsetzung jeder wirtschaftlichen und politischen Forderung unvermeidlich verbunden ist mit dem Kampf für die vollständige nationale Befreiung. Entweder sie schinden sich direkt für die Imperialisten in ihren Konzernen oder indirekt für die Schuldentilgung.

Die Regierung Indira Ghandi versuchte die Schulden- und Zinszahlungen an die Imperialisten mit einem umfassenden Sparprogramm der Arbeiterklasse abzupressen. Die Verschärfung der Ausbeutung, Einführung der 7-Tage-Arbeitswoche, Lohnstopp, Streik- und Demonstrationsverbot und Steuererhöhungen sollten durchgesetzt werden. Nach 21 Monaten durchbrachen die Arbeiter in blutigen Streiks und Demonstrationen das gesetzliche Streikverbot und den Lohnstopp und setzten Lohnerhöhungen durch. Die Forderung nach Nationalisierung der Wirtschaft in allen Bereichen wurde Teil des Kampfprogramms und von da an in jedem Streik erhoben. Dabei haben die Arbeiter die volle Unterstützung der Bauern.



Bauern auf dem Marsch nach Neu-Delhi

Die imperialistischen Konzerne wie Unilever sind wie die Großgrundbesitzer durch die Bodenreform dick und fett geworden. Sie haben die indische Regierung zur Senkung der Erzeugerpreise und zur Erhöhung der Saatgutpreise gezwungen. Die Kapitalisierung der Landwirtschaft hat ein Drittel der Landbevölkerung zu landlosen Bauern gemacht. Bewaffnet sind die Bauern dazu übergegangen, ihre Bodenreform in einzelnen Dörfern selber durchzuführen. Am 23. Dezember 1978 nahmen über 1 Mio. landlose, kleine und mittlere Bauern nach langem Marsch aus allen Teilen des Landes an einer Großkundgebung in Neu-Delhi teil. Sie bekräftigten ihre Forderungen: Sofortige Durchführung einer Bodenreform, Enteignung der Plantagen der ausländischen Nahrungsmittelkonzerne und der Großgrundbesitzer, Nationalisierung des Großhandels mit Getreide und anderen Lebensmitteln, Hebung und Sicherung der Erzeugerpreise, Bereitstellung von ausreichenden Düngemitteln, Verbesserung der Bewässerung und Schutzmaßnahmen gegen Flutkatastrophen, staatliche Kredite für die kleinen und mittleren Bauern und die Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesen auf dem Land! Die Kundgebung wurde mit Solidaritätsresolutionen aus mehreren Großbetrieben durch die indische Arbeiterklasse unterstützt.

Der Kampf der indischen Arbeiter und Bauern treibt die nationale Bourgeoisie, gegen die Erpressungen der Imperialisten Schritte für den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft zu tun. Die Kohleförderung ist verstaatlicht, der Bau weiterer Wärme-, Wasser- und Kernkraftwerke eingeleitet. Die Erdölindustrie soll ausgebaut und die Produktion von Düngemittel aufgebaut werden. Die industrielle Produktion soll, wo möglich, auf dem Land in Form von Klein- und Mittelbetrieben errichtet werden, damit den ausländischen Konzernen die Produktion einzelner Waren entzogen wird. Maßnahmen gegen Flutkatastrophen sollen ergriffen und das Kanalsystem als Grundlage für ein umfassendes Bewässerungsprogramm begradigt und weiter ausgebaut werden. Die Länder der Dritten Welt unterstützen Indien, diese schwierigen Maßnahmen gegen die Imperialisten durchzusetzen. Wichtig dazu ist die Kooperation in gemeinsamen Industrie- und Forschungsprojekten, die Hilfe mit Krediten und notwendiger Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 10: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen

Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Mexiko: Wachsende Kämpfe gegen den US-Imperialismus – Carter fürchtet „Montezumas Rache"

z.diz. „Uran, Erdöl, Erdgas – ihr werdet nicht nach Norden gehen", haben 20000 Demonstranten vor einem Jahr in Mexico Stadt gerufen, am 40. Jahrestag der Verstaatlichung der mexikanischen Erdölfelder. Auf fast das Doppelte der Reserven Saudi-Arabiens, auf 300 Mrd. Barrel, werden die Erdöl-Reserven Mexikos geschätzt; mit „Norden" sind die US-Imperialisten gemeint, die sie nicht bekommen sollen. Besser noch, forderten die Demonstranten, wird *Roh*öl überhaupt nicht verkauft, sondern für den Aufbau einer eigenen Chemie-Industrie genutzt, die dann *Fertig*produkte exportieren kann.

Das Erdgasgeschäft, das die staatliche mexikanische Gesellschaft Pemex mit sechs US-Firmen abgeschlossen hatte, ließ Carter daraufhin platzen, weil der Preis 44 Cents pro 1000 Kubikfuß über dem der Kanadier läge. „Lieber fackeln wir das Gas ab, als daß wir es in die USA verschleudern", war die Antwort der Mexikaner. Die Pipeline endet halbfertig vor der amerikanischen Grenze...

„Carter kommt, um Erdnüsse gegen Erdöl zu tauschen", stand an einer Wand in Mexico Stadt vor zwei Wochen. „Carter, wir sind nicht zu verkaufen", riefen 10000 Demonstranten gegen den Besuch des Geschäftsführers der US-Imperialisten. „Montezumas Rache", meinte Carter selbst dazu. Kann sein, daß es ihm so vorgekommen ist; fürchten muß er jedenfalls, daß die Herrschaft der US-Imperialisten über Mexiko zu Ende geht.

Fast die Hälfte des mexikanischen Territoriums – Texas, New Mexico, Colorado, Arizona und Kalifornien – haben die US-Imperialisten vor 131 Jahren geraubt, besiegelt durch den Vertrag von Guadelupe Hidalgo. Mit 4 Mrd. Dollar exportiertem Kapital beherrschen sie heute die Hauptzweige der Wirtschaft des Landes und zu 70% den Außenhandel; mit 26 Mrd. Dollar ist Mexiko bei den US-Imperialisten, zumeist den Banken, verschuldet. 8 bis 12 Mio. Mexikaner beuten sie dazu in den USA als rechtlose, „illegale" Saisonarbeiter aus. 50% Arbeitslosigkeit und 20,4% Inflation allein während des ersten Halbjahres 1978 treibt ihnen die Arbeiter billig ins Land; rd. 100000 von ihnen lassen sie monatlich wieder mit brutaler Gewalt deportieren durch eine von der Einwanderbehörde dafür eingerichtet, von den Kapitalisten durch Bestechung gesteuerte Polizeitruppe. Einschüchterung und Spaltung ist der Zweck.

Seit dem zweijährigen Streik der Arbeiterinnen in der Farah-Textilfabrik in Texas ist jedoch die Kampfkraft der mexikanischen Arbeiter in den USA erheblich gewachsen:

– Nach 47 Tagen Streik erkämpften sich die „illegalen" mexikanischen Arbeiter auf verschiedenen Zitronen-Plantagen in *Arizona* im Januar 78 Lohnerhöhungen auf 2,65 Dollar die Stunde, freie Arbeitskleidung, sanitäre Anlagen. Dies war der erste Tarifvertrag der „illegalen" überhaupt.

– In Ventura und Delano, *Kalifornien* gelang es der größten Gewerkschaft der mexikanischen Landarbeiter, der United Farm Workers im Mai, von den Grapefruit- und Zitronen-Kapitalisten anerkannt zu werden und Tarifverträge abzuschließen. Zwei Jahre hatten sie darum gekämpft.

– Von August bis September dauerte der Streik von 2000 Tomatenpflückern schaft FLOC (Farm Labor Organizing Comittee) gegen die Lebensmittelkonzerne Libbys und Campbell für eine Erhöhung der Garantielöhne auf 3,25 Dollar die Stunde, eine garantierte Arbeitswoche von 28 Stunden, Bezahlung der Reisekosten und medizinische Versorgung. Schon nach zwei Tagen wurden die Streikenden von der Einwanderungspolizei überfallen und 100 Arbeiter deportiert. Den Kapitalisten hat das nichts gebracht, den Streikenden die Unterstützung der Gewerkschaften der Automobilarbeiter, der Transportarbeiter und der Docker.

– Im Dezember traten in *Florida* ungefähr 1000 Tomatenpflücker unter der Führung der United Migrants Association (Gewerkschaft der Wanderarbeiter) für Lohnerhöhungen von 30 auf 40 Cents je Eimer Tomate in den Streik. 30 Pfund wiegt ein Eimer, die Kapitalisten bekommen 20 Dollar dafür.

– In *Mexiko* selbst erkämpften sich die Automobilarbeiter bei Ford, VW und Datsun Anfang '78 durch 14 Tage Streik 16% Lohnerhöhung und durchbrachen damit die Lohnleitlinien, die nur 12% vorsahen.

– Streiks auch in der durch die Imperialisten beherrschten Textilindustrie: mehr Lohn, die 45-Stundenwoche, 100%ige Rente ab dem 60. Lebensjahr. Bei Jalisco, Ocotlan besetzten 3000 Arbeiter die Fabrik und konnten erst durch Einsatz der Armee wieder vertrieben werden. Einige Arbeiter wurden getötet, der Rest wurde eingesperrt.

Anfang '78 hatte Carter vorgeschlagen, die Grenze zwischen Mexiko und den USA für 3,5 Mio. Dollar durch einen unüberwindlichen Zaun zu befestigen und die Einwanderungspolizei auswollte sogar den Mexikanern wie seinen Rindern ein Brandzeichen aufdrücken lassen. Bei seinem jüngsten Besuch in Mexiko war Carter schon kleinlauter geworden: Den Abbau der Einwanderungspolizei hat er versprobeiter amnestiert werden sollen. Was mit dem Zaun werden soll, hat er nicht gesagt: Entweder wird er gar nicht erst gebaut oder von den mexikanischen Volksmassen früher oder später eingerissen werden.



Demonstration von Farmarbeitern in Texas gegen die Ermordung einer mexikanischen Arbeiterin durch die Einwanderungspolizei (INS) am 20. Mai 1978. Unterstützt wird die Demonstration durch streikende COCA-COLA-Arbeiter.

Nur die Entwicklung der Landwirtschaft kann die Unabhängigkeit Mexikos sichern

z.mif. Die Bauern Mexikos haben sich können von diesem in Güter verwan- fertigzuwerden. Die Otomi im

Nur die Entwicklung der Landwirtschaft kann die Unabhängigkeit Mexikos sichern

Demonstration von Farmarbeitern in Texas gegen die Ermordung einer mexikanischen Arbeiterin durch die Einwanderungspolizei (INS) am 20. Mai 1978. Unterstützt wird die Demonstration durch streikende COCA-COLA-Arbeiter.

z.mif. Die Bauern Mexikos haben sich in der Revolution 1910-1917 das Recht auf Land erkämpft. Den Kampf um das Land mußten sie weiterführen; bis heute dauern die Landbesetzungen und die von den Bauern erzwungene Aufteilung von Land an. Dennoch gibt es heute mehr landlose Bauern als 1917. Entsprechend der Regelung der Landreform sollte jede Familie 4 ha bewässertes oder 8 ha unbewässertes Land bekommen. Aber das für Ackerbau taugliche Land ist knapp. Bei einer Gesamtfläche von 202,3 Mio. ha sind derzeit 27,5 Mio. ha ackerbaulich nutzbar; davon sind nur 2,1 Mio. ha bewässert, und nur 1,7 Mio. ha können ohne künstliche Bewässerung dauernd für Ackerbau genutzt werden. 80% des Landes werden in Subsistenzwirtschaft bebaut. Besitzformen sind ferner das Ejido-Gemeineigentum, Mittel- und Großgrundbesitz und Staatsländereien. Ejido ist das Gemeindeland, das die Völker Mexikos traditionell hatten. Die Bauern erkämpften sich eine erneute und erweiterte Einrichtung von Ejidos unter der Regierung Cardenas (1934-1940), unter der die Arbeiter und Bauern auch die Enteignung des US-Kapitals in der Ölindustrie durchsetzen konnten.

Aber die kollektiv bewirtschafteten Ejidos sind Eigentum des Staates und können von diesem in Güter verwandelt werden, die die Arbeitskraft der landlosen Bauern ausbeuten. Die Regierung Echeverria hat das betrieben. In dem Küstendorf Cuaji wurde 1972 mit Weltbankkrediten eine Großgenossenschaft für Viehzucht gegründet; die eintretenden Bauern mußten ihren Boden in die Genossenschaft einbringen. Die Bauern sahen sich rasch in der Lage, von dem Vieh, das sie züchteten, nicht essen zu können, mangels ausreichendem Lohn, und den Mais, den sie früher anbauten, jetzt kaufen zu müssen. Die gewaltsamen Maßnahmen der Bauern gegen diese Enteignung wurden militärisch unterdrückt. Ihr Land waren sie los.

Der Zusammenschluß der Bauern Mexikos muß die objektiven Probleme überwinden, die die Kolonialzeit geschaffen hat. Die Spaltungslinien entlang verschiedener Grade der Vermischung mit der spanischen Kolonialmacht („Indio" – „Mestize" – „Kreole") sind noch wie vor scharf. Eine Million Mexikaner sprechen ausschließlich die traditionellen mexikanischen Sprachen, von denen noch dreißig erhalten sind (zur Zeit der spanischen Eroberung waren es 200).

Die mexikanischen Völker haben große Geschicklichkeit darin entwickelt, mit den Unbilden der Natur fertigzuwerden. Die Otomi im Mezquital-Tal in Hidalgo stauen das seltene Regenwasser (im Jahr unter 500 mm) mit zwei Mauern entlang der Berghänge auf und konnten so Getreide und Bohnen anpflanzen. Bei künstlicher Bewässerung konnten sie die Produktion entwickeln. Aber die Bewässerung, die der Staat in einem Teil des Gebiets einleitete, unterstand nicht der Kontrolle der Bauern und wurde zu einem Mittel ihrer Ruinierung: durch Verwendung schlechter Materialien ist der Kanal bald undicht geworden und verstopft; die Bauern mußten das Land aufgeben.

Wird die Regierung Portillo die Landwirtschaft entwickeln, indem sie die Bauern mobilisiert und die Industrie auf das Land bringt? Die Produktion von Düngemitteln ist in den ersten neun Monaten 1978 um 8,4% gegenüber dem Vorjahr gesunken, jedoch ist die Einfuhr von Düngemitteln fast verdoppelt worden. Mit der Enteignung von Großgrundbesitzern und der festen Haltung gegenüber dem US-Imperialismus hat die Regierung Portillo mutige Schritte in die richtige Richtung gemacht. Für die Unabhängigkeit Mexikos kommt es jetzt entscheidend darauf an, ob die Industrialisierung zu einer Waffe der Bauern oder gegen die Bauern wird.



Links: Arbeiter in einer Erdgas-Raffinerie in Cactus, Mexiko. – *Rechts:* Am 11. 2. organisierte das Komitee für die Rechte der Chicanos (CCR) eine Demonstration von 3000 mexikanischen Arbeitern in San Ysidro gegen Carters Plan, einen Stacheldraht-Zaun an der mexikanischen Grenze bauen zu lassen. – *Unten:* Vorbereitung auf die Demonstration gegen Carter in Mexico City, an der 10000 teilnahmen: „Carter kommt, um Erdnüsse gegen Öl zu tauschen."

„Tod dem König! Tod allen, die das Getreide haben und uns durch Verhungern töten!"

z.erm. Als die spanischen Truppen 1511 unter dem Oberbefehl von Hernan Cortez in Mexiko eindrangen, wurden sie, wie sich die Kolonialisten erinnern, „wo sie landeten, mit tödlicher Feindschaft behandelt". Um die Gier der spanischen Kolonialmacht nach den mexikanischen Bodenschätzen, vor allem nach Gold und Silber, zu befriedigen, versuchten die Konquistadoren die indianischen Völker zu unterwerfen. Vollständig gelungen ist es ihnen nie.

Auch mit ihrer mit Pferden und Kanonen ausgerüsteten Armee erreichten die Kolonialisten den Sieg erst, als sie die indianischen Völker voneinander spalten konnten. Ein Teil der Feudalklasse der von den Aztekenherrschern unterworfenen Stämme ließ sich für die Ziele der Kolonialisten einspannen.

Der Aztekenherrscher Montezuma hatte die spanischen Eroberer zum Abzug aufgefordert und sich ihnen bis zu seiner Gefangennahme widersetzt. Als die Indianer den Regierungspalast stürmen wollten, in dem die spanischen Truppen Montezuma gefangen hielten, zwangen die Spanier diesen zu Beschwichtigungsaufrufen. Doch Montezumas Aufforderung an das Volk, die Waffen niederzulegen, rief nur den Zorn der indianischen Massen über diesen Verrat hervor. Den Indianern gelang es, die Spanier aus der Stadt zu vertreiben, und, obwohl sie nur mit sehr einfachen Waffen wie Pfeil und Bogen bewaffnet waren, die gesamte Kavallerie, Artillerie und den größten Teil der Infanterie zu schlagen.

Gestützt auf einige Häuptlinge konnten die spanischen Eroberer jedoch ihre Armee wieder aufrüsten und bis 1534 Mexiko unter ihre Kontrolle bringen. Viele Stämme zogen sich in die Urwälder und Berge zurück. Zur selben Zeit kam es in Peru unter Führung des Inka Monco Capac II. zu einer Erhebung gegen die Kolonialherren. Erst 1573 konnten die Spanier dieses selbständige Königreich zerschlagen.

Um den Widerstand der Indianer gegen den Raub ihrer Bodenschätze und gegen die „Bekehrung" durch die katholische Kirche zum „wahren Glauben" zu brechen, scheuten die Konquistadoren nicht davor zurück, ganze Völker auszurotten. In Trujillo z.B., einer Stadt mit 3000 Häusern, lebten 1547 nur noch 180 Indianer, der Rest war als Sklaven verschleppt oder umgebracht worden. Tenochtitlan, die Hauptstadt des Aztekenreiches, war von den spanischen Kolonialisten dem Erdboden gleichgemacht, die 100000 Bewohner bis auf 30000 ermordet worden.

Um das mexikanische Getreide nach Europa zu schaffen, raubten die Eroberer den Bauern ihre Ernten und ruinierten die blühende Landwirtschaft. Hungersnöte waren die Folge. Ende des 17. Jahrhunderts brach dagegen erneut der über Jahrzehnte in vielen zersplitterten Aufständen hervorgetretene Widerstand auf. In der Hauptstadt Mexiko stürmten die in der Stadt lebenden Indianer den Palast des Erzbischofs. Die bei der eiligen Verriegelung des Palasts des Vizekönigs zurückgebliebenen Wachen wurden „in Stücke gerissen." Schließlich zündeten die Indianer unter dem Ruf „Tod dem König! Tod dem Richter! Tod allen, die das Getreide haben und uns durch Verhungern töten!" den Palast an, stürmten die Prachthäuser der Kolonialisten und die Getreideläger und teilten die Vorräte untereinander auf.

Zahlreiche Revolten gegen die spanische Kolonialmacht folgten. Allein im Jahre 1767 erhoben sich die Indianer in 113 Städten in der westlich von Mexiko Stadt gelegenen Region. 1810 bildeten die indianischen Minen- und Plantagenarbeiter unter der Führung des später exkommunizierten Priesters Miguel Hidalgo y Costilla eine Armee, die innerhalb eines Monats auf 100000 Mann anwuchs. Unter den Forderungen nach Abschaffung des Sklaverei und Senkung der Steuern und unter dem Schlachtruf „Tod der Regierung und Tod den Gachupines (spanische Kolonialisten)!" befreiten die Revolutionäre mehrere Städte, stürmten die Gefängnisse und befreiten die Gefangenen. Häuser und Regierungsgebäude der spanischen Kolonialisten wurden niedergebrannt. Ein Teil der indianischen und spanischen Grundbesitzer war es leid, die hohen Abgaben an die spanischen Behörden zu zahlen und sich deren Handelsbeschränkungen zu unterwerfen. Es gelang ihnen, die Führung im Unabhängigkeitskampf und schließlich die Früchte der Revolution an sich zu reißen.

Die Ermordung Hidalgos und die blutige Niederschlagung der Erhebung von 1810 konnten die nationale Revolution gegen die spanische Kolonialmacht nicht aufhalten. 1821 setzte das mexikanische Volk die Autonomie, drei Jahre später mit der Gründung der mexikanischen Republik die vollständige Unabhängigkeit von Spanien durch.

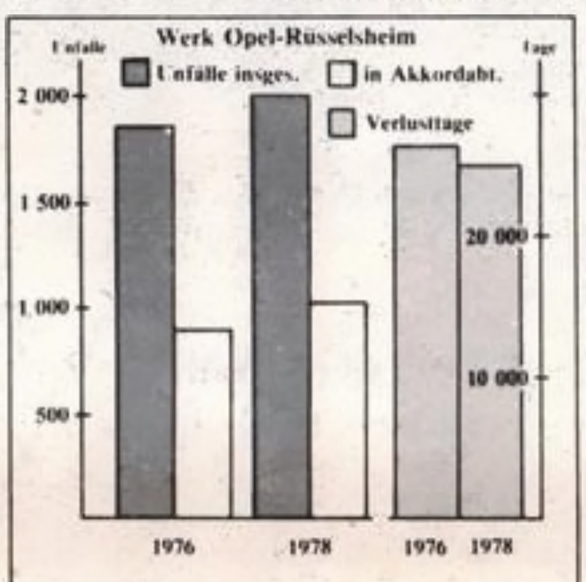
z.wig. **4185 Unterschriften sind bei den Propagandaaktionen in den letzten Wochen für die Kandidatur des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz gesammelt worden.** Obwohl die Kreiswahlleiter fast 40% der Unterschriften gestrichen haben, ist die Anzahl, die der bürgerliche Staatsapparat für die Kandidatur festgesetzt hat, in allen vier Wahlkreisen (Wahlkreis 1 Koblenz, 2 Trier, 3 Mainz-Ludwigshafen, 4 Kaiserslautern) erreicht worden. Insbesondere in Koblenz hatte die Landesregierung durch Verbot der Propagandaaktionen und Verbot der Sammlung für die Druckausrüstung der ZANU bis zum Schluß versucht, die Kandidatur zu verhindern. Von den über 800 Unterschriften, die bis zum 16.2. gesammelt waren, hatte sie 52,5% willkürlich gestrichen. 224 unterstützten bei den Propagandaaktionen im Wahlkreis 1 am letzten Wochenende vor der Abgabe der Kreiswahlvorschläge die Kandidatur des KBW, so daß der Kreiswahlleiter in Koblenz die Kandidatur bestätigen mußte, wäre es doch allzu blöde gewesen bei 540 verlangten Unterschriften, die 1102 eingereichten Unterschriften als nicht ausreichend hinzustellen. In Rheinland-Pfalz kandidiert der KBW zum ersten Mal bei Landtagswahlen. Bei den Bundestagswahlen 1976 hatte der KBW 1046 Zweitstimmen und in 6 Orten 994 Erststimmen erhalten.

z.jöd. **Die Gehaltstarifverträge für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Druckindustrie laufen aus.** In den verschiedenen Bundesländern können die Tarifverhandlungen parallel mit den Verhandlungen der Arbeiter geführt werden. Die Tarifkommission der IG Druck hat eine neue Gehaltsstruktur für die Angestellten ausgearbeitet, weil bisher diese Tarifverträge ländermäßig verschieden sind. Die alte Forderung der Gewerkschaftstage nach Vereinheitlichung der Tarife wird jetzt in die Tat umgesetzt; ein Gehaltstarifvertrag, in dem alle Bundesländer beinhaltet sind, wird den Manövrierspielraum der Kapitalisten einschränken und die Kampfkraft der gesamten Druckarbeiter wesentlich erhöhen. – Sieht man sich aber die Ausarbeitung der ,,Kommission'' für einen neuen Gehaltstarifvertrag an, muß man ihn auch als einen gefährlichen Schritt sehen. 9 Lohngruppen sind in dem neuen Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten vorgesehen. Nach dem alten Gehaltstarifvertrag gab es bei den kaufmännischen 5 Lohngruppen mit Schwankungen zwischen 84 und 172 %

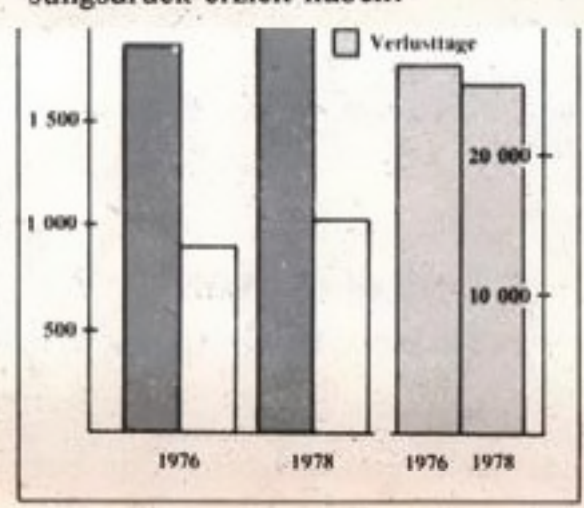
kommission der IG Druck hat eine neue Gehaltsstruktur für die Angestellten ausgearbeitet, weil bisher diese Tarifverträge ländermäßig verschieden sind. Die alte Forderung der Gewerkschaftstage nach Vereinheitlichung der Tarife wird jetzt in die Tat umgesetzt; ein Gehaltstarifvertrag, in dem alle Bundesländer beinhaltet sind, wird den Manövrierspielraum der Kapitalisten einschränken und die Kampfkraft der gesamten Druckarbeiter wesentlich erhöhen. – Sieht man sich aber die Ausarbeitung der ,,Kommission'' für einen neuen Gehaltstarifvertrag an, muß man ihn auch als einen gefährlichen Schritt sehen. 9 Lohngruppen sind in dem neuen Tarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten vorgesehen. Nach dem alten Gehaltstarifvertrag gab es bei den kaufmännischen 5 Lohngruppen mit Schwankungen zwischen 84 und 172 %
(100 % = K2, Niedersachsen) und bei den technischen Angestellten 3 Gehaltsgruppen. Zwar gab es noch einen Altersschlüssel in den alten Tarifbestimmungen, also Lohnstufen. Diese sind aber gegen eine Spaltung innerhalb der einzelnen Lohngruppen anzusehen. – Die Sozialdemokraten wollen jetzt also in einer erweiterten Aufspaltung der Gehaltsgruppen eine Verbesserung sehen. Wie wenig sie selbst diese ,,Verbesserung'' sehen, zeigt, daß sie über das Verhältnis der einzelnen Lohngruppen zueinander keine Aussagen machen. In der Begründung der einzelnen Lohngruppen wird dann unterschieden nach: G1 = arbeiten auf Anweisung, G2 = genaues Arbeiten, G3 = teilweise selbständiges Arbeiten, G4 = selbständiges Arbeiten, G5 = eigenverantwortliches Arbeiten, G6 = selbständige Entscheidungsbefugnis, G7 = leitende Tätigkeit. An dieser Aufteilung sieht man deutlich, daß die Kapitalisten kräftig sondieren können bei den Gehaltsgruppen 1 bis 5. Daß gerade in der Druckindustrie bei der beständigen Entwicklung der Technologie viele Anforderungen und Kenntnisse von den Arbeitern verlangt werden, wissen doch auch die Kommissionsmitglieder. Was sollen dann aber diese einfältigen Lohngruppierungen, wenn man zudem bedenkt, daß die Arbeiter und Angestellten stets auf Anweisung arbeiten und: weil sie müssen. Sollen also alle Arbeiter in Lohngruppe 1 eingestuft werden? Nach der Gehaltsgruppenaufteilung, die die ,,Kommission'' vorschlägt, ist jetzt schon absehbar, daß sie akzeptieren wollen, daß die Kapitalisten Frauen an die Satzeingabestationen setzen werden und zwar unter der Gehaltsgruppe 1 oder 2, weil dies ,,keine besondere Einarbeitung erfordert''. – Die bundesweiten Verhandlungen sind ein Fortschritt, die Gehaltsstruktur bedeutet jedoch eine Spaltung. Drei oder vier Lohngruppen reichen aus, wobei keiner unter Facharbeitereckiohn von 10,68 DM pro Stunde eingruppiert werden darf. Das sind im Monat 1848 DM brutto, und das braucht jeder Arbeiter und Angestellte, um seine Arbeitskraft reproduzieren zu können.

z.sih. **Umfassende Rationalisierungsmaßnahmen zur Sanierung der Profite sieht das ,,Gesamtkonzept'' der P&S-Betriebsführung vor.** Die Schließung des Hochofenwerks Ilsede ist Bestandteil dieses Plans. Ebenso sollen in Ilsede die Sinteranlage und das Kraftwerk stillgelegt werden. In Peine soll weiter auf Profilstahl und in Salzgitter auf Flachstahl spezialisiert werden. Deshalb ist die Stillegung der Feinstraße im Werk Salzgitter sowie der Blockstraße 3 und der Halbzeugstraße in Peine geplant. Das SM-Werk in Peine wird ebenso dichtgemacht. Kernprojekt dieses Programms ist der Neubau zweier Strahggießanlagen in Salzgitter; die alte Anlage produziert inzwischen mit 159-prozentiger Auslastung: Statt wie geplant 85000 Tonnen fährt sie heute 135000 Tonnen. In das gesamte Programm sollen 140 Millionen DM investiert werden. Laut Vorstandsangaben sollen 970 Arbeiter überflüssig gemacht werden.

z.höm. **Die Opel-Kapitalisten können fürs Werk Rüsselsheim neue Rekorde verzeichnen:** über gesteigerte Arbeitshatz, Überstunden und Sonderschichten ist die Gesamtzahl der Unfälle 1978 gegenüber '76 um 7,8% in die Höhe geschnellt, in den Akkordabteilungen um 11,8%, im Karrosseriebau allein im letzten Jahr um 14,8%. Gleichwohl haben die Kapitalisten es fertiggebracht, die *Verlust*tage, die die Arbeiter infolge von Unfällen krank und entspre-



chend krankgeschrieben waren, um 5,9% zu reduzieren. Dies, obwohl 1978 4,7 Mio. Stunden mehr lebendige Arbeitskraft als '76 eingesaugt worden ist; gedrückte *Verlust*tage bei gestiegenen Unfällen, ein weiteres Ergebnis, das die Opel-Kapitalisten auf Grundlage ständiger Lohnsenkung und Entlassungsdruck erzielt haben.


chend krankgeschrieben waren, um 5,9% zu reduzieren. Dies, obwohl 1978 4,7 Mio. Stunden mehr lebendige Arbeitskraft als '76 eingesaugt worden ist; gedrückte *Verlust*tage bei gestiegenen Unfällen, ein weiteres Ergebnis, das die Opel-Kapitalisten auf Grundlage ständiger Lohnsenkung und Entlassungsdruck erzielt haben.

z.web. **Die ertragreichste Lösung der Einbehaltung der Renten ist für die Finanzbourgeoisie diejenige, wo das Auslaufen der Vernutzung der Arbeitskraft und Tod des Arbeiters auf den gleichen Zeitpukt fällt.** Nach Untersuchungen der im VW-Werk Braunschweig im letzten halben Jahr ausgehängten Todesanzeigen von Werksangehörigen und Rentnern kann das Ehrenbergministerium eine zufriedenstellende Zwischenbilanz auf dem Weg zur Endlösung der Rentnerfrage ziehen. Von den in der Untersuchung erfaßten 21 Arbeitern waren nur 10 Rentner und zwei Frührentner. Neun Arbeiter, zwischen 40 und 58 Jahre alt, haben bis zu ihrem Tode durchschnittlich 23 Jahre bei VW für die Kapitalisten geschanzt und gezahlt. Nur fünf wurden über 70 Jahre alt. Das Durchschnittsalter liegt hiernach bei 60,2 Jahren. ,,Wer zahlt, kann später süßer leben!'' schreibt die VW-Hauspostille ,,Autogramm'' in dicker Schlagzeile der Januar-Ausgabe. Süß geklingelt haben die Kassen der Sozialversicherungen für die Finanzbourgeoisie. Der aufsummierte Lebenslohn eines VW-Arbeiters läßt sich berechnen, unter Anwendung der Rechtsverhältnisse, die die Bourgeoisie insgesamt als das ,,soziale Netz'' bezeichnet. Legt man zur Berechnung die gültigen Tarifverträge, Gesetze usw. von 1978 zugrunde, so haben sich bis zum Zeitpukt der Verrentung mit 60 Jahren die Gesamtkosten der Arbeitskraft auf 1,349 Mio. DM aufsummiert. Davon gelangen allerdings 621662 DM über das ,,Netz der sozialen Sicherheit'' in Form von Lohnsteuer, indirekte Steuern, Gebühren u.a. zurück in den Besitz der Finanzbourgeoisie. Selbst wenn Ehrenberg beim Tode des VW-Arbeiters mit 70 Jahren – ein Alter, das nach der vorliegenden Untersuchung nur ein Viertel erreicht – den Saldo zieht, bleiben immer noch ca. ½ Mio. DM in den Klauen der Finanzbourgeoisie. Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit verschleißen die Arbeitskraft schnell, führen bei vielen – noch bevor sie mit 59 in Rente gehen können – zum frühzeitigen Tod. Am Golfband ist der neue Vertrauensmann auf der Grundlage eines Programms gewählt worden, das die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit enthält.

Treckerdemonstration der Bauern gegen das imperialistische Energieprogramm findet Unterstützung

Sonntag, den 25.März	Sammeln Spielplatz zw. Gartow u. Trebel, Marsch bis Lüchow
Montag, den 26.März	Marsch von Lüchow bis Uelzen
Mittwoch, den 28.März	Marsch von Hösseringen bis Hermannsburg
Donnerstag, den 29.März	Marsch von Hermannsburg bis Celle
Freitag, den 30.März	Marsch von Celle bis Stadtrand Hannover
Samstag, den 31.März	Einzug in Hannover

r.jöd. 200 Millionen DM hat die Bundesregierung der Niedersächsischen Landesregierung zugeschoben, damit die ersten Bauvorhaben und die Polizeiunterdrückung gewährleistet sind. Das Finanzkapital will mit aller Macht die Wiederaufbereitungsanlage erstellen. 4,1 Milliarden DM (bei einer durchschnittlichen 10prozentigen Steigerung) würde diese Wiederaufbereitungsanlage *im Jahr* an Energie für das Finanzkapital produzieren. Die Erstellung des Riesenbauwerks Europas soll alleine 11,5 Milliarden DM kosten. Die Bauzeit beträgt zehn Jahre. Es geht also in der Auseinandersetzung um den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben um eine entscheidende Auseinandersetzung um das Energieprogramm der Bundesregierung, denn die Wiederaufbereitungsanlage kann Energie entsprechend der halben Steinkohleförderung produzieren und entsprechend die Energiebasis der westdeutschen Imperialisten erweitern. Wenn man bedenkt, daß der gesamte VW-Konzern ein Sachanlagevermögen von Grundstücken, Bauten, Maschinen usw. von ,,nur'' 5,4 Milliarden DM hat, wird deutlich, um was für ein riesiges Kapital es sich bei der Wiederaufbereitungsanlage handelt. Und wenn man weiß, daß der VW-Konzern in sechs norddeutschen Städten der größte Betrieb ist und 100000 Beschäftigte hat, wird deutlich, um welche Kapitalkonzentration es sich handelt.

Es geht beim Bau der Wiederaufbereitungsanlage also um eine nie dagewesene Kapitalkonzentration in Westdeutschland, um die Ausbeuterordnung des Finanzkapitals ausweiten zu können. Bei der Erstellung dieser Anlage sollen tausende von Existenzen vernichtet und zahllose Bauern ruiniert werden, damit das Finanzkapital sich diese Anlage schaffen kann, tausende von Menschen sollen sich dieser einschneidenden Veränderung hingeben. Auf der anderen Seite wissen die Volksmassen, für wen diese ungeheuerliche Kapitalanlage ist. Für das Finanzkapital, damit die Schornsteine der Kapitalisten rauchen und die Profite in noch größerem Umfang an die Kapitalisten fließen. Wenn dann die bürgerlichen Politiker von Sicherheit usw. reden, wissen die Arbeiter und Bauern, welche Sicherheit die meinen. Die Sicherheit der dicken, fetten Bäuche der Kapitalisten.

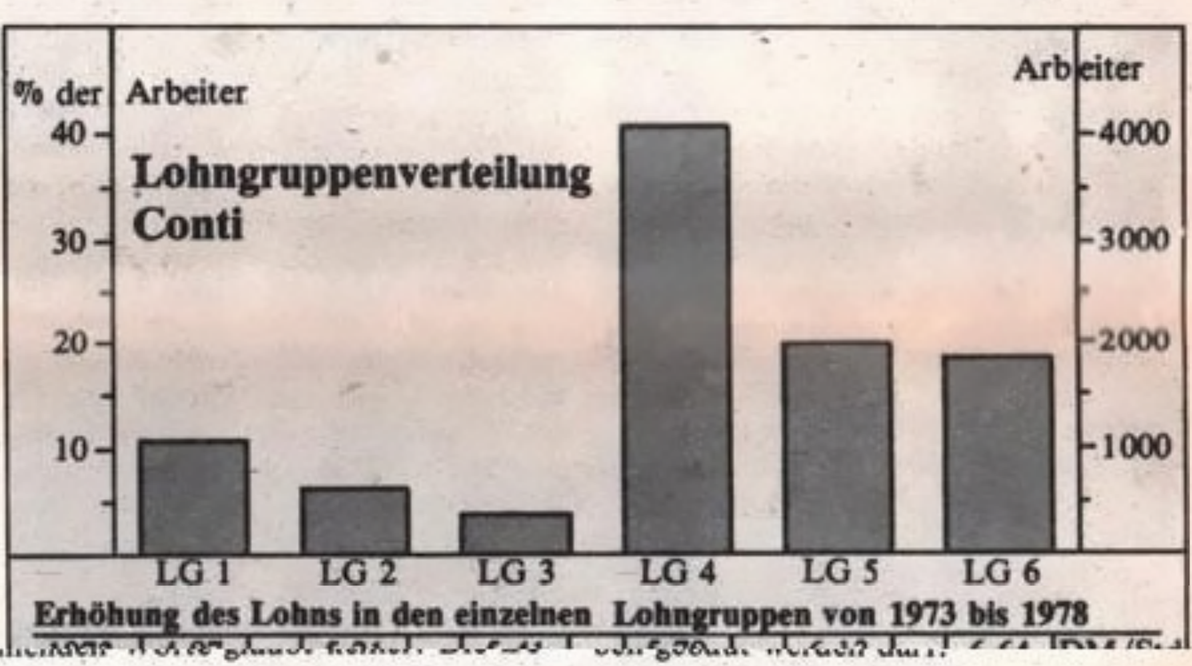
Albrecht, eher als glatter Vertreter der Kapitalisten bekannt und literarisch einschlägig erkannt, soll dieses Kapital jetzt geschickt politisch anbringen. ,,Die Bohrungen dienen lediglich der Baugrunduntersuchung. Eine Vorentscheidung für die Errichtung des von der Bundesregierung geplanten nuklearen Entsorgungszentrums ist damit nicht verbunden,'' schrieb er kürzlich auf einer Flugschrift ,,an die Bürger von Niedersachsen''. Diese schleimenden Worte glaubt keiner. Die Demonstrationen der Bauern stehen fest, und die Volksmassen werden diese Demonstration auch unterstützen, weil die Landesregierung auch im öffentlichen Dienst, in den Schulen und durch den ganzen Ausbeuter- und Unterdrückerapparat die Volksmassen unterdrückt.

,,Albrecht, wir kommen'' schreiben die Bauern auf eine Ankündigung für die Treckerdemonstration Ende März. Der Widerstand der Bauern ist sicher, weil durch den Bau der Wiederaufbereitungsanlage die Existenzen ruiniert werden sollen. Die Gesetzesveränderungen der Landesregierung über das Dorferneuerungsprogramm, die betriebliche Einzelförderung, die regionalen Strukturprogramme und die Veränderungen in den Wasser- und Waldgesetzen haben diese Ruinierung bereits vorbereitet. Die Niedersächsische Landesregierung ist ein bekannter Bauernleger. Jetzt werden die Bauern dies der Landesregierung durch die Demonstration nach Hannover entgegenhalten, daß das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung die Interessen des Finanzkapitals sichert und die Volksmassen ausbeutet und unterdrückt, und fordern, daß keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gebaut werden darf.

Die Aufstellung einer Forderung für die Kautschukindustrie ist dringlich – 100 DM mindestens sind notwendig

r.gef. Conti hat seit langem wieder eingestellt. 150 Arbeiter in den ersten zwei Monaten dieses Jahres. Im Februar sind in vielen Abteilungen der einzelnen Werke zwei Sonderschichten gefahren worden, ,,auf freiwilliger Basis'', im März sollen zwei weitere Sonderschichten folgen.

Die Conti-Kapitalisten wittern Morgenluft, denn Phoenix und Metzeler haben ihre Reifenproduktion eingestellt, womit ein Marktanteil von 10,5 % ,,frei'' wird. Darauf ist die Conti scharf, hat sie doch in den letzten Jahren starke Einbußen hinnehmen müssen (1971 bis 1976 von 30 % auf 18 %) und will sie gegenüber Mi-



Die Aufstellung einer Forderung für die Kautschukindustrie ist dringlich – 100 DM mindestens sind notwendig

r.gef. Conti hat seit langem wieder eingestellt. 150 Arbeiter in den ersten zwei Monaten dieses Jahres. Im Februar sind in vielen Abteilungen der einzelnen Werke zwei Sonderschichten gefahren worden, ,,auf freiwilliger Basis'', im März sollen zwei weitere Sonderschichten folgen.

Die Conti-Kapitalisten wittern Morgenluft, denn Phoenix und Metzeler haben ihre Reifenproduktion eingestellt, womit ein Marktanteil von 10,5 % ,,frei'' wird. Darauf ist die Conti scharf, hat sie doch in den letzten Jahren starke Einbußen hinnehmen müssen (1971 bis 1976 von 30 % auf 18 %) und will sie gegenüber Mi-

% der Arbeiter
Arbeiter
Lohngruppenverteilung Conti
40
30
20
10
4000
3000
2000
1000
LG 1
LG 2
LG 3
LG 4
LG 5
LG 6

Erhöhung des Lohns in den einzelnen Lohngruppen von 1973 bis 1978

	LG 1	LG 2	LG 3	LG 4	LG 5	LG 6	
1973:	4,97	5,21	5,41	5,79	6,13	6,64	DM/Std
1978:	7,41	7,69	7,95	8,46	8,96	9,72	DM/Std
Zuwachs	49	47,6	46,2	46,2	46,2	46,3	%
	2,44	2,48	2,54	2,67	2,83	3,08	DM

chelin und Goodyear, den schärfsten Konkurrenten, entscheidenden Boden gutmachen. Conti-Vorstandsvorsitzender Hahn weiß auch wie: Die Steigerung des Pro-Kopf-Umsatzes von 83800 auf 85000 im letzten Jahr sei für die Zukunft nicht ausreichend und ,,wir müssen auch weiter rationalisieren''.

Die Produktionszeiten sollen noch kürzer werden und der Arbeitstag noch mehr verdichtet. In der Reifenheizung des Werks Vahrenwald z.B. ist der Plan, daß die Heizer die Reifen nicht nur heizen, sondern gleich während der Kesselpausen schnippeln (säubern). Die von den Arbeitern in jahrelangen Auseinandersetzungen erkämpften zusätzlichen Pausen sollen gestrichen werden, die Mittagspause auf eine viertel Stunde gekürzt.

Den entscheidenden Schlag wollen die Conti-Kapitalisten in diesem Jahr mit einer weiteren Lohnsenkung und der Verhinderung eines neuen Manteltarifs führen. Den gewerkschaftlichen Forderungen nach 6 Wochen Urlaub, Bezahlung der Pausen, Freistellung von der Arbeit bei Lohnfortzahlung am 24.12. und 31.12. und Lohnausgleich bei Kurzarbeit halten die Kautschukkapitalisten entgegen, daß sie lediglich über den Lohn und die Urlaubsregelung verhandeln wollen, und dabei sollen die Kosten des Mehrurlaubs gleich auf den Lohn angerechnet werden, denn ,,die kritische wirtschaftliche Lage der Kautschukindustrie habe eben nur beschränkte finanzielle Möglichkeiten''. Die Verhandlungskommission der IG Chemie hat sich bislang mehr auf das Blockieren der Kapitalisten als auf die Kampfkraft der Arbeiter eingelassen. Zunächst wollte sie eine Anrechnung des Lohns auf den Urlaub im Zusammenhang mit Neueinstellungen vertraglich festlegen, jetzt will sie sogar die Urlaubsforderung auf die nächsten Jahre verschieben, um dieser Anrechnung aus dem Wege zu gehen; die Forderung nach Bezahlung der Pausen hat sie nur noch für einen kleinen Teil der Drei-Schichtarbeiter beschränkt. Und vor allem hat sie für die nächsten Verhandlungen am 20. März noch keine Lohnforderung und noch nichts unternommen, daß diese in den Vertrauensleutekörpern beraten wird. (Der Tarif läuft aus am 30.6.) Das wird jedoch bis dahin die dringlichste Aufgabe der Kautschukarbeiter sein. Bei einem durchschnittlichen Lohn aller Conti-Beschäftigten von 2484 DM bedeutet 1 % mehr auf die Lohnsumme fast genau 25 DM. Eine Forderung von 5,2 % entspricht dabei einer Forderung von 100 DM mehr auf den Grundlohn.

z.mac. **NRW-Arbeitsminister Fahrtmann hat den Luftreinhalteplan für das östliche Ruhrgebiet vorgelegt.** Mit dem Eingeständnis ,,vom unmittelbaren Zusammenhang von Luftverunreinigungen und gesundheitlichen Schäden'' ist jetzt landesregierlich bestätigt, daß die Kapitalisten mit den Giften, die sie durch die Schornsteine jagen, die Gesundheit der Massen ruinieren. Ansatzpunkt für Fahrtmann, sich ,,mit Nachdruck für eine Reduzierung der Luftschadstoffe'' einzusetzen und unter diesem Titel den Kapitalisten weitere Millionen DM für neue Maschinerie in den Rachen zu werfen, über deren Anwendung diese die Profitproduktion vorantreiben. So wurden den Bayer-Kapitalisten bis 1978 über 1,2 Mio DM für ,,thermische Reinigung explosibler Abluft'' zugeschanzt. Gleichzeitig arbeitet auch die Bundesregierung daran, daß für die Kapitalisten ,,der eingetretene Investitionsstau abgebaut wird'' und bereitet mit der Neufassung des Bundes-Immisionsschutzgesetzes die weitere Senkung der Grenzwerte für das in die Luft geblasene Gift vor.

r.ulh. **Die Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat (NH), auf's engste mit dem Hamburger Senat verflochten, hat ihre Bautätigkeit umgestellt.** Sanierungsvorhaben stiegen von 1974 9,9% auf 1978 73,9% (Planziffer Jahresbericht 77/78), Mietwohnungsbau fiel von 1974 49% auf 1978 3,7%. Würde der Miethausbau nicht öffentlich gefördert, so wäre er für sie zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, lassen sie wissen. Es geht der NH um Höchstprofite. Dabei unterstützt der Hamburger Senat sie gewaltig. 1979 sollen die Förderungsmittel für den Wohnungsbau um 31,8 Mio. DM auf 463 Mio. DM steigen. Keineswegs um das Wohnungselend zu beseitigen. Das Geld wird für ,,Modernisierungsmaßnahmen'' gezahlt, wo durch Fassadenanstrich oder Einbau ,,energiesparender'' Fenster Vorwände für Mieterhöhungen geschaffen werden. Von 76 auf 77 hat die NH den Quadratmeterpreis um durchschnittlich 22 Pfennig erhöht. Gleichzeitig sorgt der Senat für bessere ,,Auslastung'' der Wohnungen. Mit seinem Freimachungsprogramm für ,,unterbelegte Mietwohnungen'' hat er 61 Wohnungen mit 265, vorher 91, meist älteren Leuten, belegt.

z.kam. **Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung konstatiert eine ,,rückläufige Deckung der Verkehrswegekosten''** (Wochenbericht des DIW 7/79). Fazit: Die Verkehrsteilnehmer tragen in immer geringerem Umfang zur Finanzierung dieser Ko-

Eilzüge werden stillgelegt, Lage der Pendler weiter verschlechtert

Die Strecken werden für den rascheren Kapitalumschlag benötigt

r.klm. 130 Pendler aus dem Landkreis Schaumburg protestieren gegen den Wegfall des E-Zuges 2240. Dies würde eine Verschlechterung der Versorgung auf dem Personentransportsektor im regionalen Bereich bedeuten. Auf der Strecke Celle – Minden verkehren Nahverkehrszüge. Diese benötigen viel Zeit. E-Züge halten aber auch in den Städten Stadthagen, Bückeburg und Helpser. Die Pendler aus diesen Orten können bisher Hannover mit Eilzügen erreichen und ebenso mit Eilzügen nach Hause fahren.

Im Landkreis Schaumburg gibt es insgesamt 152086 Einwohner, darauf kommen 39094 Ein- und Auspendler (1970). Im Verhältnis zur Gesamtzahl der erwerbstätigen Bevölkerung von 54051 (1970) ist der Pendleranteil sehr hoch (ca. 75%). Von der erwerbstätigen Bevölkerung Stadthagens z.B. arbeiten nur 8% am Wohnort. Alle weiteren sind Ein- und Auspendler. 1975 wurden in Niedersachsen von ca. 150000 Pendlern 78 Mio. Fahrten zum Arbeitsplatz mit der Bundesbahn durchgeführt, wobei insgesamt 1430 Mio. Kilometer zurückgelegt wurden, was immerhin 23,8% aller von Pendlern zurückgelegten Kilometern sind. Eine Untersuchung des Bundesministeriums für Verkehr ergab 1977, daß der durchschnittliche Reiseverkehr der Pendler im Bundesdurchschnitt im Eisenbahnverkehr 38,3 km beträgt. Der Niedersächsische Verkehrsbericht von 1978 betont nun, daß „... insbesondere der Nahschnellverkehr auf den Schienen auszubauen“ sei und die Einstellung der Eilzüge durch die „... Umstellung von Strecken auf Omnibusverkehr im Rahmen der Netzoptimierung“ erreicht werden soll. Im Klartext: Die Eilzüge sollen eingestellt werden, die Pendler sollen auf die bestehenden Nahverkehrszüge ausweichen. Die Strecke muß frei werden für den Fernverkehr, vor allem aber für den Gütertransport, um die Öl- und Erzversorgung von Rotterdam her für die Kapitalisten zu sichern. Der Eilzugverkehr ist dabei hinderlich. Die Einstellung des E 2240 ist eine erste Maßnahme. Im Verkehrsbericht der Bundesregierung (1977) ist die Marschrichtung angegeben: „Steigende Zugzahlen im Fernreise- und Güterverkehr fürhren zu Engpässen, die beseitigt werden müssen.“ Besetitigt werden hier die Verkehrsverbindungen für die Massen, damit der Verkehr für die Kapitalisten ungehindert rollen kann.

Für die Pendler bedeutet der Wegfall des E 2240, daß sie mindestens 50 Minuten täglich an Zeit verlieren. Bisher mußte ein Pendler aus Stadthagen (ohne Verspätung) täglich mit 3 Stunden Zeit für die Fahrt rechnen. Bei Nahverkehrszügen muß er mehr rechnen, da diese oft auf der Strecke stehen bleiben, um Fern- oder Güterzügen Platz zu machen. Verspätungen von 10 bis 15 Minuten sind hier die Regel. Der Gesamtarbeitstag verlängert sich so. Gleichzeitig entstehen dem Arbeiter Kosten für seinen Transport, die ihm direkt vom Lohn abgehen. Seine notwendige Reproduktion ist doppelt eingeschränkt: Für einen Normalarbeitstag von 8 Stunden braucht er mindestens 11 Stunden und verliert dabei noch bis zu 200 DM Lohn. Daher benötigen die Arbeiter die Eilzüge, die relativ pünktlich und schnell sind. Als Transportkosten zahlt ein Arbeiter, der von Stadthagen nach Hannover fährt, monatlich 110 DM. Dazu kommen dann noch Kosten in Hannover 45 DM und evtl. Kosten, um in Stadthagen zum Bahnhof zu gelangen. Ab 1.4.1979 werden diese Preise wieder erhöht. Enbringen soll das der Bundesbahn 110 Mio. DM. Diese Gelder sollen vorwiegend über die Wochen- und Monatskarten eingetrieben werden mit Erhöhung zwischen 1,8 und 9,1%. Durch die Stillegung von Eilzügen, wie von der Bundesbahn eingeleitet, wird die Reproduktion der Pendler direkt verschlechtert. Dem Kapitalisten ist es letztlich egal, wie die Ware Arbeitskraft in seinen Betrieb kommt. Wichtig ist für ihn, daß sie ihm zur Ausbeutung zur Verfügung steht. Nun ist es aber so, daß jeder, der eine Ware kauft, auch für den Transport zahlen muß. Kauft sich ein Arbeiter etwas beim Quelle-Versand, dann zahlt er Porto- / Fracht- / Rollgeld- / Zustellgebühr. Den Transport der Ware Arbeitskraft dagegen halst der Kapitalist dem Arbeiter auf.

Die Forderung der Pendler aus dem Schaumburger Land nach guten und schnellen Transportmitteln und das Bestehen des Eilzugverkehrs ist richtig. Sie muß verbunden werden mit der Forderung, daß die Kapitalisten auch die Kosten für den Transport zum Arbeitsplatz zahlen.

Arbeiter von General Motors Antwerpen im Kampf um neuen Tarifvertrag

Kapitalisten bieten: Tariflohnsenkung / Urabstimmung über Streik

z.scc. Brüssel. Direkt am ersten Dock des zweitgrößten westeuropäischen Hafens – Antwerpen – liegen die zwei belgischen Montagewerke von General Motors. 1650 Wagen rollen hier tagtäglich vom Band: Ascona, Manta, Vauxhall Cavalier, Kadett. In der sich verschärfenden Schlacht um die europäischen Automobilmärkte ist der Standort Antwerpen, nicht zuletzt auch wegen seiner hervorragenden Eisenbahn- und Straßenverbindungen in die Industriezentren Westdeutschlands, von unschätzbarem Vorteil. 90% der Wagen werden für den Export vor allem in die BRD (50-60%), nach Großbritannien, Frankreich, in nahezu alle west- und nordeuropäischen Länder, produziert.

Und General Motors baut aus. Zwei-Schicht-Betrieb gab es bis Anfang 1979 nur in Werk 2, dem größeren der beiden. Seit Januar müssen auch die Arbeiter von Werk 1 Schicht arbeiten. In ihrer Mehrheit sind dies ältere Arbeiter, die seit 15, 20 Jahren, teilweise seit Gründung der belgischen GM-Niederlassungen 1954, dort für den Profit der General-Motors-Kapitalisten schanzen und deren Arbeitskraft jetzt beschleunigtem Verschleiß ausgesetzt wird. Weitere 1500 Arbeiter wollen die GM-Kapitalisten bis Ende 1979 unter ihr Kommando zwingen und die Auto-Tagesproduktion in Werk 1 von 84 auf 168 verdoppeln, sowie die Produktion von Kühlern und anderen Einzelteilen in die Höhe schrauben.

Die Arbeitshetze ist kaum noch zu steigern. Der uns das berichtet, ist ein junger Arbeiter, 18 Jahre höchstens, der gerade von der Spätschicht kommt. Einmal im Monat schicken die Kapitalisten die Zeitnehmer in die Hallen, die jede Pore des Arbeitstages aufspüren, „mangelnde Auslastung“ feststellen, den Abzug weiterer Arbeiter von den Bändern vorbereiten sollen. Dieser junge Arbeiter ist in Lohngruppe 3 eingestuft, der niedrigsten Lohngruppe. 209 bfr die Stunde verdient er brutto (13,10 DM), dazu 12,5% Schichtprämie. Über 40% der rund 9500 Arbeiter arbeiten in Lohngruppe 5 (Produktionsarbeiter), kommt im Monat auf umgerechnet 2680 DM brutto, einschließlich Schichtzulagen. Der höchste Lohn, den nur die Vorarbeiter der „hochqualifizierten Arbeiter“ erhalten, beträgt umgerechnet 3085 DM.

Der Lohn, den sie in Antwerpen zahlen, sei nicht nur im Vergleich zu den Durchschnittslöhnen der Industriearbeiter in Belgien, sondern auch im Vergleich zu den übrigen Löhnen der westeuropäischen GM-Arbeiter der höchste. Dies ewige Lied der GM-Kapitalisten ertönt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den neuen Tarifvertrag lauter denn je. Im letzten Tarifvertrag, der nach dreijähriger Laufzeit zum 31.12. gekündigt worden war, hatten die Arbeiter eine Lohnerhöhung von insgesamt 19 bfr zusätzlich zu den Angleichungen an die amtliche Preissteigerungsrate durchsetzen können. (Diese „Angleichungen“ und ihr lähmender Einfluß auf den Lohnkampf bewirkten, daß der allgemeine Durchschnittslohn 1978 um real über 2% sank, wie eifrige Bourgeoisprofessoren ausrechneten). In diesem Jahr boten die GM-Kapitalisten *anstelle einer Tariflohnerhöhung* einmalige Prämienzahlungen in Höhe von 8000 bfr für 1979, 16000 bfr für 1980 und 24000 bfr für 1981 (500, 1000 bzw. 1500 DM). Dies war ihr erstes Angebot; die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von GM wiesen es in einer Urabstimmung mit 71,7% der Stimmen zurück.

Warum? Diese Prämien, sagen uns zwei Arbeiter, werden nicht auf den Lohn angerechnet; sie werden weder auf das Urlaubsgeld noch auf die Renten angerechnet. Nach den drei Jahren, für die der neue Tarifvertrag gelten soll – die Arbeiter fordern einjährige Laufzeit! – hat sich der tarifliche Stundenlohn nominell nicht geändert, tatsächlich ist er weit auf die unterste Stufe der Lohnskala abgerutscht. Was bleibt von den Prämien? 44% kassiert über die Lohnsteuerausplünderung der bürgerliche Staat, den Arbeitern bleiben, auf die Stunde umgerechnet, jedes Jahr netto 2 bfr (0,13 DM) „Lohnerhöhung“.

Der zweite heftig umkämpfte Punkt ist die Arbeitszeitverkürzung. Von den 40 Wochenstunden sind fünf mal 20 Minuten bezahlte Pause, die sich die Arbeiter erkämpft haben; die tatsächliche Arbeitszeit beträgt also 38 Stunden, 20 Minuten. Für die nächsten drei Jahre bieten die Kapitalisten „38 Stunden“, die 20 Minuten „Verkürzung“ zusammengefaßt in zwei zusätzlichen Urlaubstagen. Das mindeste, was wir verlangen, sagen die Arbeiter, mit denen wir sprechen, ist die 38-Stundenwoche, wobei die Pausen weiterhin bezahlt werden müssen.

Nach der eindeutigen Ablehnung des Angebots der GM-Kapitalisten bereiteten die Arbeiter den Streik für den 5. März vor. Die Kapitalisten gerieten unter Druck, kurz vor Ablauf der „Abkühlungsperiode“ legten sie ein „neues“ Angebot vor. Der Unterschied zum ersten? Die Prämien liegen um jeweils 2000 bfr höher, was sich netto nicht einmal mit einem Franken pro Stunde auswirkt.

Wie werden die Arbeiter am Dienstag über dieses Angebot abstimmen?, fragen wir. Die Kollegen zucken mit den Schultern. *Für* dieses Angebot sei kaum einer; viele Arbeiter haben Schulden, müssen Kredite zurückzahlen, brauchen Lohnerhöhung. Aber reicht die Kraft für eindeutige Ablehnung – nach den Gewerkschaftsstatuten 66,6% – und Streik? Seit Wochen zieht sich die Prozedur der Verhandlungen, Abstimmungen, „Abkühlungsperiode“ hin. Das zermürbt. Die reformistischen Gewerkschaftsführer treten für das zweite Angebot ebenso vehement ein, wie sie für das erste eingetreten waren. Sie hatten die Position der Arbeiter von Anfang an dadurch geschwächt, daß sie keine klaren Forderungen aufgestellt hatten. Und dann: es sei schwer, alle Arbeiter für den Streik zu gewinnen, wenn das Streikgeld in der ersten Woche nur 2600 bfr beträgt und bis zur neunten Woche auf gerade 4000 bfr steigt (163 bzw. 252 DM). Wiederum: zu frech ist der doppelte Betrug, zu dringend die Interessen der Arbeiter an ausreichender Lohnerhöhung und Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Am Dienstag, dem Tag der zweiten Urabstimmung bei den Arbeitern, nehmen die Gewerkschaften für die gut 1300 Angestellten von GM die Tarifverhandlungen auf. Die Kapitalisten haben dasselbe Angebot wie für die Arbeiter vorgelegt, die gewerkschaftlichen Delegierten und Verhandlungsführer der Angestellten haben dieses Angebot entschieden zurückgewiesen.

---

sten bei. Bezogen auf die Ware, die transportiert wird, sieht die Rechnung des DIW für 1975 so aus: Im Güterverkehr sind Straße und Schiene zu 50% kostendeckend. Im „Individualverkehr“ mit PKW ist der Wegekostendeckungsgrad knapp doppelt so hoch (85%) wie im Personenverkehr der Eisenbahn (46%). Woher kommen die Einnahmen? 1975 waren bei der Deutschen Bundesbahn 81,7% der Gesamteinnahmen „anteilige Tarife“, 18,3% kamen aus Bundeszuschüssen. Die Einnahmen im Straßenverkehr setzten sich zusammen zu 26% aus der Kraftfahrzeugsteuer, zu 73% aus der Mineralölsteuer und zu knapp 1% aus Parkgebühren. Das reicht der Kapitalistenklasse noch nicht. Das DIW forscht nach weiteren Kosten, die dem „Verkehrswegebenutzer anzulasten“ sind: so die Kosten für die Beseitigung der Abgas- und Lärmbelastungen insbesondere im Straßenverkehr sowie die Schäden durch Verkehrsunfälle. Und wann wird der Staat eine Straßenbenutzungsgebühr erheben?

z.geh. **Die DBP hat zwischen Oberursel und Ginnheim eine Glas-Lichtleiter-Übertragungsstrecke in Betrieb genommen: Ende letzten Jahres 4 ebensolche in Westberlin.** Sprache, Fernsehbilder und andere Daten werden in Lichtimpulse zerlegt, die über Lichtleiter übertragen werden. Die Lichtleiter müssen hochrein und in präzisen Abmessungen gefertigt sein. Über sie können gleichzeitig 480 oder 960 Ferngespräche, versuchsweise bereits 10800 übertragen werden. Sie ersetzen komplizierte, empfindliche und vor allem teuere Fernkabel in Koaxialtechnik. Mit der Umstellung auf diese Technik verfolgen die westdeutschen Fernmeldemonopole verschiedene Ziele: In der BRD gibt es gegenwärtig 140000 km Fernkabel im Wert von mehr als 700 Mio. DM. Dieses Netz reicht durch die Ausdehnung des Nachrichtenverkehrs – vor allem der Datentechnik – nicht mehr aus und muß z.T. ausgewechselt werden. Das hierin festgelegte Kapital wird durch die neuen Kabel von 15 bis 20000 DM auf 4 bis 5000 DM pro km auf ¼ bis ⅓ verringert. Diese Kabelanlagen werden nur durch die 4 großen Monopole (Siemens, AEG, F&G, und SEL) produziert. Mit Hilfe von Exclusiv-Verträgen mit den Herstellern der Glasfasern und über die Beherrschung der Bundespost sind die kleinen und die ausländischen Kapitalisten von der Entwicklung und Produktion ausgeschlossen. Die Entwicklungskosten wurden z.T. von der Post über die Steuern und Gebühren finanziert. So hoffen die Monopole den Vorsprung der britischen und US-amerikanischen aufzuholen.

z.hal. **Die bayerischen Kapitalisten haben kürzlich beschlossen, sich nicht länger „als Ausbeuter an den Pranger“ stellen zu lassen.** Gabor, einer der größten Schuhkapitalisten, macht den Vorreiter. Mit einer Anzeige wegen Beleidigung und Verleumdung wurde die Staatsanwaltschaft in Bewegung gesetzt gegen Flugblattverteiler vor seinem Rosenheimer Werk. Angeblich in der Ehre gekränkt, verfolgt die Verhandlung vor dem Amtsgericht ein ganz anderes Ziel: Die Wissenschaft des Proletariats zu kriminalisieren. Angeklagten und Verteidigung wurde das Wort entzogen, als sie in Erklärungen zur Anklage und in Beweisanträgen die Tatsache der Ausbeutung wissenschaftlich belegen wollten. Mit dem KPD-Verbots-Urteil hat sich die Bourgeoisie die Grundlage für solche Angriffe geschaffen. Danach kann der „Tatbestand der Lohnarbeit“ nicht als Ausbeutung bezeichnet werden. Die Paragraphen 90a StGB u. a. sollen den Angriff auf die politische Herrschaft, die §§ 185 ff. den Angriff auf die Ausbeuter selbst abwehren. Weg mit dem KPD-Verbot!

Seit 2 Wochen Streik der irischen Postarbeiter

z.rül.London. Letzte Woche beschloß der Vorstand der irischen Postarbeitergewerkschaft, den am 19.2. begonnenen Streik ab Montag, dem 5.3., zu einem landesweiten und unbefristeten Streik auszuweiten. Die Gewerkschaft fordert Lohnerhöhungen zwischen 30% (für Büroangestellte) und 37% (für Postboten) sowie eine Anhebung der Frauenlöhne auf die Löhne der Männer, was für diese weitere 14% bedeutet. Die irische Regierung, die 1978 aus der Ausplünderung über die Postgebühren und aus der Ausbeutung der Postarbeiter eine Einnahme von über 69 Mio. Punt gezogen hat (ca. 276 Mio. DM), weigert sich, während des Streiks überhaupt mit den Postarbeitern zu verhandeln. Nach einem landesweiten Streik in der ersten Woche hatte die Gewerkschaftsführung „Teilstreiks“ organisiert, wie einen landesweiten Streik der Telefonvermittler und von Teilen der Postarbeiter in Dublin und im Bezirk Kerry. 600 Dubliner Postarbeiter protestierten dagegen auf einer Versammlung am 25.2. und bestreikten die zentrale Sortierstelle in Dublin. Daraufhin rief der Gewerkschaftsvorstand zu erneutem und unbefristetem Vollstreik auf. Auf Versuche der Kapitalisten, einen privaten Post- und Paketdienst zu organisieren, erklärte die Gewerkschaft, sie werde, falls nötig, dies gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften zu Fall bringen.

Selbständiger Streik der italienischen Flugassistenten

z.ulg.Rom. Seit vorletzten Dienstag streiken die 2500 Flugassistenten der Alitalia. Am 25.2. haben sich auch die 500 Stewards und Stewardessen der Inlandsfluggesellschaft ATI dem Streik angeschlossen. Seit 18 Monaten herrscht tarifloser Zustand. Die gelegentlichen eintägigen Kurzstreiks der Einheitsgewerkschaft FULAT haben dagegen nichts ausrichten können. Die Flugassistenten fordern Lohnerhöhung um 18000 Lire (40 DM, dazu kommen die Inflationszuschläge), vor allem aber Verkürzung der Arbeitszeit um anderthalb Stunden täglich. Bisher müssen sie auf Mittelstreckenflügen 12,5 Stunden, auf Langstreckenflügen noch zwei Stunden länger schaffen. „Für außergewöhnliche Fälle“ will die Alitalia jetzt sogar noch anderthalb zusätzliche Überstunden in den Tarifvertrag hineinschreiben lassen. Als die bürgerlichen Gewerkschaftsführer in dieser Frage von der ursprünglichen Plattform abgingen – sie „fordern“ jetzt nur noch Verkürzung der „flugplanmäßigen“ Arbeitszeit um eine Stunde, was angesichts der dauernden Verspätungen praktisch bedeutungslos ist –, haben die Flugassistenten zur selbständigen Führung des Streiks ein Kampfkomitee gebildet. Täglich beschließen sie auf Versammlungen über die Weiterführung des Streiks. Fast alle sind gewerkschaftlich organisiert. „Die Gewerkschaft muß bei den Verhandlungen unsere Forderungen vertreten“, sagte uns ein Sprecher des Kampfkomitees.

Drei Wochen Streik im französischen Rundfunk und Fernsehen

z.jon.Paris. Die Arbeiter und Angestellten aller sieben aus der Auflösung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaften ORTF 1974 hervorgegangenen Gesellschaften haben drei Wochen lang gegen die geplante Entlassung von 754 Beschäftigten der Französischen Produktionsgesellschaft SFP gestreikt. Die SFP, heute rund 3000 Lohnabhängige, produziert v.a. Filme für das Fernsehen. Während des Streiks wurden in Rundfunk und Fernsehen nur gesetzlich vorgeschriebene Mindestprogramme gesendet. Am 28.2. sagte die Geschäftsleitung der SFP zu, die Durchführung der Entlassungen bis zum 9. März auszusetzen, ohne aber ihre Pläne zurückzunehmen. Die SFP-Beschäftigten führen den Streik weiter, die Lohnabhängigen der übrigen Gesellschaften setzen ihn aus, während Verhandlungen aufgenommen werden. – Mit der Auflösung der ORTF verfolgte die französische Bourgeoisie das Ziel, die Lohnabhängigen gegeneinander konkurrieren zu lassen und so ihre Ausbeutung und politische Unterdrückung zu verstärken. Mit den Vorschriften über das Mindestprogramm bei Streiks wurde das Streikrecht eingeschränkt. Mit dem Streik gegen die Massenentlassungen bei der SFP haben die Arbeiter und Angestellten des staatlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols zum ersten Mal wieder ihre Einheit gegen den staatlichen Dienstherrn erkämpft.

Wojtylas „wesenhafte Befreiung“ der Völker

z.ulg.Rom. Auf der Generalaudienz vom 14.2. hat Papst Johannes Paul II. die Lehren seiner Mexikoexpedition zusammengefaßt: „Sich selbst in Christus wiederfinden als eigentliche Frucht der Verkündigung des Evangeliums wird zur wesenhaften Befreiung des Menschen.“ Um die Völker vom Kampf für die wirkliche Befreiung vom Imperialismus abzuhalten, sollen die Pfaffen sie auf den Holzweg der „wesenhaften Befreiung“ zerren. Und wo soll die sich abspielen? Natürlich – im *Geiste*. „Der Dienst am Evangelium ist Dienst an der Freiheit im Geiste“, fährt der Papst fort. Daß es für die Imperialisten prächtig wäre, wenn die Völker ihre Befreiung „in Christus“ suchen würden, ist ausgemacht. Aber wie sie auf den Weg der *inneren* Umkehr kriegen? „Der Mensch, der sich selbst in Christus wiedergefunden hat, hat den Weg der konsequenten Befreiung des eigenen Menschseins durch die Überwindung aller seiner Grenzen und Schwächen gefunden: Dies geschieht durch die Befreiung von der Gegebenheit der Sünde und deren vielfältigen Strukturen, die auf dem gesellschaftlichen Leben und auf dem einzelnen lasten.“ Die Sünde also ist an dem Elend schuld; und wer sie durch „Wiederfindung in Christus“ überwunden hat, der – soll sich willig plündern lassen. „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“, so soll schon der Gründer dieser Religion die Steuerplünderung der römischen Kolonialherren unterstützt haben. Passenderweise hat Wojtyla bei gleicher Gelegenheit daran erinnert, *wie* dieser Betrug erstmals nach Mexiko gebracht worden ist, durch gewaltsame Kolonisierung. „Überall traf ich die prachtvollen Kirchen an, die an die ersten Generationen der Kirche und des Christentums in jenem Land erinnern.“ Aber angesichts des jahrhundertelangen Widerstands der indianischen Nationen gegen Kolonialismus und Imperialismus überfällt ihn Skepsis, ob aus der zweiten „Evangelisierung“ was werden wird: „Jenes Zusammentreffen der Neuankömmlinge aus Europa mit den Eingeborenen war sicherlich nicht einfach. Man hat den Eindruck, daß letztere nicht in allem das angenommen haben, was europäisch ist; daß sie sich irgendwie hinter ihrer eigenen Tradition und Stammeskultur zu verbergen suchten.“

sammentreffen der Neuankömmlinge aus Europa mit den Eingeborenen war sicherlich nicht einfach. Man hat den Eindruck, daß letztere nicht in allem das angenommen haben, was europäisch ist; daß sie sich irgendwie hinter ihrer eigenen Tradition und Stammeskultur zu verbergen suchten.“

„Erst mit dem Kreuz gen Westen, dann nach Osten!“

z.rug. „Dem Herrn dienen“ war nie eine Frage für die Pfaffen evangelischen oder katholischen Stammbaums. Der Herr hat sich stets irdisch gezeigt; man mußte ihm nur folgen: Als Blutsauger der Völker der Welt, als Kolonialist, als Imperialist – das Kreuz war dabei. Die Richtung ist klar, über den Weg muß es eine Verständigung geben. Dazu sind die Systematiker in der Theologie da. Kilometer von Büchern zeugen davon. Einer von ihnen ist Prof. Dr. Martin Honecker mit seinem Lehrstuhl in Bonn. In der Deutschen Zeitung „Christ und Welt“ schrieb er einen Artikel. Ihn plagt, daß die evangelische Kirche im Augenblick zu wenig auf Vordermann ist, wo es doch darum geht, den Expansionsabsichten der westdeutschen Imperialisten kirchlichen Segen zu geben. Europa ist jetzt eines der Hauptkampffelder. Schmidt träumt von der unangefochtenen Vormachtstellung des DM-Reiches in Europa. Dem soll die Kirche dienen. Doch zu uneinheitlich ist Honecker das Nations- und Staatsverständnis der evangelischen Kirche, wo doch mit der Erklärung des Rats der EKD von 1977 eine gute Grundlage da ist: „Nur ein starker Staat kann ein liberaler Staat sein... Die Verpflichtung auf die unserer gesellschaftlichen Ordnung vorgegebenen Werte... ermöglicht den weiten Raum der Freiheit, in dem Menschenrechte und Menschenwürde beheimatet sind.“ Ein „weiter Raum der Freiheit“, dieses Europa, das sie gerne hätten. Doch damit nicht genug. Hat man erst den Westen, dann geht's wieder gen Osten. Aus seiner 3. These: „Wenn die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates nicht völlig aufgegeben werden soll, so wird der Beitrag der Bundesrepublik vor allem darin bestehen können, hier Tendenzen zu einem zentralistischen Einheitsstaat nicht nachzugeben und das föderalistische Element zu stärken. Denn nur in einer Konkordanzdemokratie mit der Anerkennung pluralistischer Lebensformen und einem institutionell gesicherten Minderheitenschutz könnte eine gesamtdeutsche, föderalistische staatliche Einigung überhaupt noch vorstellbar sein.“

„Sofortige Übernahme aller Lehrlinge!“ – Demonstration 1.3. in Bonn – Der Kampf hat die Unterstützung aller Postbeschäftigten

z.höm. „Wir haben dem Bundespostministerium (BPM) angekündigt, daß wir so lange kämpfen, bis wir unseren Kampf siegreich abschließen werden“- Eröffnungskundgebung der Deutschen Post Gewerkschaft, 1.März in Bonn. Über 2000 Lehrlinge beteiligten sich an den Kundgebungen und der Demonstration letzten Donnerstag gegen die Nichtübernahme der Fernmeldehandwerkerlehrlinge in Hessen durch die Deutsche Bundes Post (DBP). Delegationen aus Köln, Düsseldorf, Dortmund, Koblenz/Trier und Münster unterstützten die Aktionen.

Am 19. Februar, mitten in die Abschlußprüfungen hinein, hatte das BPM mitgeteilt, daß der „Personalbedarf 1979“ auf 450000 Arbeiter, Angestellte und Beamte festgesetzt würde und daß „die Auszubildenden im Fernmeldehandwerk, die ab dem 1.2.'79 ihre Ausbildung beenden ... aus dem Bereich der bauausführenden Kräfte zur Deckung von Ersatzbedarf für ausscheidende Kräfte in anderen Bereichen herangezogen ... werden (Fernschreiben BPM 19. Feb. 1979)“.

Das heißt, die Lehrlinge sollen für alle Abteilungen – im Paketdienst, auf dem Postbahnhof, als Jungbriefträger – verfüg- und einsetzbar gemacht werden, währenddessen die bislang vorhandenen Fernmeldehandwerker verstärkt in Überstunden und Schicht gepreßt werden sollen. Konkret für Hessen:

– Nichtübernahme von 109 Fernmeldehandwerkslehrlingen
– Versetzung auf beliebige Ämter in niederen Lohngruppen (LG VI statt LG IV)
– 13 Millionen Überstunden bundesweit und 600000 in Hessen sollen beibehalten und auf dieser Grundlage die Überstundenzahl noch erhöht werden
– über 1,5 Millionen Tage Resturlaub, teilweise noch aus 1977, sollen weiter aufgestockt werden.

Sofort, als die Ankündigung dieser neuen Angriffe des Dienstherren heraus war, haben die Beschäftigten und die Lehrlinge Kampfschritte eingeleitet. Schon am 22. und 23. Februar wurden in Frankfurt spontane Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Nichtübernahme, gegen die Überstundenschinderei und den faktischen Einstellungsstop – bei mindestens 10000 *notwendigen* Einstellungen (DPG) – durchgeführt. Innerhalb weniger Tage sind sodann Kundgebungen und Demonstration in Bonn vorbereitet worden. Ernst Breit, Vorsitzender der DPG hat die Unterstützung des Kampfes durch Hauptvorstand wie Hauptpersonalrat und Hauptjugendvertretung auf der Kundgebung zugesagt.

Elias, Staatssekretär beim BPM, hat sich auf der Kundgebung noch frech zu sprechen gewagt: „Aber auch eure älteren Kollegen haben eine Zeit lang im Postdienst gearbeitet und das kann man euch wohl auch mal zumuten.“ Er wurde ausgebuht und konnte sich kaum halten. Im Anschluß an die Kundgebung wurde eine kämpferische Demonstration zum Bundespostministerium durchgeführt.

Auf der Abschlußkundgebung vor dem BPM wurden die Forderungen
– Übernahme aller Lehrlinge entsprechend ihrer Ausbildung
– Einstellungsgenehmigungen entsprechend dem Bedarf der OPDen und Ämter
in einer Resolution bekräftigt und die Fortführung des Kampfes bis zur Erfüllung der Forderungen festgelegt. Er soll jetzt auf Bezirksebene verstärkt werden; der Streik, notwendig, um Gscheidle zur Rücknahme seiner Anordnung zu zwingen, wird von den Lehrlingen beraten und wird die Unterstützung aller Beschäftigten haben.



Kundgebung: Beethoven-Halle, Bonn





Demonstration der über 2000 Postlehrlinge am 1. März in Bonn gegen das Bundespostministerium: „Übernahme aller Lehrlinge!“

Westberlin: Krankenhausbeschäftigte setzen Gesundheitssenator unter Druck

z.jod.Westberlin. Mußte Gesundheitssenator Pätzold in den vergangenen Wochen und Monaten schwere Schläge der Beschäftigten wegen seiner Westberliner Ausgabe des Ehrenbergschen Kostendämpfungsprogramms einstecken, so versuchte er Anfang letzter Woche zum Befreiungsschlag auszuholen. Die Situation jetzt sei nur saisonal bedingt und die Lage sei bei weitem nicht so angespannt wie vor einem Jahr. So seien am 7. Februar die Krankenhäuser nur zu 88,9% ausgelastet gewesen, wobei laut Senatsrichtlinien ein Krankenhaus ab 87% als voll ausgelastet gilt. – Der ÖTV-Vertrauensleutekörper am Klinikum Steglitz hat beschlossen, in der Schloßstraße einen Informationsstand durchzuführen und bereitet ihn vor. Auf der letzten ÖTV-Betriebsgruppensitzung am Krankenhaus Neukölln wurde darüber diskutiert, ganz bestimmte Tätigkeiten nicht mehr durchzuführen wie zum Beispiel Krankentransporte durch Pflegepersonal oder Formulare, die den Abrechnungen dienen, in der Ersten Hilfe / Aufnahme nicht mehr auszufüllen. – Am 27.2. fand eine Veranstaltung mit Monika Wulf-Mathies vom ÖTV-Hauptvorstand im ÖTV-Haus statt. Berichtet wurde dort von Solidaritätsaktionen, wie zum Beispiel der von der Berliner Stadtreinigung (BSR), die 10000 Flugblätter der ÖTV zur Lage im Gesundheitswesen verteilt hat. Des weiteren wurden Solidaritätsresolutionen der Kirchlichen Mitarbeiter, aus der IG Druck und Papier sowie von Kollegen von Osram verlesen, in denen die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungen und Bezahlung der Versicherungen ausschließlich durch die Kapitalisten erhoben wurden.

Ehrenberg-Studie: Teilzeitarbeit für erhebliche Ausdehnung der Schichtarbeit

z.gab. Ende des vergangenen Jahres hatte Ehrenberg den ersten For- worden“ (Forschungsbericht des Bundesarbeitsministeriums, S. 14). Was triebskonzentration und Rationalisierung, stellt Ehrenberg in seinem For-

Stundenlohn in der Stahlindustrie

Ehrenberg-Studie: Teilzeitarbeit für erhebliche Ausdehnung der Schichtarbeit

z.gab. Ende des vergangenen Jahres hatte Ehrenberg den ersten Forschungsbericht des Bundesarbeitsministeriums zur „Schichtarbeit in der BRD“ veröffentlicht. Weitere zehn Forschungsprojekte sollen folgen, hatte Staatssekretär Buschfort am 16.2.1979 im Bundestag den Bourgeoispolitikern zugesichert. Rund 1,2 Mio. DM für Forschungsprojekte zur Schichtarbeit hat die Bundesregierung bis 1980 angesetzt, um den Kampf der Arbeiterklasse für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zu zerschlagen und zugleich mit der „Arbeitszeitverkürzung“ zum Schlag auszuholen gegen den gesetzlich verankerten Normalarbeitstag.

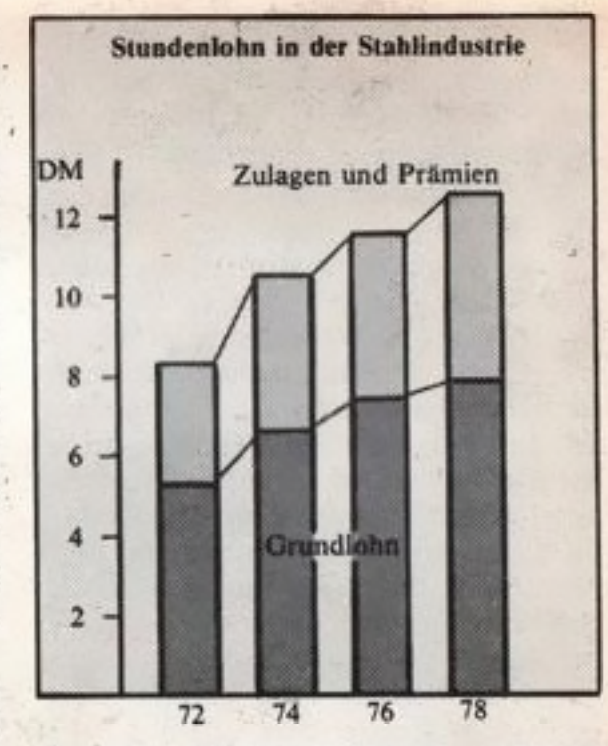
Nachdem in zahlreichen Betrieben die Arbeiter den Kampf aufgenommen haben gegen die enorm gesteigerte Ausbeutung, sie durch Unterschriftensammlungen, Bandstillegungen, Streiks, die Ausdehnung der Schichtarbeit von Zwei- auf Dreischichtsystem und die Einführung der Kontischicht in vielen Betrieben und Abteilungen erfolgreich verhindert haben, bläst Ehrenberg zum geschlossenen Angriff der Kapitalistenklasse auf den 8-Stundentag an 5 Wochentagen. „Diese Arbeitszeitregelung ist das Ergebnis tariflicher Vereinbarungen und hat sich seit Beginn der 60er Jahre inzwischen allgemein durchgesetzt. Sie ist Norm und Tatbestand zugleich. Damit ist noch nicht gesagt, daß der Tatbestand der normalen Wochenarbeitszeit für alle Berufe und Tätigkeiten die gleiche Berechtigung hat. Mit dem Prozeß der Durchsetzung dieser Norm sind zugleich allmählich Formen der geregelten Abweichung von ihr geschaffen worden“ (Forschungsbericht des Bundesarbeitsministeriums, S. 14). Was die Kapitalisten als geschaffene Formen der geregelten Abweichung verbuchen, ist die gewaltige Lohnsenkung, mit der sie bis 1978 über 5 Millionen Arbeiter in Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit gepreßt haben. Es ist den Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung geschuldet, die dies Ergebnis tariflich abgesichert haben. Rund 60% macht der tariflich vereinbarte Grundlohn an dem gesamten in der Industrie durchschnittlich ausgezahlten Lohn aus, rund 40% sind Prämien und Zulagen für Schichtarbeit, Nachtarbeit, Feiertags- und Sonntagsarbeit, sowie Überstundenarbeit. Wie der im Verhältnis zum gesamten Lohn sinkende Grundlohn zunehmend mehr Arbeiter in Schichtarbeit, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit preßt, haben wir am Beispiel der tariflichen Stundenlöhne in der Stahlindustrie im nebenstehenden Schaubild dargestellt. „Unsere Arbeiter machen das gerne wegen der Zulagen“, hatte die Geschäftsleitung der Courierdruckerei Ingolstadt die von den Druckarbeitern jede dritte Woche abgepreßte Nachtschicht kommentiert.

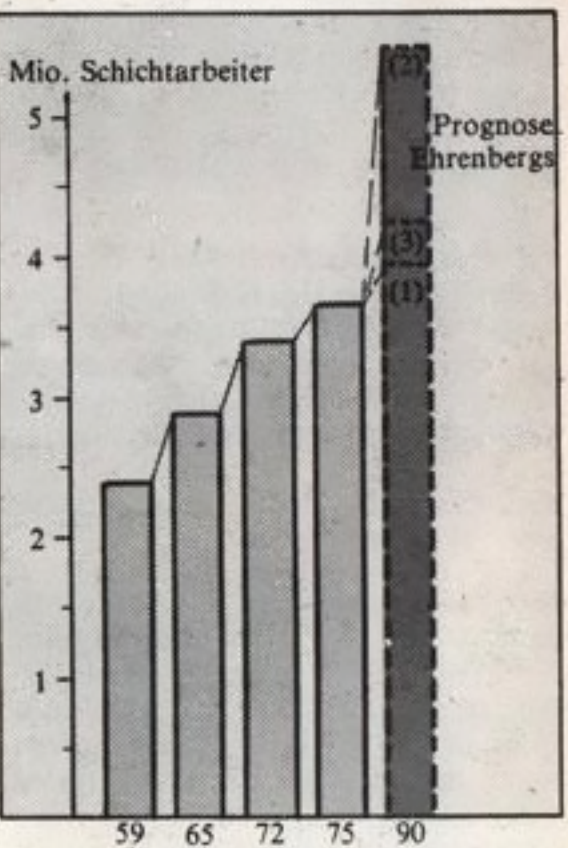
In den Lohnkämpfen Ende des letzten Jahres haben die Arbeiter gegen diese Auspressung von Mehrarbeit und Überstundenschinderei den Kampf geführt für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, und für das Verbot der Akkordarbeit, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, um dieser Schinderei Schranken zu setzen.

Die „Arbeitszeitverkürzung“ von 1960 bis 1975 sei die Ursache für die Zunahme der Schichtarbeit, neben Betriebskonzentration und Rationalisierung, stellt Ehrenberg in seinem Forschungsbericht fest und propagiert zugleich die Intensivierung der Ausbeutung in Nacht- und Schichtarbeit durch verstärkten Einsatz von Teilzeitarbeitern in Spät- und Nachtschichten, mit dem der Druck auf die Beschäftigten erhöht, die Spaltung der Belegschaften weiter vertieft werden kann. „Teilzeitarbeitskräfte können bei insgesamt kürzerer täglicher Arbeitszeit höhere Leistungen pro Zeiteinheit erbringen als Ganztagskräfte“, hatte Sozialminister Gölter von Rheinland-Pfalz im Juli 1978 das Ergebnis seiner Untersuchung der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst für die „Wirtschaft“ empfohlen.

Teilzeitbeschäftigung bietet eine erhebliche Ausdehnung der Schichtarbeit, ist Ehrenbergs Empfehlung an die Kapitalisten, und er rechnet in drei Varianten die Steigerung der Schichtarbeit bis 1990. Wir haben dies im ersten Schaubild gestrichelt eingetragen. Variante (1): bleibt der Anteil der Schichtarbeiter in allen Wirtschaftszweigen bis 1990 konstant, so ließe sich die Zahl der Schichtarbeiter von 3,66 Mio. 1975 auf 3,961 Mio. bis 1990 steigern. Bei konstanter Zunahme der Schichtarbeiter ergäbe sich bei 2,61 Mio. 1959 und einer Steigerung auf 3,664 Mio. bis 1975 eine weitere Steigerung auf 5,455 Mio. Schichtarbeiter bis 1990 (Variante 2). Jedoch ist diese Variante „unrealistisch“, rechnet man nicht die „gewerkschaftlichen Tarifforderungen von 1977“ mit ein, gibt Ehrenberg zu bedenken. Wie die Schichtarbeit erhöht und die Intensivierung der Ausbeutung verstärkt werden kann bei Durchsetzung der 35-Stundenwoche bis 1990, ist Ehrenbergs dritte Variante. Vorausgesetzt, das Arbeitszeitvolumen in Schichtarbeit bleibe konstant und die Arbeitszeit verringere sich von 1975 bis 1990 um 330 Stunden, so müßte die Zahl der Schichtarbeiter bis 1990 auf rund 4,5 Millionen erhöht werden können. Eine weitere Möglichkeit der Erhöhung der Ausbeutung tut sich auf, gelingt es, den Kampf der Arbeiterklasse nach Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, der Sonn- und Feiertagsarbeit zu zerschlagen. Einsatz von Teilzeitarbeitern in Spät- und Nachtschicht im Anschluß an die Tagschicht schlägt Ehrenberg vor. Ein fein ausgeklügelter Plan der Spaltung der Belegschaften.







In zahlreichen Betrieben wird bereits die Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit erhoben, um dieser Spaltung und Verschärfung der Ausbeutung zu begegnen. „Der größte Beschäftigungseffekt geht von der Teilzeitlösung aus“, schreibt Ehrenberg, denn sie ist „kostengünstig“ und zugleich „beschäftigungswirksam, ... die Grenze zwischen flexiblem Personaleinsatz über einer erweiterten betrieblichen Arbeitszeit und dem Wechsel mehrerer Schichtbelegschaften über 16 oder 24 Stunden ist fließend“ – unbegrenzte Möglichkeiten für die Kapitalisten also für die Ausdehnung des Arbeitstags.

Krupp-Kapitalisten setzen Akkordabkommen durch

Hauff-Ministerium sorgt für „Humanisierung"

z.uss. „Unsere privaten Unternehmen müssen Gewinne machen, um den Aktionären auch einmal Kapitalerhöhungen abverlangen zu können. Deshalb haben sie einen ständigen Anpassungsprozeß seit vielen Jahren vollzogen und der Prozeß ist weiter in vollem Gange", so Herbert Köhler, geschäftsführender Vorstand der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie in der WAZ vom 27.2.'79 unter der Überschrift: Deutsche Hütten zählen zu Europas produktivsten. „Produktivität und Leistungssteigerung" ist dann auch die Zielrichtung bei den Forschungen und Investitionen der Fried. Krupp Hüttenwerke Bochum (FKH). Gerade neu in Betrieb genommen ist eine Bearbeitungsstrecke für Radsatzwellen für Schienenfahrzeuge, die laut „Krupp-Stahl" 1/79 in ihrer „Leistungsfähigkeit und technischen Ausgestaltung im internationalen Vergleich kein Gegenstück" hat. Eingesetzt sind 6 Maschinen mit je einem Mann Bedienung, die im Zeittakt aufeinander abgestimmt sind von der Bearbeitung des geschmiedeten Rohlings bis zur abschließenden Meßkontrollanlage, alle einzeln gesteuert durch Lochbänder und Kopierer, und verbunden durch 6 Transportkräne auf einem Träger.

Einige besondere Leckerbissen besorgt sich Krupp aus dem Hause des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung unter Hauff; Stichwort: Humanisierung der Arbeitswelt. „Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe staatlicher Politik, daß Lebensqualität und Menschenwürde gerade auch in der Arbeitswelt für die Arbeitnehmer einen real erfahrbaren Sinn bekommen", so Hauff im Vorwort des Programms. „Die Schmiedehämmer sollen leiser werden", unter diesem Vorwand wurde Krupp allein für Forschungszwecke für die Bochumer Schmiede mit bald 2 Mio. DM subventioniert. Die Gegenschlaghämmer, die einen unerträglichen Lärm machen, sollten zumindest teilweise stillgelegt und durch hydraulische Pressen ersetzt werden. Was nach Schonung der Arbeitskraft der Arbeiter aussah, war gerichtet gegen das Verbot, wegen des Lärms nachts zu arbeiten. Für die teilweise Einführung dieser Pressen wird das Hauff-Ministerium nochmals mehrere Millionen abdrücken. Allein von 1974 bis '78 sind die Mittel für „Humanisierung der Arbeit" von 12 auf 78 Mio. DM gestiegen.

Um neue Höchstprofite auspressen zu können, schaffen die Krupp-Kapitalisten die neuen Maschinen an, mit der Absicht, sie rund um die Uhr laufen zu lassen. Mit dem großen Betrugsmanöver mit Drohung von Schließung und Massenentlassungen sind die Krupp-Kapitalisten eingestiegen und haben über Vertreter der Linie „Hauptsache Erhaltung der Arbeitsplätze" auch einiges durchsetzen können gegen die Arbeiter. Vorletzte Woche hat der Betriebsrat von FKH ein Abkommen unterzeichnet über die Einführung von Leistungslohn auf Akkordbasis. Im Weichenbau wurde die Anzahl der Weichen pro Schicht erst von 60 auf 70 erhöht wegen früherer „falscher Kalkulation" und dann noch mal 10 draufgeschlagen, die mit 90 Pfg. abgegolten werden. Einsaugung vollständig unbezahlter Mehrarbeit und Leistungssteigerung aufgrund des elend niedrigen Lohnes bei Krupp soll den Ausbeutungsstandard wieder in Spitzenpositionen bringen. 18 % Leistungssteigerung bringt der Akkord durchschnittlich, 3 bis 43 % in einzelnen Arbeitsbereichen und hat so von vornherein gespalten. Als Druckmittel mit hoher Leistung und Akkord diente dabei immer das Essener Schmiedewerk Christine, das jetzt wegen der veralteten Maschinerie geschlossen wird.

Mit der Ausdehnung der Conti-Schicht hat Krupp dagegen Schwierigkeiten, auch wenn die neue Maschinerie gerade dieses erleichtert, genauso wie die Humanisierungsinvestitionen dies oft erst ermöglichen. Bisher wird großteils nur in den Bereichen der Öfen und Stranggußanlagen Conti gearbeitet. Bei dem FKH-Betrieb Stahlwerke Südwestfalen Werk Geisweid, wo Krupp jetzt in der Glüherei Conti einführen will, haben von 75 Arbeitern 70 dagegen gestimmt und wollen es verhindern.

Schwierigkeiten bereiten ihnen dabei die Altersstrukturen in der Stahlindustrie bei durchschnittlich 48 Jahren. Alle 59-jährigen Arbeiter, die Krupp nicht mehr braucht (das sind nicht alle 59-jährigen), werden über Sozialplan entlassen, die Angestellten sollen sogar schon mit 57 entlassen werden bei 85 % vom Nettolohn im ersten Jahr. Gleichzeitig wird in großem Maß jugendliche Arbeitskraft angesaugt, die später die Grundlage für die umfassende Conti-Schicht abgeben soll. Bezahlen lassen sie sich die Jugendlichen zum großteil über Programme des Arbeitsamts.

Man erkennt, warum die westdeutschen Stahlbetriebe zu den „produktivsten in Europa" gehören und sie es sich leisten können zu fordern: „Subventionen sollen künftig nur noch gewährt werden, wenn die begünstigten Unternehmen eine Plan zur Wiedererlangung ihrer Wettbewerbsfähigkeit vorlegen, in der Regel durch Abbau unproduktiver Kapazitäten." Ihren Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeitskraft und der modernen Maschinerie versuchen sie zu halten und auszuspielen und die europäische Konkurrenz dabei abzuhängen.

Investitionsmaßnahmen und Pläne des Krupp-Konzerns in Bochum für Expansion und schärfere Ausbeutung

Maßnahmen

- Bearbeitungsstrecke für Radsatzwellen mit 6 Maschinen

Pläne

- Stranggießanlage für rostfrei Vorbrammen für 40 Mio. DM
- Ausbau des Warmbreitbandwalzwerkes für 70 Mio. DM
- Qualitätsverbesserung im Kaltwalzwerk für 16 Mio. DM

- Neubau eines Elektro-Stahlwerkes Bochum-Höntrop für 108 Mio. DM (mindestens 22 Mio. DM von Hauff)
- Neubau eines Hubbalkenofens
- Zwei Kurbelwellenstraßen mit insgesamt 10 Maschinen
- Zwei hydraulische Pressen von 4000 und 10000 t
- Schließung des Essener Schmiedewerks Christine mit 200 Beschäftigten und Umsetzung nach Bochum

Hauff's Forschungsprogramme zur Elektroindustrie: Beschleunigte Umwälzung der Produktion

z.jüb. In einer Rede bei Siemens in München kündigte Forschungsminister Hauff an, daß nach drei Förderungsprogrammen für die Datenverarbeitung ab 1980 kein neues Programm angeboten werde. Das ist nicht neu. Das hatte die Bundesregierung schon am 19.9.1978 auf eine Kleine Anfrage der SPD- und FDP-Fraktionen erklärt. Neu ist, daß jetzt ein „Programm zur Förderung der Informationstechnologie" ab 1980 eingerichtet werden soll.

Die bisherigen Förderungsprogramme waren einerseits darauf abgestellt, den Elektrokapitalisten direkt die Entwicklung neuer Datenverarbeitungsanlagen zu finanzieren, um ihnen so die Kosten für die dazu erforderlichen Forschungsarbeiten zuzustecken. Andererseits wurden im Rahmen dieser Projekte die Anwendungsmöglichkeiten der Datenverarbeitungsanlagen und Informationstechnologien überprüft.

So wurden in Untersuchungen Anwendungsmöglichkeiten in der Verwaltung, der gesamten Büroorganisation und in der Produktion angestellt und in sog. Pilot- oder Demonstrationsvorhaben die Anwendung der Informationstechnologien erprobt.

Insgesamt wurden für diese Programme über 3,5 Mrd. DM bereitgestellt, allein Siemens erhielt knapp eine Mrd. DM direkt zugesteckt.

In seiner Rede stellte Hauff befriedigt fest, daß die deutsche Elektroindustrie jetzt flügge geworden sei, d.h. daß sie auf dem Weltmarkt konkurrieren könne.

Aber nicht nur um die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Elektroindustrie auf dem Weltmarkt geht es in den Forschungsprogrammen des Bundesforschungsministeriums. Der Einsatz der Informationstechnologien etwa bei der Regelung und Steuerung von Maschinen und Fertigungsverfahren allgemein dient der Umwälzung des gesamten Produktionsprozesses. Deshalb sind parallel zu dem Programm zur Förderung der Datenverarbeitung eine Reihe von begleitenden Untersuchungen und Maßnahmen eingeleitet worden, um die neu geschaffenen Rationalisierungsmöglichkeiten auch umfassend zum Einsatz zu bringen.

Dies geschieht einmal durch das „Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Produktions- und Fertigungstechnik". Aufgabe dieses Förderungsprogramms ist die Subventionierung neuer Fertigungstechniken in der Industrie. Gleichzeitig wird ein Projekt des Bundesforschungsministeriums durchgeführt, bei dem unter der Bezeichnung „Innovations- und Technologieberatung" bei verschiedenen Landesgruppen des „Rationalisierungskuratoriums der Wirtschaft" sog. Technologieberater bezahlt werden, deren Aufgabe es ist, bei kleinen und mittleren Unternehmen den Innovationsbedarf zu ermitteln. Mit anderen Worten haben sie zu überprüfen, welche Rationalisierungsmaßnahmen in diesen Betrieben und Unternehmen möglich sind. 1978 wurden allein für diese Projekte ca. 18 Mio. DM ausgegeben.



Um sich auch stets über den Gang der Rationalisierungsmaßnahmen und der Fortschritte bei der Umwälzung des Produktionsprozesses auf dem laufenden zu halten, werden begleitende Untersuchungen vom Bundesforschungsministerium finanziert. Weiterhin Aufschluß über den Stand des Rationalisierungsprogramms und darüber, wie dies weiterzutreiben ist, erwartet die Bundesregierung jetzt von einer Studie, die von zwei verschiedenen Wirtschaftsinstituten unter dem Titel „Technischer Fortschritt, Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt" betrieben wird.

Die Auswirkungen der mit Unterstützung der Bundesregierung bisher durchgeführten Förderungsprogramme kann man bei Siemens selbst gut beobachten. Aus dem Anfang Februar veröffentlichten Wirtschaftsbericht ergibt sich, daß eine nur um 0,9% größere Belegschaft des Unternehmens einen um 15,1% höheren Umsatz erzielte. Ein anderes Beispiel gab Hauff selbst in seiner bereits erwähnten Antwort auf die Anfrage der SPD- und FDP-Fraktionen: danach ging die Zahl der Beschäftigten bei den geförderten Herstellern für Kleinrechner um 10% zurück, der Umsatz aber stieg um 40%.

Elektrokonzerne der BRD arbeiten an Wiederaufrichtung ihres Weltmonopols

Umwälzung der eigenen Produktion / Belegschaften werden mit umgewälzt / Siemens auf US-Markt im Gründungsfieber

z.gek. Keine Woche vergeht, in der nicht in der Elektroindustrie der BRD einschneidende Änderungen vorgenommen werden. Zum Beispiel: Die AEG-Kapitalisten beabsichtigen, im Telefunken-Werk in Belecke, Kreis Soest, ein Zehntel der Belegschaft, 180 Arbeiter, auf die Straße zu werfen. In Köln kündigen die Philips-Novalux-Kapitalisten 250 Arbeitern und sind frech genug, in einem Atemzug beim Betriebsrat 4000 Überstunden für die Restbelegschaft zu verlangen. Siemens will sein Werk in Teschnitz, Oberfranken mit 200 Arbeitern stillegen, und im Kabelwerk Coburg 500 wegrationalisieren. In München dagegen wirbt Siemens mit folgender Zeitungsanzeige neu an: „Quarzmontiererinnen zum Anlernen gesucht, mit gutem Nahsehvermögen, für feine Arbeiten in Leistungslohn und Wechselschicht. Jugendliche nur ab 17½ Jahren." Auf der Betriebsversammlung verkündet zur selben Zeit ein Dr. Baur, man sei gezwungen, „sich verstärkt von unwirtschaftlichen Produkten zu trennen bzw. diese noch mehr als bisher in Niedriglohnländern zu fertigen." – Dies ist nur ein Ausschnitt der Meldungen im Spezialnachrichtendienst 04 der KVZ, Zeitraum Mitte bis Ende Februar.

In diesen dauernden Veränderungen, die unter kapitalistischen Bedingungen samt und sonders von den Arbeitern mit der vorzeitigen Verausgabung ihrer Arbeits- und Lebenskraft gezahlt werden, drücken sich konzentriert die stoßweisen Umwälzungen aus, die in einem Teil des gesellschaftlichen Produktionsapparates vor sich gehen und zu einer Teilautomatisierung zahlreicher Arbeitsvorgänge mit Hilfe von Elektronik und speziell Datentechnik führen. Genauso drückt sich aber auch in Entlassungen und Kurzarbeit bei den Elektromonopolen das *Stocken* dieser Umwälzungen angesichts der Überproduktion in den verschiedensten Bereichen der Produktion aus.

Fast 75% der Produktion der Elektroindustrie besteht in der Produktion von Investitionsgütern, also elektrischem und elektronischem Gerät für die Kapitalisten der anderen Industriezweige. Dabei gehört die Elektroindustrie selbst (knapp hinter dem Maschinenbau) zu den größten Abnehmern ihrer eigenen Produkte. Denn nach wie vor müssen viele der neu entwickelten Geräte noch entscheidend verbilligt werden, bevor sie in Massenumfang zur Anwendung kommen. So kostet zum Beispiel ein Schreibautomat einfachsten Typs noch immer das vier- bis fünffache einer guten elektrischen Schreibmaschine. Für viele Kapitalisten ist die Einsparung an Lohn, die sie mit der Einführung solcher Maschinerie erreichen können, noch nicht größer als der Preis, den sie für die Maschine zahlen müssen. Nach diesem engen Maßstab aber bemißt sich für einen Kapitalisten, für den das Profitmachen Existenzgesetz ist, die „Rentabilität" der Investition. In der BRD sind bisher erst 4% aller Arbeitsvorgänge mit Hilfe von Datenverarbeitung teilautomatisiert. Nur ca. 3% der Werkzeugmaschinen sind numerisch gesteuert; dagegen sind über ⅔ älter als 10 Jahre.

Weil der Markt also beschränkt ist und seine Ausdehnung wesentlich von vorausgegangenen Revolutionierungen der Produktion dieser Geräte selbst abhängt, weil andererseits auf diesem Gebiet enorme Extraprofite winken, bei Fehlspekulation aber auch kaum weniger enorme Verluste, hat die Konkurrenz der Elektromonopole ausgesprochen fieberhafte Form angenommen. Die der BRD arbeiten verbissen an der Wiederherstellung ihrer alten „Weltgeltung"; vor dem 2. Weltkrieg beherrschte die deutsche Elektroindustrie volle 25% des Weltmarkts. Mit dem Fall der tausendjährigen Herrlichkeit errangen die US-Imperialisten das Weltmonopol. Heute haben die BRD-Monopole im Welt*handel* mit elektrotechnischen Produkten mit Exporten von 31,6 Mrd. DM (1977) eng zu den US-Monopolen mit 34,3 Mrd. DM aufgeschlossen und liegen knapp vor der japanischen Konkurrenz. In der Produktion allerdings liegen sie noch deutlich hinter den US-Monopolen zurück, die über einen ganz anderen inneren Markt verfügen und allein 28% ihrer Umsätze im Rüstungs- und Raumfahrt-Sektor des US-Imperialismus abwickeln.

Es ist vor allem der Siemens-Konzern, der sich als fünftes Monopol hinter die drei führenden US-Monopole IBM, General Electric und ITT sowie Philips (Niederlande) eingeschoben hat und den Umfang seiner Aktionen als Weltausbeuter Jahr für Jahr erheblich ausdehnt. Während die AEG, weil sie den Kapitalexport auf die Märkte der Konkurrenten und in die „Niedriglohnländer" der Dritten Welt nach dem Urteil der Bourgeoisöffentlichkeit vernachlässigt hat, erheblich an Boden verloren hat, beutet Siemens mittlerweile 223000 Lohnarbeiter in der BRD und 99000 in anderen Ländern aus. Der Umsatz pro Beschäftigten wurde (im Geschäftsjahr 1977) in den ausländischen Werken um 12,3% von 132 auf 148 Tsd. DM gesteigert, in den inländischen Werken in der BRD um fast 16% von 55 auf 64 Tsd. DM. Von dieser Ausgangsbasis aus konzentriert sich der Konzern jetzt darauf, sich massiv auf dem US-Markt festzusetzen und durch Kooperationen und Kapitalverflechtungen mit kleineren, spezialisierten Firmen billig an neue Technologie heranzukommen. So durch die Übernahme des Bereichs Elektrotechnik (12 Werke) der Allis-Chalmers Corp.; durch die Gründung eines Gemeinschaftsbetriebs für Mikroprozessoren mit der Advanced Micro Devices, Kalif.; u.a.

Wie die Umsatzzahlen pro Kopf, die wir vorher genannt haben, zeigen, treibt die hohe Ausbeutungsrate in den ausländischen Fertigungsbetrieben die in den inländischen Werken hoch, wie auch umgekehrt. Die Kapitalisten erhalten immer mehr Spielraum, die Produktion dahin zu verlagern, wo sie für sie am billigsten ist, den Arbeitsprozeß in großteils immer einfachere Tätigkeiten zu zerlegen, die Armee der niedrigst bezahlten angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen auszudehnen, und gerade sie unter permanenten Druck zu stellen, hinauszurationalisiert zu werden. So zeigt sich in der Elektroindustrie der kapitalistische Fortschritt in seinen leuchtendsten Farben. Derselbe Prozeß gibt allerdings auch den Arbeitern die Möglichkeit in die Hand, sich immer besser zusammenzuschließen und den Konkurrenzdruck gegen ihre Ausbeuter wirken zu lassen.



Mithilfe eines Prozeßrechners von Siemens wird am Eurokai in Hamburg der Containerumschlag gesteuert. Der Rechner verteilt die Aufträge auf Rechner in den Krankanzeln und füllt so restlos jede Pore des Arbeitstages der Kranführer und Schauerleute aus, die jetzt in Spitzenzeiten alle 60 Sekunden einen 40-t-Container umschlagen müssen.

3 Monate Schlechtwetter: 2123 DM Lohnverlust.

r.koe. Ein lediger Steinsetzer bei der Firma Bogatzky aus Münster berichtet: ,,Wir haben jetzt schon seit 3 Monaten Schlechtwetter. Das Schlechtwettergeld beträgt ungefähr 800 DM. Ich komme deswegen finanziell hin, weil ich bei einer Firma in Münster außerhalb des Baugewerbes Aushilfsarbeiten für 10 DM die Stunde ohne Steuerkarte mache.'' Insgesamt ist für die Bauarbeiter in der Schlechtwetterzeit die einzige Möglichkeit finanziell rumzukommen, wenn sie sich irgendwie eine Nebenbeschäftigung suchen. Gerade im Münsterland, wo die meisten Bauarbeiter aus ländlichen Gebieten wie Senden, Coesfeld, Ottmarsbocholt, Nienberge, Altenberge, etc. kommen, gab es früher das Sprichwort: ,,Der Maurer hat zwei Berufe, erstens Maurer und zweitens im Winter Hausschlachter.'' Anders als über den Nebenverdienst mit Hausschlachten konnten die Bauarbeiter mit ihren Familien nicht über den Winter kommen.

Maurer, die wir fragten, wie sie jetzt bei dem Schlechtwettergeld über die Runden kommen, sagten: ,,Wenn es nicht anders geht, das Konto überziehen und im Frühling und Sommer durch Schwarzarbeit wieder herausholen.'' Die Kapitalisten und ihre Presse hetzten über die Bauarbeiter in der Schlechtwetterzeit mit Sprüchen: ,,Maurer müßte man sein, dann hat man im Winter noch mal bezahlten Urlaub dazu.'' Wie sieht es tatsächlich aus, wie hoch sind die Lohnverluste in der Schlechtwetterzeit? Ein Beispiel: Ein Spezialfacharbeiter hat im Januar 79 176 Stunden Arbeitszeit ohne Schlechtwetter. Bei einem Stundenlohn von 11,30 DM hätte er dann ein Nettoeinkommen einschließlich Wintergeldzulage (2 DM pro Stunde unversteuert) von 1 832 DM. Während er bei Schlechtwetter nach der von der Bundesanstalt für Arbeit herausgebenen Schlechtwettertabelle 1008,48 DM erhalten würde. Sein Nettoausfall im Januar betrug also 823,98 DM. Rechnet man jetzt, wieviel er in den restlichen 1896 Stunden des Jahres netto mehr verdienen müßte, um diesen Ausfall auszugleichen, so kommt man auf 0,43 DM netto pro Stunde. Da viele Bauarbeiter aber jetzt schon 3 Monate Schlechtwetter haben, nämlich noch im Dezember und Februar, so kommt man mindestens noch mal auf einen Lohnausfall von 1300 DM. Das bedeutet, er hätte einen Gesamtausfall von 2123,98 DM. 1,37 DM netto müßte er pro Stunde in den verbleibenden Monaten mehr verdienen, wobei die Tage und Wochen, wo noch weiterhin Schlechtwetter ist, gar nicht miteingerechnet sind. Dieser Lohnausfall ist gar nicht wieder reinzuholen. Es muß die schon von vielen Bauarbeitern erhobene Forderung eines Jahresgarantielohns durchgesetzt werden. Ein Postangestellter aus Münster, der früher Maurer war, sagte dazu: ,,Ich bin aus der Bauindustrie abgewandert, weil ich bei der Post zumindest immer ungefähr gesichert auf 1500 DM netto rauskomme. Wenn mir heute frühere Kollegen im Sommer ihren Lohnstreifen zeigen, wo sie schon mal über 2000 DM netto rausbekommen, dann ging das nur über unheimliche Knüppelei in einer Akkordkolonne. Außerdem geht ja dieses Geld im Winter beim Schlechtwetter sowieso wieder flöten.'' Die von der IG-Bau-Steine-Erden aufgestellte Forderung von 7,4% kann diesen Lohnausfall nicht aufheben.

Für die niedrigste Lohngruppe, den Bauwerker (9,80 pro Stunde), bedeutet das 0,72 DM in der Stunde mehr und 126 DM im Monat. Für den Spezialbaufacharbeiter (11,30 DM pro Stunde) sind das 0,83 DM pro Stunde und 145,15 DM im Monat, wenn wir von 175 Stunden im Monat ausgehen. Diese Forderung muß unbedingt durchgesetzt werden, keiner darf weniger als 120 DM mehr im Monat bekommen.

Auf dem Bezirksverbandstag IG-Bau-Steine-Erden, Anfang Februar in Münster sind 8% Lohnerhöhung als Vorschlag beschlossen worden. Äußerungen von Kollegen, daß man Forderungen in der Richtung durchsetzen kann und muß, wurden mit Beifall bedacht. Die Bedingungen, den Kapitalisten eine 7% Forderung abzutrotzen, sind günstig. Die Auftragsbücher der Baukapitalisten sind voll. Der Auftragsbestand war Ende Dezember 78 real um 25% höher als im Dezember 77. Die Kapitalisten können zahlen. Sie sind durch die Schlechtwetterzeit mit ihren Terminen arg im Verzug. Das muß man nutzen.

Die Arbeiter ,,mobil'' machen und sie dann in Wohnheimen in der Nähe der Fabrik kasernieren

r.wbr. Jede größere Fabrik in Bremen hält sich ihr eigenes Wohnheim, so der Bremer Vulkan, die AG-Weser, verschiedene Kapitalisten im Hafen, die Klöckner-Hütte. Während die Vorteile dieser Wohnheime für die Kapitalisten recht groß sind, sollen sie nicht viel kosten und nach Möglichkeit noch Geld abwerfen. Gemeinschaftsküche mit zwei Spülen und 12-flammigem Gasherd, daneben abgeteilt die Toiletten und die Duschen. Davon ausgehend ein Aufenthaltsraum mit drei roh zusammengezimmerten Tischen und ein paar wackligen Stühlen, die Wände vollgestellt mit ausgedienten Holzspinden vom Betrieb – so sieht es im ,,Bettenbunker'' des Bremer Vulkan aus.

Immer mehr Arbeiter sind im Zuge der Krise der kapitalistischen Produktion ,,mobil'' gemacht worden. Zu deutsch: Mit der Drohung, ihnen das Arbeitslosengeld zu entziehen, sind sie von ihren Wohnorten vertrieben worden, um in Fabriken zu arbeiten, die teilweise mehrere Hundert Kilometer entfernt liegen. Z.B. ist das mit vielen Arbeitern geschehen, die aus Ostfriesland zu Daimler-Benz geschickt wurden. Die Familie kann natürlich nicht so einfach verpflanzt werden. Und der Lohn reicht auch nicht, um sich eine zweite Wohnung zu beschaffen. Was bleibt da übrig, als ins Wohnheim in der Fabrik zu ziehen.

Diese Wohnheime erinnern an Kasernen: Zäune ringsherum, ein Wächter (,,Hausmeister'') an der Tür, der alles und jedes bespitzeln soll. Durch eine strenge Reglementierung soll jeglicher Zusammenschluß verhindert werden. Die Hausordnung des Wohnheims vom Bremer Vulkan sieht vor, daß keine Veranstaltungen im Haus durchgeführt werden dürfen, keine selbständigen Feste organisiert werden, Besuch nach 22 Uhr ist nicht zugelassen, es besteht Meldepflicht über jedes Vorkommnis sowie die Pflicht, bei einer Entlassung den Raum umgehend zu räumen. Ebenso können kranke Arbeiter sehr gut überwacht werden, ob sie auch die Ausgangszeiten einhalten.

Die Arbeiterklasse steht im ständigen Kampf mit den Kapitalisten, um deren Absichten, aus den Fabriken Militärzuchthäuser zu machen, zu durchkreuzen. Die gehässige Despotie und Schikane wird überall angegriffen. Welchen Grund gibt es, sich die Kasernierung in Wohnheimen gefallen zu lassen? Der Kampf um mehr Lohn wird auch den Zwang in diesen Häusern zu wohnen, beseitigen.



Klöckner-Wohnheim direkt neben der Hütte



Ehemaliges ,,Wohn''schiff der AG-Weser für portugiesische Arbeiter



Wohnheim des Bremer Vulkan

Regierung arbeitet weiter an Änderung des Mietrechts

,,Marktgerechte Mietanpassung'' wird den Kapitalisten nicht ,,verbaut'' bleiben

z.ere. Tragbar sei es, und zwar für die Mieter, meinten die hanseatischen Sozialdemokraten, wenn die senatseigene Hamburger Wohnungsbaugesellschaft SAGA im Rahmen eines Altbausanierungsprojektes den Mietzins auf 5 DM/qm heraufsetzen wolle. ,,Das würde dem *noch* gültigen Mietspiegel entsprechen''. Um diesen Mietspiegel ging es auch auf der letzten Sitzung des Bundeskabinetts Ende Februar. Per Stellvertreter ließ der noch in Nordamerika weilende Handlungsreisende Lambsdorff wissen, daß er für eine ,,Entformalisierung des Vergleichsverfahrens'' sei. Dieses im Wohnraumkündigungsgesetz von 1974 festgelegte Verfahren sieht vor, daß der Vermieter den Mietzins ,,nur'' dann erhöhen kann, wenn dieser die ,,üblichen Entgelte, die in der Gemeinde oder vergleichbaren Gemeinden für nicht preisgebundenen Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage gezahlt werden, nicht übersteigt.'' Der durchschnittliche Mietpreis für diese von der SAGA aufgemöbelten Altbauprojekte liegt nach Angaben aus dem Wohnungsbauministerium bei 2,58 DM/qm. Eine saftige Erhöhung also, aber nicht ausreichend, denn: immer noch verhindere das bestehende Mietrecht ,,kostendeckende Mieterhöhungen''. Zwischen 1971 und 1975 haben sich die Mieten ,,lediglich'' zwischen 4,9 und 6,3% erhöht. Unumgänglich, so forderte Lambsdorff, sei die Erhöhung des Mietzinses bei baulicher Veränderung. Wie der 1%-Wohnungsstichprobe zu entnehmen ist, gehörten von den damals gezählten 22 Mio. Wohnungen etwa 8 Mio. zur ,,besten Ausstattungsklasse''. Damit sind Wohnungen gemeint, die eine Sammelheizung – Etagen-, Zentral- und Fernheizungen – haben, sowie Bad und WC *in* der Wohnung. Über 11 Mio. Wohnungen hatten keine Sammelheizung und in etwa 3 Mio. fehlte das eigene Bad. Der Bericht folgert daraus, und das zur Genugtuung der Kapitalisten, daß etwa 6 Mio. Wohnungen dringend modernisierungsbedürftig seien – ein lohnendes Geschäft. Nur, und da springt Lambsdorff jetzt ein, müsse ein Weg gefunden werden, der den Hausbesitzern eine marktgerechte Mietanpassung nicht grundsätzlich verbaut. Weswegen nach seinen Vorstellungen dringend geboten sei, nicht mehr nach dem Wirtschaftsstrafrecht gegen Vermieter vorzugehen, die mehr als die ortsübliche Miete verlangen, ,,die damit aber lediglich ihre Kosten decken'' wollten.

Im Vergleich zu der Rendite festverzinslicher Wertpapiere sei ,,der Mietwohnungsbau heute gänzlich unrentabel geworden'', wofür der Professor Biedenkopf ,,staatliche Reglementierung auf dem Wohnungsmarkt'' verantwortlich macht. Die ehernen Gesetze des Marktes sollen zur freien Entfaltung gelangen, und wir wollen keinesfalls behaupten, die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder wären da anderer Ansicht, auch wenn Vogel erklärte, die Vermieter hätten in den ,,bestehenden Mietverhältnissen die von ihnen gewünschten Mieterhöhungen überwiegend durchsetzen können.'' Die Sozialdemokraten brauchen Zeit, erklärte die ,,Frankfurter Rundschau''. Zeit mindestens bis nach den Wahlen von 1980. Man sollte nicht annehmen, daß es bei diesem Kabinettsgezänk einfach nur um eine Streichung des Vergleichsmietprinzips ginge. Die Maßnahmen, die die Bourgeoisie im Auge hat, können nur, wie Biedenkopf bemerkt, in ,,einer umfassenden Finanz- und Steuerreform'' bestehen. Schmerzlich ist aber der Sozialdemokratie der wachsende politische Druck von Seiten der Massen gegen die jüngste Steuerreform in Erinnerung, um vor den Wahlen einen erneuten Raubzug zu starten.

Jahr	Anzahl der vorh. Wohnungen (in Tsd.)	Miete * in DM	Mieteinnahmen jährlich
1972	21956,7	186,00	54,5 Mrd. DM
1973	22638,1	197,00	60,3 Mrd. DM
1974	23212,3	207,00	65,8 Mrd. DM
1975	23620,8	220,00	72,1 Mrd. DM
1976	23986,2	231,00	77,5 Mrd. DM
1977	24369,5	238,00	82,0 Mrd. DM

* Miete nach 1% Wohnungsstichprobe von 1972 (Statistisches Bundesamt)

Seit Ende des zweiten Weltkrieges sind über 800 Mrd. DM im Wohnungsbau investiert worden. Jede vierte Mark davon war Steuergeld, fast 200 Mrd. DM. ,,Jahr für Jahr werden mit Hilfe dieser Steuermittel Wohnungen gebaut, deren sinnvolle wirtschaftliche Nutzung auf Jahrzehnte nicht möglich sein wird''. Ihre zentrale Forderung ist deswegen der veränderte Mitteleinsatz, damit die ,,neuen Aufgaben im Bau- und Wohnungsmarkt gelöst werden können''.

Reichlich Kapital steht der Bourgeoisie zur Verfügung. Sie gibt es beim Staat in Pension und läßt sich den Kapitalzins in Erwartung von zunehmend profitableren Anlagemöglichkeiten von den Volksmassen bezahlen. Die Lage wird allerdings zusehends kritisch. Bei weiter steigender Staatsverschuldung ist es nicht mehr abzusehen, ob der Arbeiterklasse die Steuern abgepreßt werden können, weswegen der Plan einer neuerlichen Steuerreform gehegt wird. Ebenso wie Lambsdorff schwant es auch dem Professor Biedenkopf: Die Politik der ,,Geldentwertung'' in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und die hohe Verschuldung der Haushalte der Gebietskörperschaften in der Zeit ,,nach Karl Schiller'' lasse erkennen, daß der ,,Staat mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommt.'' In Kreisen der Finanzbourgeoisie herrscht Besorgnis. Der Ausweg aus diesem Dilemma, schreibt Biedenkopf, die ,,höhere Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben ist dem Staat versperrt. Die Bürger setzen sich mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln gegen ein solches Ansinnen zur Wehr. Um dennoch den gegenwärtigen Kurs weiter steuern zu können, muß der Staat die Überforderung der Bürger verschleiern. Er muß Wege finden, auf denen er den Bürgern nehmen kann, was sie ihm freiwillig durch Steuern und Abgaben nicht mehr zu geben bereit sind.''

Wenngleich also die sichere Form der Kapitalvermehrung durch Anlage beim Staat und Bezahlung der Zinsen aus den den Volksmassen abgepreßten Steuern nicht unbegrenzt ausgedehnt werden kann, sehen die Kapitalisten doch eine Perspektive. ,,Staatliche Aufgaben und die von den Bürgern erbrachten Mittel müssen in Einklang gebracht werden. Der Wohnungsbau ist ein zentraler Bereich, in dem die Harmonisierung von Aufgaben und Mitteln möglich und geboten ist'', gibt Biedenkopf in seinem neuesten Buch: ,,Wohnungsbau am Wendepunkt'' zu bedenken.

Hinter der Forderung nach Liberalisierung des Mietrechts verbirgt sich ein gigantisches Ausplünderungsprogramm. Die erforderliche Sanierung etwa eines Viertels der in Westdeutschland vorhandenen Wohnbausubstanz soll den Volksmassen über Mieterhöhungen und steigende Abgaben aufgelastet werden. Mit dem Programm zur ,,Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus'' versprechen sich die Kapitalisten nicht nur gewaltige Zinserträge über den Zwang zur Schuldaufnahme; die außerordentliche Erhöhung des Anteils ,,individuellen Wohneigentums'' habe erhebliche Rückwirkungen auf den gesamten Bau- und Wohnungsmarkt. Bei diesem Gedanken reiben sich die Kapitalisten die Hände: ,,Da die Bereitschaft der Bürger, in ihr individuelles Eigentum zu investieren, viel größer ist als die Bereitschaft zu Investitionen in Mietwohnungen, ergeben sich aus der Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus starke Impulse für die Bauwirtschaft''. Damit sich der Markt ,,frei entfalten'' kann, soll die Grunderwerbssteuer abgeschafft werden. Kauf- und Verkaufsakt müsse erleichtert werden. Hingegen soll, wenn davon ausgegangen werden kann, daß, wie Biedenkopf es berechnet hat, 60% der Bevölkerung Wohnungseigentümer sind, der Grund und Boden höher besteuert werden. Bislang wird der Grund und Boden nach einem Einheitswert besteuert, der etwa 10%-30% vom Verkehrswert beträgt. Geplant ist die Versteuerung des Verkehrswertes. Wie sich die Bourgeois selbst aus dieser Steueränderung heraushalten wollen, gibt Biedenkopf bereits an: ,,Durch eine Veränderung der Hebesätze könne das Steueraufkommen neutral gehalten werden''. Neben der Steueränderung sollen die Abschreibungssätze für den Mietwohnungsbau erheblich erhöht werden, ,,damit er nicht mehr gänzlich unrentabel ist''. Der ,,staatliche Dirigismus'' dürfe nur noch dort wirksam werden, wo er hingehöre, bei der Garantierung von Angebot und Nachfrage auf dem Markt für Bauland, was nichts anderes bedeutet als die Verfügbarmachung des kleinen landwirtschaftlichen Grundbesitzes sowie des städtischen Kleineigentums an Grund und Boden. Weit über ein Viertel der Siedlungsflächen in der BRD gehört der öffentlichen Hand, den Gemeinden. An dieses z.T. schon erschlossene Siedlungsland will die Bourgeoisie heran, für Großprojekte der Baukapitalisten – Privatwohnungen. Da die Erschließungskosten bei der gegenwärtig hohen Verschuldung der Gebietskörperschaften erhebliche Mittel aus Steuergeldern fressen, die die Kapitalisten für andere Projekte benötigen, sollen diese Kosten (Straßenbau, Kanalisation, Energieversorgung bis hin zu Kindergartenbau) dem Erwerber aufgehalst werden.

In dieser Legislaturperiode sei noch keine Änderung des bestehenden Mietrechts geplant, verkündete der Regierungssprecher, der wachsende politische Druck der Massen sitzt ihnen im Nacken.

Zwangslandabgabe für Bau des Containerterminals „unrechtmäßig"

Bis auf 15 Familien sind die Altenwerdener Bauern allerdings schon vernichtet

z.bek. 1957 lebten in Hamburg-Altenwerder noch 2447 Arbeiter, Bauern, Fischer und Handwerker. Bis auf 15 Familien hat der Senat alle Bewohner zwangsumgesiedelt. 1985 soll hier ein weiterer Containerterminal stehen. Einigen Zeitverlust wird der Senat wohl in Kauf nehmen müssen, da das Gericht die „Unrechtmäßigkeit" der Räumung feststellte.

Die weggezogenen Altenwerder haben davon nichts mehr. Ihre Häuser sind größtenteils zerstört bzw. unbewohnbar, die Obstanbaugebiete und landwirtschaftlichen Nutzflächen liegen brach oder auf ihnen steht der Massengutumschlaghafen Hansaport. Von der Entschädigung, die die Altenwerder für ihre kleinen Häuser bekommen haben, konnten sie nur bei einer erneuten Verschuldung von meist 100000 DM ein neues Haus erstehen. Für die Fischer wird Liegeplatz und Wohnung nicht mehr wie in Altenwerder dicht zusammenliegen. Die Arbeiter sind meist ins Neubausilo Neuwiedenthal vertrieben worden, wodurch sich ihre Fahrtzeit zur Arbeit im Hafen oder auf den Werften um mindestens eine Stunde täglich erhöht. 14 der 15 Bauern haben in Schleswig-Holstein und Niedersachsen einen neuen Hof gekauft und große Verschuldungen auf sich genommen.

Seit 1966 hat der Senat das Gebiet zwischen Elbe und Köhlbrand mehr und mehr für die Hafenerweiterung erschließen lassen. Dies Gebiet ist ein traditionelles Obstanbaugebiet und bildete früher den größten Teil des „Alten Landes". Die elbnahe Lage bedeutete Frostsicherheit für die Obstblüte und Bodengüte. Außerdem wurde das Obst ohne Zwischenhandel direkt an den Hamburger Großmarkt verkauft. Eine aufwendige und kostspielige Lagerung war nicht nötig.

In der Zeit von 1972 bis 77 sind in diesem Gebiet 65 Obstbauern ruiniert worden, das sind 15,6%. Die Obstanbaufläche verringerte sich im gleichen Zeitraum um 6%, was bedeutet, das hauptsächlich die kleineren Obstbauern getroffen wurden.

Obstanbauflächen wurden direkt zerstört für die Ansiedlung von Reynolds und HSW. Zur Zeit soll die Zerstörung der Altenwerder Obstflächen stattfinden. Der Obstbau auf den noch verbliebenen Anbauflächen in Finkenwerder, Moorburg, Francop und Neuenfelde ist durch die Veränderung der Landschaft stark gefährdet worden. Riesige Spülfelder bei Finkenwerder und Moorburg, Vorbereitungen für künftige Industrieansiedlungen, sind Kaltluftseen, die eine erhebliche Blütenfrostgefahr im ehemaligen Außendeichsgebiet bilden. Bislang war die frostsichere Lage hier für die Bauern ein Ausgleich für schlechtere Ernten binnendeichs. Hinzu kommen noch Blatt- und Fruchtschäden durch erhöhte Luftverschmutzung.

Die Kapitalisten zerstören dies Obstanbaugebiet in ihrer Jagd nach Höchstprofiten und der Senat schafft mit Steuergeldern die notwendigen Voraussetzungen. Die Flächen müssen sich eignen „zur Ansiedlung von Betrieben der Grundstoffindustrie", schreibt er im Hafenentwicklungsplan. Dies ist schon in den letzten Jahren mit HSW und Reynolds so gewesen. Die Vorteile für die Kapitalisten liegen auf der Hand: Die Transportwege sind kürzer, die Kosten gering. Vom Schiff direkt ins Werk ist ihre Devise. Auch für den Weitertransport wurde schon gesorgt, durch Autobahn, Elbtunnel, Köhlbrandbrücke, neues Hafenbecken. Für Reynolds senkt sich so der Frachtkostenanteil pro Tonne Fertigprodukt um 21,50 DM gegenüber seinem Werk in Oberhausen. Das ist ein Extraprofit von jährlich 1 Mio. DM. Für die Aufspülung des Gebietes bei Reynolds zahlte der Senat 271000 DM aus Steuergeldern. Hier wollen sich HHLA und Euro-Kai ansiedeln. Einen Bahnanschluß an die Hafenbahn will der Senat ihnen noch schenken. Weiter zahl der Senat mit 511 Millionen DM die Sturmflutsicherung der schon bestehenden Hafenbetriebe. Und als zusätzlichen Vorteil für die Kapitalisten im Hafenerweiterungsgebiet hebt der Hafenentwicklungsplan hervor: „Vielfältiges Energieprogramm zu konkurrenzfähigen Preisen." Reynolds bezieht seinen Strom aus dem KKW Stade. Herstellungskosten: 5,1 Pfg. pro KWh, tatsächlich zahlt Reynolds 2,2 Pfg. Die Differenz gleicht der Senat in den nächsten 20 Jahren mit 83 Mio. DM aus Steuergelder aus.

Bis 1971 gab der Senat 200 Mio. DM für die Rationalisierung des Stückgutverkehrs aus, hauptsächlich durch Schaffung von Containerterminals. Der Containerterminal Waltershof wurde Mitte der 60iger Jahre gebaut, wo 1952 noch etwa 7000 Menschen, meist Arbeiter und Fischer wohnten. Der Anteil der Containerladung am Stückgutverkehr stieg von null 1966 auf 25% im Februar 75 und soll bis 1980 auf 40% anwachsen. So konnte auf dem Rücken der Hafenarbeiter die Lösch- und Ladezeit erheblich verkürzt werden. Bei dem Containerumschlag hat sich der Bedarf an Landfläche je Liegeplatz von 1,5 ha auf 4 ha, bei reinen Containerschiffen auf 12 ha vergrößert. Auf den bisherigen Wasserflächen verringern sich dadurch die Liegeplätze. Für die kapitalistische Profitproduktion ist der Ausbau des Hafen erforderlich. Jetzt ist der Containerterminal Altenwerder geplant.

Als 1976 der Hamburger Senat die Rüschsiedlung in Finkenwerder für Betriebsanlagen vernichten wollte, stieß sie auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Grund: Hunderte Arbeiter waren in die Bewegung verwickelt und hohe Aktionsformen, wie Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Demonstrationen, die von den Arbeitern geführt wurden. Ein paar Mal mußte die neue Heimat ihre Bagger zurückpfeifen. Senatsmitglieder haben sich bei Androhung von Prügel nicht in die Rüschsiedlung getraut. Gebrochen werden konnte der Widerstand nur durch die Reformisten, als es darum ging, ob man nun Gewalt anwenden wolle. Trotzdem mußte die Bourgeoisie letztendlich einiges zulegen, wenigstens einigermaßen annehmbare Ersatzwohnungen kamen dabei heraus. Die Kapitalisten sind also vorgewarnt. Sie fürchten den Kampf der Arbeiter und Bauern, weil er bestimmte gesetzliche Schranken gegen die Zerstörung des Menschen und der Natur erzwingen könnte und erzwingt.

Sie fürchten ihn, weil jede Verzögerung in der Aufnahme der Profitproduktion tote Kosten für sie bedeutet. Das muß verhindert werden und entsprechend haben sie schon früh den Senat in Gang gesetzt: „Hat ein Unternehmen den Entschluß zum Neubau oder zur Erweiterung gefaßt, drängt es im allgemeinen auf eine kurze Realisierungszeit. Erfolgreiche Industrieansiedlungspolitik kann daher auch in Zukunft nur betrieben werden, wenn bebauungsreifes Gelände in hinreichendem Umfang zeitgerecht zur Verfügung steht. Erwerb, Räumung und Aufhöhung müssen daher unabhängig von aktuellen Ansiedlungswünschen im voraus betrieben werden." (Hafenentwicklungsplan, S.36)

Seit 1966 hat der Senat das Gebiet zwischen Elbe und Köhlbrand mehr und mehr für die Hafenerweiterung erschließen lassen. Dies Gebiet ist ein traditionelles Obstanbaugebiet und bildete früher den größten Teil des „Alten Landes". Die elbnahe Lage bedeutete Frostsicherheit für die Obstblüte und Bodengüte. Außerdem wurde das Obst ohne Zwischenhandel direkt an den Hamburger Großmarkt verkauft. Eine aufwendige und kostspielige Lagerung

trieben der Grundstoffindustrie", schreibt er im Hafenentwicklungsplan. Dies ist schon in den letzten Jahren mit HSW und Reynolds so gewesen. Die Vorteile für die Kapitalisten liegen auf der Hand: Die Transportwege sind kürzer, die Kosten gering. Vom Schiff direkt ins Werk ist ihre Devise. Auch für den Weitertransport wurde schon gesorgt, durch Autobahn, Elbtunnel, Köhlbrandbrücke, neues Hafenbecken. Für Reynolds senkt sich so der

1980 auf 40% anwachsen. So konnte auf dem Rücken der Hafenarbeiter die Lösch- und Ladezeit erheblich verkürzt werden. Bei dem Containerumschlag hat sich der Bedarf an Landfläche je Liegeplatz von 1,5 ha auf 4 ha, bei reinen Containerschiffen auf 12 ha vergrößert. Auf den bisherigen Wasserflächen verringern sich dadurch die Liegeplätze. Für die kapitalistische Profitproduktion ist der Ausbau des Hafen erforderlich. Jetzt ist der Con-

oder zur Erweiterung gefaßt, drängt es im allgemeinen auf eine kurze Realisierungszeit. Erfolgreiche Industrieansiedlungspolitik kann daher auch in Zukunft nur betrieben werden, wenn bebauungsreifes Gelände in hinreichendem Umfang zeitgerecht zur Verfügung steht. Erwerb, Räumung und Aufhöhung müssen daher unabhängig von aktuellen Ansiedlungswünschen im voraus betrieben werden." (Hafenentwicklungsplan, S.36)

„Vermarktungsbeihilfe" für Olivenöl

z.erm.Rom. Mit dem „Problem des Rückgangs des Verbrauchs von Olivenöl" hat sich die EG-Kommission befaßt. Bei einer fast gleichbleibenden Produktion ist der Pro-Kopf-Verbrauch in Italien von 1975 bis 1977 von 11,4 auf 10,0 kg im Jahr gefallen. Die wachsende Verelendung der Arbeiterbevölkerung hat sich auch in einem gleichzeitigen leichten Rückgang des Verbrauchs der qualitativ schlechteren Saatenöle (einschl. Margarine) von 10,3 auf 10,2 kg niedergeschlagen. Damit der Verbrauchsrückgang nicht auf den Profit der Nahrungsmittelkonzerne geht, hat die EG eine „Vermarktungsbeihilfe" beschlossen. Angeblich, um Olivenöl wieder erschwinglich zu machen, kriegen die Olivenölindustrie und die Abfüllfirmen vom 1. März bis zum 31. Oktober auf den Liter Öl einen Zuschuß von 320 Lire (71 Pf.). Da die 1,1 Millionen Olivenöl produzierenden italienischen Bauern (durchschnittlich 2 ha Anbaufläche) das Öl nicht selbst vermarkten können, wird der Vertrieb zu 95% von der Ölindustrie monopolisiert. Die hat seit Weihnachten den Verkaufspreis in die Höhe getrieben, für die beste Sorte in drei Monaten um 500 Lire (21%). Jetzt kann sie mit Hilfe des EG-Programms den Preis um 300 Lire senken. Bleibt unter dem Strich ein hübscher Extraprofit, und für die Arbeiterbevölkerung ist Olivenöl noch unerschwinglicher geworden.

Kaffeeproduzierende Länder weiten Preisfonds aus

z.hef.London. Acht lateinamerikanische Länder gründeten in der letzten Woche einen Kaffee-Preisstabilisierungsfond und erweiterten den bestehenden Fond damit erheblich. Mitglieder sind Mexiko, Costa Rica, Honduras, Guatemala, El Salvador, Venezuela, Brasilien und Kolumbien. Manuel Aigulera, Direktor des staatlichen me-

Kaffeeproduzierende Länder weiten Preisfonds aus

z.hef.London. Acht lateinamerikanische Länder gründeten in der letzten Woche einen Kaffee-Preisstabilisierungsfond und erweiterten den bestehenden Fond damit erheblich. Mitglieder sind Mexiko, Costa Rica, Honduras, Guatemala, El Salvador, Venezuela, Brasilien und Kolumbien. Manuel Aigulera, Direktor des staatlichen me-
xikanischen Kaffeeinstituts, wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt. Die Einzahlungen der Mitgliedsländer in den Fond werden für Aufkäufe an den Kaffeebörsen zur Preisstabilisierung verwandt. Die Gründung des Fonds erfolgte wenige Tage nach der erneuten Verschiebung einer Beschlußfassung über die Wiedereinführung von Export- und Importquoten durch den Exekutivrat der Internationalen Kaffee-Organisation. Dessen Sitzung wurde ergebnislos auf den 2. April vertagt. Die Produzentenländer fordern seit langem die Wiedereinführung der Quoten zur Preisstabilisierung. Danach exportiert jedes Land nur eine vorher festgelegte Menge, die Quote, und die „Verbraucherländer" verpflichten sich, keinen anderen Kaffee aus ICO-Ländern zu importieren. Die US-Imperialisten, die 34,5% des Kaffees in der ICO importieren, sprengten 1975 das Quotensystem in der ICO und widersetzten sich bislang erfolgreich dem Kampf für die Wiedereinführung. Die acht Länder des Preisstabilisierungsfonds haben einen Anteil von 37% an allen Kaffee-Exporten in der ICO, der Großteil ihrer Ernten geht in die USA.

Ertls Schlachtplan gegen die Milchbauern

z.doj. Die „Milchvernichtungsprämie" für Bauern, die den Milchverkauf einstellen, soll etwa 85000 milchproduzierende Subventionsempfänger vernichten helfen. Minister Ertl geht es nicht um die von ihm propagierte „Verkleinerung des Milchbergs" – die Kuhmilcherzeugung steigt weiter an – sondern um die Vernichtung der kleinen und mittleren Milchbauern. Mit der Bindung der Preise an den Eiweißgehalt und/oder die Keimzahl in der Milch seit diesem Jahr sowie der prämiengeförderten Schließung von Milchsammelstellen hat die Bourgeoisie schon dafür gesorgt, daß ein Kuhbestand unter 30 nicht mehr lohnt. – Die Nichtvermarktungsprämie soll hartnäckigen Milchbauern den Rest geben. Wenige Beispiele zeigen, wie wirksam sie ist: Landkreis Würzburg: 1977-78 Schließung von 243 Milchbetrieben. Kreis Wesel: 159 Anträge auf Prämie. Landshut: 885 Betriebe zur Aufgabe gezwungen. Vechta, Weser-Ems: 180 Schließungen. Hüngheim bei Mannheim: 26 von 33 Milchbauern haben aufgegeben. – Gleichzeitig werden die Großbauern subventioniert mit Investitionshilfen für Großbetriebe bis zu 80 Kühen, darüber hinaus ist der Profit sowieso gesichert. Wahrlich ein Schlachtplan gegen die Bauern.

Stoltenbergs Kleinbauernprogramm: „Mit einzelbetrieblicher Förderung" Hoffnung auf schnelleres Bauernlegen

r.hei. Mit leeren Händen konnte Ministerpräsident Stoltenberg auf dem Landesbauerntag im Dezember 1978 nicht vor die Bauern treten. Die Schweinepreise waren so weit in den Keller gesackt, daß viele Mäster bei jedem verkauften Schwein einen 10-Markschein drauflegten. Die Getreidepreise waren nach der Ernte um mehrere Mark unter das Vorjahresniveau gesunken und den Milchbauern, von denen viele nach zwei Dürresommern sowieso um ihre Existenz kämpften, war der „Milchpfennig" aufgedrückt worden. Eigentlich konnte dem „Landesvater" das ja nur recht sein, denn mit dem Bauernlegen – in der Öffentlichkeit nennt er das immer „Strukturwandel" – ging's nicht mehr schnell genug voran. Zwischen 1970 und 1972 hatte sich die Zahl der Betriebe in Schleswig-Holstein noch um fast 9% vermindert, von 1974 bis 1976 nur noch um 4,3%! Er mußte den rund tausend Bauern in der Deula-Halle in Rendsburg also einerseits ein paar hilfreiche Worte sagen, andererseits mußte darin aber schon der Grundstein für weitere „strukturverbessernde" Maßnahmen liegen. Das hörte sich dann so an: „Ich kann Ihnen daher heute mitteilen, daß die Landesregierung zur Sicherung der entwicklungsfähigen Betriebe im nächsten Jahr zusätzliche Mittel bereitstellen wird... Ein weiteres Schwergewicht liegt in der Verbesserung der Erzeugungsbedingungen und der Marktstruktur, um die schleswig-holsteinische Land- und Ernährungswirtschaft zu sichern und weiter zu verbessern."

Die Bestimmungen über die Verteilung dieser zusätzlichen Mittel hat Landwirtschaftsminister Flessner jetzt bekanntgegeben, wobei er betont, daß sie in Ergänzung zu den Förderungsmaßnahmen der EG besonders den kleinen Betrieben zugute kommen sollen. Kern der EG-Maßnahmen ist, daß Betriebe bei Um- oder Neubauten nur dann gefördert werden, wenn sie durch die Buchführung ein bestimmtes Jahreseinkommen (z.Zt. 26000 DM je Arbeitskraft) nachweisen. Die Förderung ist im wesentlichen ein Lockmittel, um die Bauern zu großen Investitionen und so in die Zinsknechtschaft der Banken zu treiben. Durch die immer härter werdende Konkurrenz erscheint vielen kleinen Bauern die Flucht nach vorne mit Neubauten und Aufnahme von Krediten der einzige Weg zum Überleben. Stoltenbergs Hilfeversprechungen sind aus den Erfahrungen dieser Förderungsmaßnahmen gewachsen. Die kleinen Betriebe haben je Hektar Land eine wesentlich höhere Verschuldung als die großen. Die Nettobelastung je ha landwirtschaftlich genutzte Fläche lag 1974 bei Betrieben zwischen 20 und 30 ha bei 2430 DM, zwischen 30 und 50 ha bei 2545 DM und über 50 ha bei etwa 1500 DM. Die Tabelle zeigt, daß trotz der vielen aufgenommenen Kredite die 20 bis 30 ha großen Betriebe schon seit 1960 weniger wurden und seit 1970 auch die von 30 bis 40 ha.

Zahl der Betriebe ab 2 ha landwirtschaftliche Fläche in Schleswig-Holstein

Betriebe Fläche in ha	1949	1960	1970	1972	1974	1976
2 – 10	20744	14829	8987	7455	6586	6215
10 – 20	13803	13159	7951	6320	5375	4814
20 – 30	8809	9782	9109	7745	6777	6199
30 – 40	4722	5065	5931	5870	5811	5504
40 – 50	2675	2832	3279	3558	3662	3732
50 – 100	2384	3077	3666	4347	4665	4880
über 100	588	571	680	791	876	955
Schleswig-Holstein insgesamt	54225	49365	39603	36086	33752	32299

Stoltenberg und Kumpane wissen: nicht trotz, sondern wegen der hohen Kredite gehen so viele kleine Bauern pleite. Die eine Erneuerung zieht bald die nächste nach sich und dann werden sie von den Tilgungsraten und den Zinsen erdrückt. Die „Kleinbauernhilfe" der Landesregierung sieht deshalb vor: für kleinere Rindviehbetriebe gibt es 12000 statt bisher 9000 DM Beihilfe, wenn 80000 DM investiert werden. Betriebe mit Sauenhaltung können 46400 DM (vorher 37500 DM) bekommen, wenn sie 185600 DM investieren. Klar ist, daß das kein Bauer bezahlen kann, ohne hohe Kredite aufzunehmen. Bisher gab es dafür Zinsverbilligungen, soweit der Hektar mit nicht mehr als 15000 DM belastet wurde. Das würde aber einen Strich durch die Rechnung der Landesregierung machen. Die Grenze der möglichen Verschuldung wäre dann viel zu schnell erreicht. Aber auch dafür sorgen Stoltenbergs „Hilfemaßnahmen" vor: Zinszuschüsse gibt es jetzt auch noch, wenn der Hektar Land bis zu 90% seines Kaufpreises verschuldet ist, höchstens 22500 DM. Die Finanzkapitalisten, die den Überschuß der Banken einstreichen und nach dem Land der kleinen Bauern gieren, werden es Stoltenberg und Kumpanen zu danken wissen, wenn sie den „Strukturwandel" wieder auf Trab bringen.

In ihrem Kampf um die Vorherrschaft in der EG soll die Landwirtschaft nicht nachstehen. Im Bauernblatt vom 24.2.1979 ist gleich neben dem Artikel über die Förderungsmaßnahmen der Landesregierung eine Karikatur über die durchschnittlichen Betriebsgrößen in der EG. Mit 14 ha steht die BRD an zweitletzter Stelle, Frankreich und Großbritannien liegen mit 25 bzw. 65 ha vorn. Die Karikatur soll die Notwendigkeit für den schnelleren Strukturwandel aufzeigen, wie ihn die Bourgeoisie plant. Für die kleinen und mittleren Bauern ist sie aber höchstens ein Hinweis darauf, daß das französische oder englische Kapital in der Vernichtung der kleinen Bauern erfolgreicher war und die westdeutsche Bourgeoisie ähnliches im Schilde führt.

„Witwengeld" für Landfrauen: Mobilmachung für die Lohnarbeit

z.bil. Die Schuldenlast der kleinen und mittleren Bauern ist im Jahr 1978 erneut gestiegen. Betrug die Kreditaufnahme an kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital im Jahre 1968 noch 23,1 Mrd. DM, so liegt sie im Jahr 1978 bei 35,2 Mrd. DM (Agrarbericht 1979). Jährlich werden darüber Tausende von kleinen und mittleren Bauern zur Landaufgabe gezwungen. Die Hoffnung, diesem Schicksal zu entgehen, zwingt *alle* Mitglieder der bäuerlichen Familie zu noch größerer Verausgabung ihrer Arbeitskraft. Ein regelrechtes Todesbulletin dieser früh vernutzten Arbeitskraft kann aufgestellt werden. Die Zahl der Altersgeldempfänger aus der Landwirtschaftskasse bleibt gegenüber 1977 fast gleich, die Zahl der Witwen, die Altersgeld empfangen, ist um knapp 3000 gesenkt. Verschlissen durch die vorzeitige Verausgabung der Lebensarbeitskraft erreichen sie das Alter von 65 Jahren, ab dem ein Anspruch auf Altersgeld besteht, nicht mehr. Die *durchschnittliche* Arbeitszeit der Bäuerinnen betrug 1977 47,4 Stunden wöchentlich. Dieses Mittelmaß läßt ahnen, daß der letztlich aussichtslose Kampf gegen die drohende Vernichtung mit 60- oder 70-stündigen Wochenarbeitszeiten einhergeht. Zurückhaltend vermerkt der Agrarbericht 1979: „Der Gesundheitszustand ist bei vielen Landfrauen immer noch schlecht. Untersuchungen haben ergeben, daß bei Bäuerinnen Streßsyptome und berufsspezifische Erkrankungen relativ häufig sind. Das liegt z. Teil an körperlicher Überbeanspruchung der Landfrauen besonders in mittleren und einkommensschwachen Betrieben." Was nun das Altersgeld angeht, bestand ein Anspruch der Landfrau auf Rente bislang nur, wenn auch der verstorbene Bauer bereits einen Anspruch erworben hatte, also nach dem 65. Lebensjahr verstorben war *und* sein Land entweder verkauft oder langfristig verpachtet hatte. Starb der Bauer *vor* dem 65. Lebensjahr, bestand kein Anspruch auf das Altersgeld, gleichfalls *nicht*, wenn die Beiträge zur Alterskasse nicht bis zum 60. Lebensjahr eingezahlt wurden. Die Bundesregierung plant den „Ausbau des agrarsozialen Sicherungssystems". Wenn die Witwe mindestens ein waisengeldberechtigtes Kind zu betreuen hat, soll sie zukünftig ein Übergangsgeld in Höhe der Altershilfe für Alleinstehende erhalten. Das sind ab 1979 277,60 DM monatlich. Das Kind erhält als Halbwaise 49 DM monatlich. Vorübergehend wird dieser Betrag bei Weiterbewirtschaftung des Hofes gezahlt. Auf Dauer, wenn der Hof abgegeben wird und eine eigene Erwerbstätigkeit infolge des Zwangs zur Kinderbetreuung oder Erwerbsunfähigkeit nicht aufgenommen werden kann. Die Höhe dieses „Hinterbliebenengeldes" ist ebenfalls 277,60 DM. Kann die Frau in Lohnarbeit gepreßt werden, erhält sie eine befristete „Übergangshilfe zur Eingliederung ins „Arbeitsleben".

Ausweitung des Berufsgrundbildungsjahres

r.woh. „Ab 1. August 1980 müssen in Niedersachsen alle Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag im Anschluß an einen mindestens neunjährigen Schulbesuch (...) einen weiteren Teil ihrer Schulpflicht durch den Besuch einer einjährigen berufsbildenden Schule erfüllen. Dies kann durch den Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) geschehen. (...) Durch die besondere Gestaltung dieser Bildungsgänge sollen die Jugendlichen befähigt werden, anschließend mit einer besseren Vorbereitung eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Mit dem Besuch dieser Schule wird die Berufsschulpflicht erfüllt sein," schreibt die Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim (Niedersächsische Wirtschaft, Nr. 18/78). Was unter „besserer Vorbereitung" zu verstehen ist, erläutert Dipl. Volksw. Kunde, IHK-Hauptgeschäftsstelle Hannover, folgendermaßen: „Die Länder (sollen) bezüglich der Festlegung der Schwerpunkte und was die Erhöhung des Fachbezogenen Unterrichts betrifft, den Anforderungen der Wirtschaft entgegenkommen,"

Aus den Steuern der Arbeiterklasse finanziert, sollen die Jugendlichen für die „Anforderungen der Wirtschaft" im BGJ zurechtgestutzt werden. Die Kapitalisten können die Jugendlichen sodann voll in der Profitproduktion schaffen lassen – obendrein die ganze Woche ohne Unterbrechung, die Berufsschulpflicht ist ja bereits „erfüllt".

Wieviel sich die Kapitalisten von diesem Schachzug gegen die Jugend der arbeitenden Klassen versprechen, illustriert die zügige Ausweitung des BGJ auf immer mehr Jugendliche und Fachbereiche. Von 4098 Jugendlichen im Jahre 1971 (BRD und West-Berlin) wurde die Zahl auf 32026 Jugendliche im Jahre 77/78 heraufgeschraubt. In Niedersachsen sind es für das laufende Schuljahr 78/79 10531 Jugendliche – mehr als doppelt so viele wie 77/78. In den anderen Bundesländern wird sich das ähnlich verhalten. Mit der Einführung des BGJ als Pflichtjahr sollen diese Zahlen noch rascher in die Höhe getrieben werden. „Ein erfreulicher Lichtblick", so Ernst Albrecht vor seinen Leuten vor der IHK in Hannover. Der Profit winkt, und da ist sich die Bande einig: Bis 1982 soll die Zahl der Jugendlichen im BGJ allein in Niedersachsen auf 24600 gebracht werden.

Zahl der Jugendlichen im Berufsgrundbildungsjahr

	1971	1973	1975	1977
Gesamt	2256	9411	16699	32026
Bremen	/	215	532	339
Hamburg	390	1207	1656	2885
Nds	/	1737	3740	5885
W.-Bln.	/	572	925	1257
Schl.-H.	164	539	1137	1389
NRW	1702	5141	8709	21030

*Für Niedersachsen: 1978: 10531 Jugendliche

Frankreich: Ausbeutung in der Fabrik für Schulpflichtige

z.jon.Paris. Der französische Ministerrat hat am 21.2. beschlossen, das System der „alternierenden Ausbildung" auszuweiten und langfristig in der (obligatorischen) Mittelschule bis zum 16. Lebensjahr insgesamt einzuführen.

Alternierende Ausbildung heißt: Die Schulzeit wird zwischen Unterricht und – unbezahlter – Arbeit in der Fabrik verteilt. Bisher wird die „alternierende Ausbildung" v.a. bei Schülern angewandt, die aus der Mittelschule ausgesiebt sind und „berufsvorbereitende Klassen" besuchen. Sie arbeiten ab dem 14. Lebensjahr jeweils 14 Tage ohne Lohn in einem Betrieb und gehen 14 Tage zur Schule. Bei Schulabschluß verfügen sie bereits über gewisse Fertigkeiten, wenn sie zu einem Lohn von 25 – 75% des offiziellen Mindestlohns als Lehrlinge übernommen werden. Rund 250000 Schüler verlassen aber jedes Jahr die Schule ohne jede Berufsausbildung. Sie sollen als erste von der Reform erfaßt werden. Deshalb soll mit dem geplanten Gesetz eine Reform der schulischen Prüfungen eingeleitet werden, nach der auf jeder Stufe „Diplome mit kapitalisierbaren Werteinheiten" geliefert werden, mit denen die Verwertbarkeit der jungen Arbeitskräfte für die Kapitalisten sofort erkennbar ist. – Gleichzeitig soll die Zahl der Lehrlinge erhöht werden. Ihre „theoretische" Ausbildung wird verlängert. Schon im Oktober wurde dekretiert, daß nur die Kapitalisten Zuschüsse für die Ausbeutung von Lehrlingen erhalten, deren Lehrlinge „mit Eifer" an theoretischen Kursen teilnehmen. Drittens soll „alternative Ausbildung" auch bei der „Fortbildung" angewandt werden, d.h. in den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in denen Arbeitslose zu Hungerlöhnen Zwangsarbeit verrichten. – Ausbeutung der unbezahlten Arbeitskraft von Schulpflichtigen, Abrichtung der Jugendlichen und der Arbeitslosen auf kurzfristige Bedürfnisse des Kapitals, wobei ihnen ihre Rechte als Lohnarbeiter genommen werden und sie als „Schüler" froh zu sein haben, wenn sie ein „Stipendium" oder „Sozialhilfe" kriegen, so läßt sich dieser Plan zusammenfassen. – In Westdeutschland seien schon 60% der in Frage kommenden Jugendlichen der „alternierenden Ausbildung" unterworfen, in Frankreich erst 20%, behauptete das französische Fernsehen. Die französischen Imperialisten blicken neidisch auf die Fortschritte, die die westdeutschen Konkurrenten mit dem „Berufsgrundbildungsjahr" in Ausbeutung und Unterdrückung der Jugendlichen gemacht haben. Mit ihrer jetzigen Bildungsreform wollen sie die westdeutschen Imperialisten übertreffen.

Sardinen und Lernmittel

r. ine. Vor 10 Tagen legte die Landeskommission Schülertransport, die der niedersächsische Kultusminister Remmers im letzten Sommer einsetzte, ihre Ergebnisse auf einem Schulwegkongreß in Hannover vor. Wesentlicher Inhalt: Die Schulwege sind zu lang; z. B. brauchen von Fahrschülern der achten Klasse rund die Hälfte über 90 Minuten und rund 22% über zwei Stunden pro Tag für den Schulweg. Diese Zeiten sind Resultat der zunehmenden Konzentration im Schulwesen, der Zusammenfassung von großen Schülermassen in großen Schulzentren bei gleichzeitiger Schließung kleiner Schulen. Z. B. Planungsbereich 3 des Schulentwicklungsplanes Hannover: Von 1976 zwölf bestehenden Grundschulen werden drei gestrichen, fünf Orientierungsstufen werden eingerichtet, und acht Hauptschulen, die 1976 bestehen, werden bis 1990 auf zwei reduziert. Von 1965 bis 1975 verringerte die Bourgeoisie in Niedersachsen die Zahl der Grund- und Hauptschulen von 4316 auf 2472, während die Zahl der Schüler pro Schule von 167 auf 288 im gleichen Zeitraum anstieg. Die Bourgeoisie bezweckt damit verbesserte Kontrollmöglichkeiten der Schüler durch den Staat; die Eltern werden schon wegen der Entfernungen daran gehindert, das Schulwesen zu kontrollieren.

Die Remmers-Kommission untersucht das Schulweg-Problem, Ergebnis: „Erwachsene, steht auf, wenn Kinder kommen," (Hannoversche Presse, 22.2.1979), damit die Kinder nach den langen Schulwegen etwas weniger erschöpft in die Schulen kommen. Die Zahl der Stehplätze in den Schulbussen soll verringert werden. Remmers: „Ich werde es auf die Dauer nicht hinnehmen, daß Schüler als stehende Sardinen durch die Landschaft geschaukelt werden." Um echte Verbesserung der Lage der Schüler geht es Remmers jedoch nicht, schlägt er doch als Lösung vor, zu prüfen, „ob die Verbesserung der Schülerbeförderung Priorität vor einer möglichen Lernmittelhilfe haben sollte" (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 22.2.1979). Niedersachsen hat als einziges Bundesland keine Lernmittelfreiheit; CDU und SPD streiten sich darüber schon über ein Jahr lang im Landtag. Jetzt hat Remmers einen geschickten Dreh gefunden, das Thema vom Tisch zu bekommen. Die Schulpolitik der Bourgeoisie, die den Schülern lange Schulwege und wachsende Unterdrückung beschert, dient so als Argument dafür, die Kosten weiterhin den Volksmassen aufzubürden.

Germanistenprozeß in Heidelberg eröffnet

Bezahlung der Arbeitskraft, Beschränkung der Arbeitszeit, Streikrecht der Studenten!

z.rub. Mittwoch letzter Woche begann vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Heidelberg der Prozeß gegen die ehemaligen Germanistikfachschaftsvertreter Sautmann, Schmitt und Koepsel. Der Staatsapparat hat sie angeklagt im Auftrag der Professorenreaktion unter Führung vom Heidelberger Rektorat Niederländer, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Wisniewski und dem ehemaligen Kultusminister Hahn. Angeklagt sind sie wegen der Organisierung und der aktiven Durchführung des Boykotts und Streiks am Germanistischen Seminar Heidelberg im Wintersemester 1976/77 gegen die Neueinführung von Mittelhochdeutschklausuren und Stellenstreichungen.

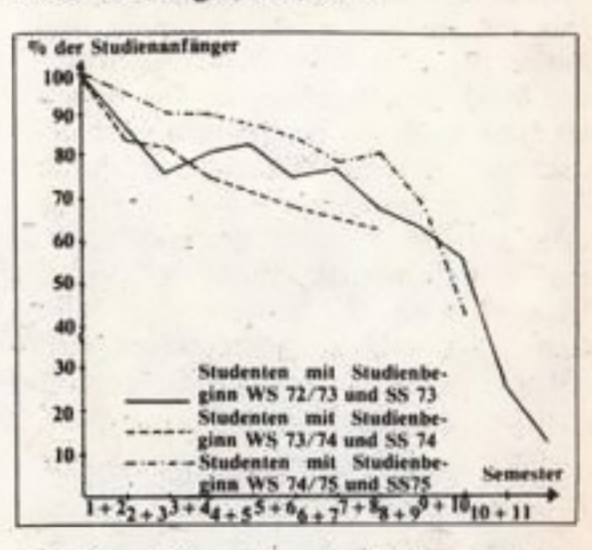
Der ehemalige Kultusminister Hahn schreibt in seiner Stellungnahme zum Streik: „Tatsache ist doch, daß die Störer die Mitglieder des Lehrkörpers zu zwingen versuchen, daß die Lehrinhalte und die Anforderungen für den Nachweis der erforderlichen Teilnahme an Lehrveranstaltungen nicht durch die Lehrenden, sondern entsprechend den studentischen Forderungen festgelegt würden." Das trifft den Kern – in diesem Streik wurden angegriffen die durch die Staatsbeamten in Wahrnehmung ihrer „Wissenschaftsfreiheit" diktierten Studienbedingungen: BAFöG-Sätzen, die mit Bezahlung für die inanspruchgenommene Arbeitskraft der Studenten nichts zu tun haben, gleichzeitig maßlose Ausdehnung der Zeit, in der die Studenten ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen sollen. Kurz gesagt: die Germanistik-Professorenschaft hatte es bereits zu diesem Zeitpunkt sehr weit gebracht in der Kunstfertigkeit, den Studenten annehmbare Studienbedingungen zu versprechen und sie gleichzeitig in einem solchen Umfang durch die wirklichen Studienbedingungen unter Druck zu setzen, daß Durchfallquoten hochschnellten, Verschuldung rasch zunahm, Abgänge und andere Zeichen von Erschöpfung der Arbeitskraft der Studenten statistischer Ausdruck der Unerträglichkeit dieser Studienbedingungen wurden. Die beabsichtigte Klausureneinführung, die Stellenstreichungen und die Ankündigung der Einführung der neuen Prüfungsordnung waren der Punkt, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Wegen besonderer Bedeutung wurde dieser Prozeß mit 47 Anklagepunkten vor die Große Strafkammer gelegt. Es geht um die Absicherung des Verbots und dient der Unterdrückung des Koalitionsrechts und der Streikaktionen. „Seit Ende des Sommersemesters 1976 versuchen verschiedene studentische Gruppen... durch gezielte Aktionen wie Panikmache durch Flugblätter und Störungen oder Blockaden von Seminarräumen die Durchführung von Klausuren... zu verhindern", schreibt Professor vom Hofe in einem Spitzelbericht an das Rektorat. Untersuchen wir die Lage, in der die Studenten am Germanistischen Fachbereich diesen Streik durchführten:

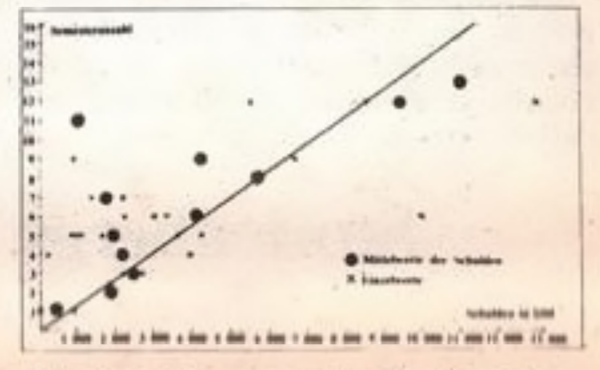
BAFöG-Satz durchschnittlich 1976/77 an der Universität Heidelberg: 378,40 DM. Der Betrag von 171,60 DM bis zu dem damaligen Höchstsatz von 550 DM BAFöG einschließlich des Härtezuschlags muß durch Lohnarbeit beschafft werden. Arbeitet der Student, was 1976/77 nach der Umfrage bei ca. 45 % im Semester der Fall ist, so sind 5,72 Wochenstunden bis zum BAFöG-Höchstsatz notwendig. Berechnen wir die Arbeitszeit der Studenten nach der damals gültigen Studien- und Prüfungsordnung, so sind in der Grundstudiumsphase im Hauptfach Germanistik und einem zweiten Hauptfach mindestens rund 49 Wochenstunden notwendig. Der Student hat also mindestens eine 55-Stunden-Woche. Die Bourgeoisie hat das festlegen lassen in ihrem BAFöG-Gesetz: Die Arbeitskraft der Studenten soll mindestens volle 40 Stunden in der Hochschulausbildung in Anspruch genommen werden.

Die Studenten am Germanistischen Seminar haben den Streikkampf bewußt organisiert. Die Bourgeoisie wollte mit der Einführung der Mittelhochdeutschklausuren die Entscheidung suchen zur Durchsetzung einer neuen Prüfungsordnung: Waren für das Grundstudium nach alter Prüfungsordnung noch 19 Semesterwochenstunden vorgeschrieben, so beinhaltete der neue Entwurf 63 Semesterwochenstunden. Weiter: durch Stellenstreichungen wurden nur durchschnittlich 77 % der nach Studienplan vorgesehenen Lehrveranstaltungen abgehalten bei gleichzeitiger Verdoppelung der Studentenzahlen in ca. 3 Jahren.

In einer Presseerklärung gegen die Germanistenprozesse vom VDS-Vorstand heißt es: „Polizeiknüppel haben noch nie solche Probleme gelöst, Gerichtsurteile gegen Studenten werden die Studienbedingungen nicht verbessern. Grundrechte wie das der freien Meinungsäußerung, ... Versammlungs- und Koalitionsfreiheit dürfen per Gerichtsbeschluß nicht außer Kraft gesetzt werden." (2.3.1979). Von dem Koordinationsausschuß der Fachschaften und Fachbereichsgruppen und der Fachschaftsvertreterversammlung Universität Heidelberg wird landes- und bundesweites Vorgehen verlangt. Grundlage ist der Kampf um die Ausbildungsverhältnisse, das wird die Einstellung der Germanistenprozesse erzwingen können.



Die Graphik zeigt, wieviel Prozent der Studienanfänger eines Jahrgangs nach 2, 3, 4, 5, ... Semestern noch an der Hochschule sind.



Die Graphik untersucht die Ergebnisse von 30 Fragebögen vom Februar '79 bezüglich des Zusammenhangs zwischen Höhe der Verschuldung und Semesteranzahl.

Einführung neuer Maschinerie – Mittel zum Bauernlegen

Was in der Landtechnikerprüfung am Fachbereich Agrar gefragt wird

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund (KSB), Bezirk Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Tel.: 0431/731471, für die Universität Kiel
26. Februar 1979 Jg. 2 Nr. 9

anp. Bis zum Sommer 1978 galt die Landtechnik-Prüfung als eine der leichteren am Fachbereich Agrar. Weil aber der Prüfer Mannebeck mit seiner Karriere nicht recht vorankommt und als Kader der Bourgeoisie ein recht undeutliches Profil hat, was er jetzt beides ändern will, schnellten die Durchfallquoten auf 35% im Herbst. Bei den Prüfungen im Februar vertrat er bei einem Gespräch mit Studenten folgende Ansicht: „Blockprüfungen sind gut. Da warten die Studenten nicht mehr so lange mit ihren Prüfungen und sind eher fertig", und: „Ich weiß gar nicht, was Sie gegen die hohen Durchfallquoten haben. Danach haben die Überbleibenden bessere Bedingungen an der Uni und später mehr Chancen im Beruf."

Auffällig ist, daß bei den Durchfallern viele sind, die von kleinen und mittleren Höfen kommen, also mit der bäuerlichen Produktion bestens vertraut sind – allerdings nicht mit den großtechnischen Verfahren der Landwirtschaft. Gerade das sollen sie aber in den Prüfungen nachweisen.

Um die Diplomagronomen später auch als Agenten der deutschen Agrarkapitalisten international einsetzen zu können, wird relativ viel Zeit aufgewandt für die Eintrichterung des „SI-Systems" technischer und physikalischer Einheiten und der „OECD"- und „DLG-Tests" für Landmaschinen und Schlepper. Dahingehende Fragen tauchen daher oft in den Prüfungen auf.

Im Mittelpunkt der Landtechnik steht die Rationalisierung und „Arbeitserleichterung", sprich Zerlegung der Arbeitsvorgänge in einfachste Handgriffe, die jede Hilfskraft verrichten kann, soweit sie nicht voll mechanisierbar sind. Ziel dabei ist die Verrichtung einer ganzen Arbeitskette (z.B. Heu mähen, wenden, trocknen, bergen, transportieren, abladen, einlagern) von einer einzigen Arbeitskraft. Das Beispiel der Kartoffelernte zeigt diese Rationalisierungsbestrebungen besonders deutlich: Waren früher für die Kartoffelernte, die wegen der Empfindlichkeit der Knollen und der Notwendigkeit der Trennung von Erde, Kraut und Steinen besondere Anforderungen stellt, noch 114,0 Arbeitskräfte pro Stunde und Hektar (AKh/ha) bei der Anwendung der einfachsten Maschine, dem Schleuderradroder, nötig, sind es heute beim Bunkersammelroder, der derzeit modernsten Maschine, noch 32 AKh/ha. Bei dieser Maschine werden die Knollen mit einem Schar ausgehoben, von Erde und Kraut befreit und dann auf einem Förderband von Hilfskräften – meist Frauen – von Steinen und faulen Knollen getrennt. Diese Arbeit, noch intensiviert durch Trennhilfen, die eine Vorsortierung leisten, wird im Akkord verrichtet und ist extrem gesundheitsschädlich. Die Hilfskräfte stehen vorgebeugt, mit dem Unterleib gegen das kalte Verkleidungsblech des Förderbandes gepreßt, und sammeln die Steine raus. Rückenschmerzen, Eierstockentzündungen sowie andere Unterleibserkrankungen sowie kaputte Hände und Rheuma sind die Folgen. Die Arbeit erfolgt natürlich völlig ungeschützt von Wind und Wetter und unter dem ständigen Rütteln und Stoßen der fahrenden Maschine auf dem Acker.

Die Aufteilung auf einfachste Handgriffe und Fließbandarbeit ist die Grundlage für die endlose Ausbeutung entweder der Arbeiter durch den Agrarkapitalisten oder des kleinen Bauern und seiner Familie durch den Zwang der Erhaltung der bäuerlichen Existenz. Diese Maschine wird in allen Einzelheiten beschrieben und abgeprüft, wogegen alle anderen Verfahren unter „ferner liefen" fallen.

Um auf dem internationalen Markt endlich konkurrenzfähig zu werden, sieht der Ertl-Plan als Mindestgröße für einen förderungswürdigen Betrieb, als Grundeinheit, die von einer Arbeitskraft zu bedienen ist, 60 – 100 ha Land, 60 – 80 Milchkühe, 300 – 400 Mastschweine und ca. 50000 Hühner vor. Dementgegen steht die klein- und mittelbäuerliche Produktion: 13 ha sind Hofdurchschnittsgröße in der BRD. Dreiviertel aller Betriebe werden niemals in der Lage sein, diese Größe zu erreichen, und müssen deshalb weg. Um diese „Strukturbereinigung" zu erreichen und die dazu notwendige Kapitalisierung in der Landwirtschaft zu erreichen, werden die Studenten ausgebildet.

Wer das nicht auf Anhieb packt, den fragt Mannebeck so detailliert, daß er keine Chance hat, die Prüfung zu bestehen, wenn er nicht vorher Fahrzeugbau studiert hat.

Entwicklung der durchschnittlichen Studiendauer – Univ. Hamburg

71/72	10,27	75	11,32
72	9,87	75/76	10,36
72/73	9,97	76	10,95
73	9,8	76/77	11,61
74	9,91	77/78	11,66
74/75	10,5		

(Quelle: Statistisches Landesamt, Tabelle 3.1.A)

Abgelegte Prüfungen in % der Studentenzahl (gesamt) – Univ.Hamburg

72	6,03	75	8,13
72/73	6,44	75/76	5,94
73	6,84	76	6,67
73/74	7,1	76/77	6,98
74	7,54	77	6,79
74/75	5,18	77/78	5,71

(Quelle: Statistisches Landesamt, Tabelle 3.1.A)

Bis Ende der 80er Jahre – für 40 Milliarden DM neue Rüstungsprojekte der BRD-Imperialisten

z.wim. In den letzten Wochen konnte man eine rege Reisetätigkeit westdeutscher Militärs und Minister verfolgen. Vom 19. bis 23. Februar dieses Jahres besuchte Verteidigungsminister Apel die USA, um dort seinem Ressortkollegen Brown einen ersten Antrittsbesuch zu erstatten. Weitere Gespräche gab es u.a. mit dem Alliierten Oberbefehlshaber Atlantik in Norfolk, Außenminister Vance, Finanzminister Blumenthal, dem Sicherheitsberater von Carter, Brzezinski, und dem früheren Außenminister Kissinger. Bei diesen Gesprächen geht es um Absprachen über geplante Auf- und Umrüstungsvorhaben, die Marschlinie für die Salt II und MBFR-Abrüstungsverhandlungen, dabei insbesondere die Schaffung eigener strategischer Gegenstücke gegenüber der sozialimperialistischen Übermacht im Bereich der Mittelstreckenraketen SS 20 und strategischer Bomber.

Die Position der westdeutschen Imperialisten für diese und die folgenden Gespräche hat Apel bereits wenige Tage vorher auf der 16. Internationalen Wehrkundetagung in München am 17. Februar vor hohen Vertretern amerikanischer, französischer und englischer Militärs und Politiker verdeutlicht. Zur Projektierung westdeutscher Rüstungsanstrengungen führte Apel aus:

,,Die Bundeswehr wird Waffensysteme erhalten, deren Beschaffung bis ans Ende der achtziger Jahre noch rund 40 Milliarden DM kosten wird. Sie sind ihrer Natur nach Verteidigungswaffen.''

Konkret geht es bei diesen zu beschaffenden und auszubauenden Waffensystemen darum, Schwächen in der ,,Vorneverteidigung'' zu beseitigen. Mit Vorneverteidigung ist innerhalb der NATO gemeint, daß das Territorium Westdeutschlands zunächst im Gebiet der DDR und dann noch weiter östlich verteidigt werden soll.

Mit diesem 40 Mrd. DM-Rüstungsprojekt ist der Kurs abgesteckt, mit dem sich die westdeutschen Imperialisten das militärisch absichern und ausbauen wollen, was sie an Kapital in Europa und in der Welt angelegt haben: Bereits 1977 betrugen die Gesamtschulden des Auslands bei den BRD-Imperialisten 376 Mrd. DM bei einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 8,7% jährlich.

Angesichts der heftigen Schläge, die der US-Imperialismus in den vergangenen Jahren und erst kürzlich von den iranischen Volksmassen hat hinnehmen müssen, drängt der BRD-Imperialismus auf stärkere Beteiligung hinter den USA und über die NATO und EG an der Ausbeutung und Ausplünderung fremder Völker.

Bei der militärischen Absicherung dieser Politik tritt die BRD als besonders engagierter Verfechter einer engen Kooperation bei der Rüstungsbeschaffung, -entwicklung und -standardisierung ein. Insbesondere im Bereich der Ausbildung an speziellen Waffensystemen hat sich die Bundeswehr im Rahmen der Eurogruppe der NATO die Federführung über die Abteilung ,,Eurotraining'' gesichert.

Im Rahmen des von der NATO gemeinsam finanzierten Luftüberwachungssystems AWACS hat Westdeutschland sich über die Finanzierung einen beträchtlichen Anteil gesichert: Von den Gesamtkosten für 18 zu beschaffende Flugzeuge in Höhe von 3,8 Mrd. DM hat die BRD eine Beteiligung in Höhe von 1,16 Mrd. DM übernommen. Insgesamt zahlen westdeutsche Imperialisten damit einen Anteil von 30,7% gegenüber einem Anteil der USA von 42,1%. Im Ausgleich für diese hohen Investitionen haben sich die BRD-Imperialisten in Absprache mit den USA das Recht verschafft, bei der Beschaffung von Flugzeugen in einem Gesamtvolumen von 511 Millionen DM sich mit einem Anteil von 80 Mio. DM an Aufträgen für westdeutsche Firmen zu beteiligen.

Bei den Radfahrzeugen wird die US-Armee Material im Gegenwert von 200 Mio. DM und Fernmeldeanlagen für 190 Mio. DM aus Westdeutschland beziehen.

Die BRD-Imperialisten bemühen sich, einen immer größeren Teil des NATO-Rüstungspotentials aus der eigenen Fertigung zu beschaffen und innerhalb Europas die Konkurrenz der französischen und englischen Bourgeoisie auszustechen.

,,Europa wird in Zukunft in der Welt größere Verantwortung zu tragen haben'', haben die Sozialdemokraten in ihrer Europawahl-Plattform geschrieben.

Ein Europa unter westdeutscher Vormachtstellung, das schwebt Schmidt vor. Etwa in der Flugzeugentwicklung haben die BRD-Imperialisten ihre Position festigen können, der Leopardkampfpanzer hat sich kürzlich in der Konkurrenz mit dem amerikanischen Gegenstück gut geschlagen. Der Gedanke an eine unter einheitlichem Kommando zusammengefaßte EG-Streitmacht ist verlockend. Schon jetzt könnten die europäischen NATO-Partner ein Truppenkontingent von 3,2 Mio. Soldaten gegenüber 2,2 Mio. der USA und Kanada aufbieten. Aber gegenwärtig kann der westdeutsche Imperialismus gegen die USA nichts und ohne den US-Imperialismus wenig.

Geld und Berufsausbildung bei der Bundeswehr? Schülervertretung organisiert Veranstaltung mit den SRK

r.vom. Mit zahlreichen Manövern versucht die Kapitalistenklasse die Arbeiterjugend für die Armee, besonders als Zeitsoldaten, zu gewinnen. Während die Wehrpflichtigen hauptsächlich zwangsweise in die Armee gepreßt werden, setzt die Bundeswehr bei den Zeitsoldaten mit vielen Versprechen und einigen Zugeständnissen an den Interessen der Jugendlichen an, um sie von den Mannschaften abzuspalten.

Der Hauptgrund für Wehrpflichtige, sich zu verpflichten, ist der niedrige Sold. ,,Das Geld, das ich jetzt mehr bekomme, kann ich jedenfalls gut gebrauchen'', so läßt die Bundeswehr Zeitsoldaten berichten. Tatsache ist, daß der niedrige Wehrsold viele zur Verpflichtung zwingt, was nur durch die Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit zu verhindern ist. Aber auch die Zeitsoldaten sind weit unter den Lohnstandard der Arbeiterklasse gedrückt. Der Nettostundenlohn eines SaZ liegt zwischen 5 und 6 DM, weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes (vgl. KVZ 22/78). Als zweites schürt die Bundeswehr die Hoffnung der Jugend, ihre Fähigkeiten bei der Armee entfalten zu können – sei es durch besondere Berufsausbildung, Sport, Führerscheine etc. ,,Mehrere hundert verschiedene Verwendungen''für ,,Unteroffiziere'' gibt es nach Aussagen der Werbebroschüre ,,Unteroffizier der Bundeswehr.'' Gezeigt wird die Ausbildung mit moderner Technik, wie auf dem Bild mit einem Magnetbandspeicher. Die Mehrzahl der Soldaten wird aber nicht die Beherrschung der Technik vermittelt, sondern nur der Umgang mit ihr. Die Laufbahn eines Unteroffi-



ziers endet eben normalerweise als Panzerkommandant und nicht in einer Forschungsstelle. Die meisten qualifizierten Tätigkeiten werden vom zivilen Personal, das ¼ der Bundeswehr ausmacht, ausgeübt. Entsprechend geht die Bundeswehr davon aus, daß z. B. ein SaZ 6 nach der Entlassung erstmal mindestens 1 Jahr arbeitslos ist. In der Zeit hat er dann Recht auf ,,Berufsförderung''. Ähnlich sieht es beim Sport aus: Eine wirkliche Förderung bekommen nur ,,Angehörige der Nationalmannschaften und aussichtsreiche Anwärter dafür.'' (ibid.) Ansonsten richtet sich die Sportausbildung nach den ,,dienstlichen Erfordernissen.'' Es ist wichtig, die Jugendlichen über Zweck und Inhalt dieser Propaganda aufzuklären und sie auf die Auseinandersetzungen in der Armee vorzubereiten. An der Gewerblichen Berufsschule Inselwall (GBS I) in Braunschweig hat die Bundeswehr letzte Woche eine Veranstaltungsreihe mit einem Wehrdienstberatungsoffizier durchgeführt. Die Schülervertretung hat dazu in Zusammenarbeit mit dem SRK und der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) ein Flugblatt erstellt, das u.a. über die Erfahrungen eines Wehrpflichtigen in der Armee berichtet, den Lohn der Zeitsoldaten untersucht und die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht unterstützt. Außerdem will die Schülervertretung während der Schulzeit Veranstaltungen mit dem SRK, der DFG/VK und der SO der Zivildienstleistenden durchführen, um so der Propaganda der Bundeswehr entgegenzutreten.

,,Basisräte'' zur Knebelung der Soldatenbewegung

Vertrauensleutewahlen unter Offiziersaufsicht in der italienischen Armee

z.ulg.Rom. Kürzlich hat der Verteidigungsausschuß der italienischen Abgeordnetenkammer einen Erlaß zur Einführung von Vertretungskörpern in der Armee verabschiedet. Zur Eröffnung der Debatte hatte der Ausschußvorsitzende den Zweck des ganzen Unternehmens umrissen: ,,In dem politischen Klima, das sich im Lauf der letzten zehn Jahre entwickelt hat, begann sich ein Zustand wachsender Spannung herauszubilden, den aufrechtzuerhalten gefährlich gewesen wäre und der früher oder später zu ... explosiven Erscheinungen hätte führen können.''

Die Lunte, die der Bourgeois brennen sieht, ist die Verbindung der Soldaten mit der Arbeiterbewegung. Überall im Lande sind seit Ende der 60er Jahre demokratische Soldatenkomitees gebildet worden. Beim Einsatz der Armee zur ,,Erdbebenhilfe'' 1976 in Friaul hatten die Offiziere alle Mühe zu verhindern, daß sich die eingesetzten Soldaten den von der Bevölkerung der zerstörten Dörfer gebildeten demokratischen Organen unterstellten.

Bereits im letzten Sommer ist den Soldaten durch ein Gesetz über ,,Grundsatzbestimmungen der militärischen Disziplin'' erstmals ausdrücklich das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung genommen worden. Politische Betätigung und Versammlungen von wehrpflichtigen Soldaten sind verboten.

Abgesehen von der 85000 Mann starken Bürgerkriegstruppe der Carabinieri bestehen die Mannschaftsdienstgrade der italienischen Streitkräfte fast ausschließlich aus Wehrpflichtigen. Kürzlich ist der Hungersold, den sie während der einjährigen Dienstzeit bekommen, verdoppelt worden: von 500 auf 1000 Lire (2,20 DM) am Tag.

Darüber sollen die künftig zu bildenden Vertrauenskörper nicht einmal diskutieren dürfen. Ihre Zuständigkeiten sind in dem Erlaß ,,abschließend'' festgelegt: Sicherung des zivilen Arbeitsplatzes, Freizeitgestaltung, Unterbringung, hygienische Bedingungen und Unfälle. Wer davon abweicht, setzt sich Disziplinarverfahren aus, bei zweimaliger Bestrafung wird das Mandat entzogen.

Von vorn bis hinten sind Wahlvorschriften und ,,Rechte'' der künftigen Vertretungskörper auf die Knebelung der Soldatenbewegung und auf die Unterdrückung des Zusammenschlusses mit der Arbeiterbewegung abgestellt. Nur ein Fünftel der Vertreter in den auf Standortebene gewählten ,,Basisräten'' sind wehrpflichtige Mannschaftsdienstgrade. Den Vorsitz führt der ranghöchste Offizier. Außerhalb dieser Karrikatur auf ein bürgerliches Parlament darf der gewählte Soldat seine Kameraden nicht vertreten, der ,,Basisrat'' selbst darf keinerlei Beziehungen mit nichtmilitärischen Organen, z.B. mit einem Fabrikrat am Standort, unterhalten.

Die einzige Wahlversammlung findet unter direkter Aufsicht des Standortkommandeurs statt. Außerhalb gedruckte Flugblätter oder Zeitungen zu den Wahlen dürfen nicht in die Kaserne gebracht werden. Unterschriftensammlungen der gewählten Vertreter, wozu auch immer, sind verboten.

Bilden sich die italienischen Imperialisten wirklich ein, so die demokratische Soldatenbewegung ersticken und ihre Verbindung mit der Arbeiterbewegung abschneiden zu können?

Brasilien produziert seine Waffen selbst

Exporte in Länder der Dritten Welt brechen das Monopol der Supermächte

z.rua. Die beiden Supermächte sind die größten Waffenexporteure der Welt. Die US-Imperialisten haben ihre Waffenexporte im Finanzjahr 1978 gegenüber 1977 um 20% auf 13,3 Mrd. $ erhöht. Waffen für 9,175 Mrd. $ wurden in die Region des Nahen und Mittleren Ostens geworfen. Die sozialimperialistische Supermacht hütet sich, Angaben zu machen. Bekannt ist, daß allein nach Äthiopien während ihrer Luftbrücke im letzten Winter Waffen für 1 Mrd. $ geliefert wurden. Beide Supermächte nutzen die Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von ihren Waffenlieferungen zur Plünderung und Erpressung. Sie verscherbeln das aus ihren Arsenalen ausrangierte Militärgerät für teures Geld und sichern sich über die Lieferungen direkte Interventionsmöglichkeiten. An die Lieferung von Waffen ist die Entsendung von ,,Beratern'' gekoppelt.

Brasilien hat jahrzehntelang die bittere Erfahrung gemacht, von den US-Imperialisten als Halbkolonie gehalten und für ihre Expansionspläne mißbraucht zu werden. Während des 2. Weltkrieges erzwangen die US-Imperialisten 1942 die Einrichtung eines gemeinsamen Militärausschusses und die Errichtung einer US-Marinemission in Brasilien. Brasilianer, die in den USA lebten, wurden zum Wehrdienst in der US-Armee rekrutiert. An der Seite der US-Imperialisten erklärte Brasilien den deutschen und japanischen Imperialisten den Krieg. Nach Ende des 2. Weltkrieges sicherten sich die US-Imperialisten 1945 weiterhin das volle Nutzungsrecht brasilianischer Luftstützpunkte. 1952 erzwangen sie einen Beistandspakt, nach dem sie u.a. an Brasilien Kredite für Waffenkäufe vergaben. 1967 wurde in einem weiteren Abkommen der Einsatz von US-Waffen in Brasilien festgeschrieben.

Gegen die Einmischung und Ausplünderung durch die Supermacht hat Brasilien Schlüsselzweige der Wirtschaft verstaatlicht. Es verfügt über eine relativ entwickelte Stahlindustrie. Die Energieversorgung wird unter Nutzung der eigenen Wasser- und Uranressourcen aufgebaut. In Zusammenarbeit mit Paraguay entsteht am Paranafluß das weltgrößte Wasserkraftwerk. Die Konkurrenz der Imperialisten untereinander nutzend schloß Brasilien im vergangenen Jahr mit den BRD-Imperialisten ein Abkommen über den Bau von acht Kernkraftwerken. Das erste soll noch in diesem Jahr in Betrieb gehen.

Im August 1969 gründete die brasilianische Regierung die staatliche Luftfahrtgesellschaft Empresa Brazileira de Aeronautica. 1975 wurde der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie beschlossen. Ziel ist die Selbstversorgung Brasiliens mit den benötigten Waffen und der Export von Waffen in die Länder der Lateinamerikas und der Dritten Welt insgesamt. Mittlerweile werden elf verschiedene Flugzeugtypen produziert. Sieben dienen militärischen Zwecken, drei dem Transportwesen und eine der landwirtschaftlichen Produktion. Vier verschiedene Kampffahrzeuge und Panzer werden in eigener Produktion hergestellt. Im Mai letzten Jahres wurden die ersten Raketen getestet, deren Produktion jetzt anläuft. Wurden anfangs die Waffen noch nach Lizenzen imperialistischer Firmen hergestellt, so wurden sie inzwischen entsprechend den Bedürfnissen der Länder der Dritten Welt nach Geländegängigkeit und Haltbarkeit weiterentwickelt. Sie sind zweckmäßig ausgestattet und wesentlich billiger als die Militärausrüstungen der imperialistischen Konzerne.

Die brasilianische Armee ist inzwischen fast vollständig mit Waffen aus eigener Produktion ausgerüstet. Der Export in die Länder der Dritten Welt wird forciert. Seit 1973 importieren Mauretanien, Gabun, Guinea, Saudi-Arabien, Togo, Uruguay, Paraguay und Chile Flugzeuge aus Brasilien. Die brasilianischen Kampffahrzeuge und Panzer werden vor allem in die Länder des Nahen Ostens, nach Libyen, Irak und Qatar exportiert. Brasilien importiert im Austausch Erdöl und andere Rohstoffe, die es für den Aufbau seiner Wirtschaft benötigt.

Die Entwicklung der eigenen Rüstungsproduktion ist für Brasilien ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit. Als die US-Imperialisten 1977 weitere Militärhilfekredite von der Inspektion der Menschenrechte in Lateinamerika abhängig machen wollten, kündigte Brasilien – ebenso wie Guatemala, El Salvador und Uruguay – alle mit den US-Imperialisten bestehenden Verteidigungs- und Militärhilfeabkommen. ,,Die Kündigung der Verträge war unsere Erklärung der militärischen Unabhängigkeit'', betonte dazu ein Sprecher des brasilianischen Finanzministeriums.

Die serienmäßig produzierten Panzer und Kampffahrzeuge tragen die Namen Urutu, Cascavel, Jararaca und Sucuri – Namen brasilianischer Giftschlangen. Die Imperialisten geifern über die angeblichen Pläne Brasiliens, zur militärischen Großmacht zu werden. Giftschlangen greifen von sich aus Raubtiere nicht an. Wenn sie jedoch angegriffen werden, wissen sie sich ihrer Haut zu wehren.





,,Do it yourself'' ist die Devise, nach der die Industrie und Technologie entwickelt wird. – Halle eines Motorenwerkes in Sao Paolo / Cascavel-Kampffahrzeuge bei einer Parade.

Urteil im Prozeß über das ,,Staatsmassaker" in der Mailänder Landwirtschaftsbank

z.ulg.Rom. Dezember 1969. Die machtvolle Streikbewegung des ,,heißen Herbstes" hat ihren Höhepunkt erreicht. Am 12. explodiert eine Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank: 12 Tote, 70 Verletzte. Es ist Markttag, viele der Opfer sind Bauern. Wenige Minuten später explodieren zwei weitere Bomben in Rom. Die Regierung gibt sofort den Anarchisten die



Schuld an den Attentaten. Am 15. Dezember wird der anarchistische Eisenbahner Pinelli beim Verhör im Mailänder Polizeipräsidium aus dem Fenster gestürzt. Der Anarchist Valpreda wird als das ,,Monster" präsentiert, das das Mailänder Attentat begangen haben soll.

Die Arbeiterbewegung ist sofort überzeugt, daß es die Faschisten waren. Hunderttausende treten in den Generalstreik und demonstrieren auf dem Mailänder Domplatz gegen die ,,Strategie der Spannung", mit der die Arbeiterklasse von den Volksmassen isoliert werden soll. In einem halben Jahr wird das Buch ,,Das Staatsmassaker" mit den Ergebnissen der Gegenermittlungen einer Gruppe von Demokraten in über 200000 Exemplaren verbreitet.

Im Sommer 1972 muß die Staatsanwaltschaft gegen die Faschisten Freda und Ventura Anklage erheben. Den ebenfalls beteiligten Gianettini, Agent des Geheimdienstes SID, läßt der SID ins Ausland entkommen. Die Regierung erklärt die ,,Tätigkeit" des SID zum Staatsgeheimnis.

Wegen Ablaufs der Höchstdauer der Untersuchungshaft werden Freda, Ventura und der inzwischen gefaßte Gianettini entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt. Am 1.10.78 läßt die Polizei Freda, am 16.1.79 auch Ventura entkommen. Vorletzten Freitag wird in Catanzaro – 1300 km von Mailand entfernt – das Urteil verkündet: Lebenslänglich für Freda, Ventura und Gianettini. Die verantwortlichen SID-Generäle werden vom Vorwurf der Begünstigung freigesprochen. Gegen die Minister, die das Attentat zumindest nachträglich gedeckt und erwiesenermaßen gelogen hatten, ist nie Anklage erhoben worden.

Belgien: Gezänk um Regierungsbildung verdeckt Angriff auf das Gesundheitswesen

z.elb.Brüssel. Im Oktober 1978 stürzte Tindemans. Der belgische Franc war gegenüber der DM innerhalb von zehn Monaten von 15,42 auf 16,72 gefallen. Nach den fälligen Neuwahlen im Dezember gibt es bis heute keine neue Regierung, aber der Franc stieg wieder auf 15,90. Kein Wunder: Während sich die Bourgeoispolitiker scheinbar heillos über ,,Sprachenstreit" und Staatsverfassung zerstreiten, holt die provisorische Regierung unter dem ehemali-

DM) bis Ende dieses Jahres ansteigen, verursacht durch den verschärften Verschleiß der Arbeitskraft, der zu Krankheiten, also größeren Ausgaben der Versicherung führt, und durch die Bereitstellung von Krediten an die Kapitalisten aus dieser Kasse. Zusätzlich plündert der Staat jährlich 4,3 Mrd. bfr (368,8 Mio. DM) aus der Krankenversicherung, indem er die Berechnungsverfahren seines Beitrags und der Beiträge der Arbeitslosen, die er zu

Belgien: Gezänk um Regierungsbildung verdeckt Angriff auf das Gesundheitswesen

z.elb.Brüssel. Im Oktober 1978 stürzte Tindemans. Der belgische Franc war gegenüber der DM innerhalb von zehn Monaten von 15,42 auf 16,72 gefallen. Nach den fälligen Neuwahlen im Dezember gibt es bis heute keine neue Regierung, aber der Franc stieg wieder auf 15,90. Kein Wunder: Während sich die Bourgeoispolitiker scheinbar heillos über ,,Sprachenstreit" und Staatsverfassung zerstreiten, holt die provisorische Regierung unter dem ehemali-gen Verteidigungsminister Vanden Boeynants hinter diesem Getöse fast unbemerkt zu einem kräftigen Schlag gegen die belgische Arbeiterklasse aus. Zentrale Punkte des vom Finanzkapital diktierten Programms sind die Einführung der Konzertierten Aktion und der Mitbestimmung, die Durchsetzung aller Maßnahmen des ,,Anti-Krisen-Gesetzes" (siehe KVZ 25/78) und eine grundlegende Reform der ,,sozialen Sicherheit". Dazu gehört die Ausdehnung der Zwangsarbeit; Mitte Februar beschloß die Regierung, den Kapitalisten zur Zahlung der Löhne statt 3,3 Mrd. bfr (206,25 Mio. DM) 1978 in diesem Jahr 11 Mrd. bfr (687,5 Mio. DM) aus Steuergeldern zuzuschustern. Vor allem aber soll die Kranken- und Invalidenversicherung reformiert werden. Das Defizit dieser Versicherung wird von 25 Mrd. bfr 1978 (1,56 Mrd. DM) auf rund 40 Mrd. bfr (2,5 Mrd.

DM) bis Ende dieses Jahres ansteigen, verursacht durch den verschärften Verschleiß der Arbeitskraft, der zu Krankheiten, also größeren Ausgaben der Versicherung führt, und durch die Bereitstellung von Krediten an die Kapitalisten aus dieser Kasse. Zusätzlich plündert der Staat jährlich 4,3 Mrd. bfr (368,8 Mio. DM) aus der Krankenversicherung, indem er die Berechnungsverfahren seines Beitrags und der Beiträge der Arbeitslosen, die er zu zahlen hat, änderte. Als Folge des Defizits der Krankenkasse haben sich die Krankenhäuser bei den Banken hoch verschuldet, was diese nutzen, um durch Entzug der Kredite die Sanierung der Krankenhäuser zu diktieren. Prompt rückt die schon 1976 in den Krankenhäusern Flanderns eingesetzte Rationalisierungskommission mit ihren Ergebnissen raus: Reduzierung der Bettenzahlen von 36457 auf 32849 und in den psychiatrischen Kliniken noch mal um 4455. Das Motto der Versicherungsreform: Senkung der Leistungen, die Lohnabhängigen sollen mehr zahlen. Die jüngste Maßnahme der belgischen Regierung ist die Erhöhung der Gebühren für Arztbesuche, die jetzt mindestens zu einem Viertel von den Versicherten zu zahlen sind. Dafür werden dann verschiedene Leistungen in der klinischen Versorgung gestrichen.

Referenden in Schottland und Wales

z.hef.London. Große Unzufriedenheit herrscht in allen politischen Lagern der Bourgeoisie über den Ausgang der Referenden in Schottland und Wales über die Einrichtung parlamentarischer Versammlungen. In Schottland beteiligten sich nur 62,9%, in Wales 58,8% der Wahlberechtigten. Das ist der Hauptgrund der Unzufriedenheit. In Schottland stimmte davon eine Mehrheit (51,6%), aber weniger als die vom Parlament als Quorum festgelegten 40% dafür, in Wales eine Mehrheit (79,7%) dagegen. Die geplanten Parlamentarischen Versammlungen hätten in allen Entscheidungen der Zustimmung Londons bedurft, hätten keinerlei Beschlußvollmachten in Bezug auf Steuern, Polizei, Armee gehabt, alle ihre Funktionen hätten per Federstrich genommen werden können (siehe Kommunismus und Klassenkampf 12/78).



1314 schlug das schottische Heer unter König Robert Bruce die englische Invasionsarmee vernichtend. England mußte bis 1707 die Annektionsversuche aufgeben.

Mit den Referenden wollte die Bourgeoisie auf die wachsende Bewegung für nationale Selbstbestimmung in Schottland und Wales eine Antwort erteilen. So oder so sollten die Massen in dem Referendum der Unterdrückung zustimmen, entweder bei Zustimmung zur Farce des Parlaments oder bei Zustimmung zur Direktregierung aus England. Das ist jetzt schiefgegangen. Der Daily Telegraph, der gegen die Gesetze war, weist besorgt auf die weiter bestehendeUrsache der Bewegung, die Unterdrückung, hin und warnt: ,,Nationalismus in Schottland und Wales ist vor allem ein Herzensschrei gegen die umfassende Macht des modernen Staats. Wenn die Macht nicht erheblich und schnell reduziert wird, werden sich die Aussichten für SNP und Plaid Cymru (die Parteien, die für nationale Unabhängigkeit eintreten) bald wieder beleben: und das nächste Mal stoppen sie vielleicht nicht kurz vor der vollen Desintegration des Vereinigten Königreichs." Neue Winkelzüge werden für nötig befunden. Die Bewegungen für die Unabhängigkeit Schottlands und Wales sind bedrohlich für die britischen Imperialisten.

Irische Bauern kämpfen gegen Steuerausplünderung

Die Arbeiter unterstützen den Kampf der Bauern gegen die 2%-Steuer

z.rül.London. Am 8.2 erklärte die irische Regierung, ab dem 1.Mai eine Steuer von 2% auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion mit Ausnahme von Gemüse, Geflügel und Kartoffeln, was 10% der Produktion ausmacht, einführen zu wollen. ,,Einen Schritt in Richtung Gleichheit" nannte Ministerpräsident Lynch im Parlament dies und erklärte: ,,Die Landwirtschaft trägt annähernd 18% zum Nationalprodukt bei, aber der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an Einkommens- und anderen Steuern liegt irgendwo bei 2 – 3%."

Mit Protestversammlungen, kleineren Aktionen und einer großen Kundgebung von mehreren tausend Teilnehmern (siehe Bild) reagierten die Bauern und forderten die ersatzlose Zurücknahme der Steuer. Der irische Gewerkschaftsverband erklärte, daß er die Forderungen der Bauern unterstütze



Mehrere tausend Bauern demonstrierten am 26.2. in der Nähe von Dublin gegen die Steuerpläne der Regierung



Mehrere tausend Bauern demonstrierten am 26.2. in der Nähe von Dublin gegen die Steuerpläne der Regierung

und forderte seinerseits eine Revision des gesamten Steuersystems. Zum ersten Mal war danach auch in der Presse zu erfahren, daß die neue Steuer auch die Preise der Lebensmittel steigern würde.

Diese gegenseitige Unterstützung der Arbeiter und Bauern führte noch am Tag nach der Kundgebung zu einem Teilrückzug der Regierung; sie erklärte, die neue Steuer nicht erheben zu wollen, wenn bis zum 1. Mai eine Einigung mit den Bauernverbänden zustandekomme über eine Form der Besteuerung, die die Bauern mit anderen Teilen der Bevölkerung gleichstelle.

Für die Bauern bedeutet jede Steigerung der Steuerausplünderung eine weitere Kürzung ihres elenden Einkommens bis hin zum Ruin von mehreren Zehntausenden.

Die irischen Bauern waren und sind von den Imperialisten abhängig und werden von ihnen ausgeplündert. 570000 Stück Lebendvieh wurden 1978 vor allem nach England exportiert, das ist ein Zehntel des gesamten Viehbestandes. Von einem Gesamtwert der Produktion von Milch und Milchprodukten in Höhe von 431 Mio Punt wurden 301 Mio Punt exportiert. Seit 1970 und besonders nach dem erzwungenen Eintritt Irlands in die EG 1973 haben die Imperialisten die Lebenshaltungskosten binnen 5 Jahren um über 100% in die Höhe getrieben und erzwangen so eine drastische Reallohnsenkung für die irische Arbeiterklasse. Die gleichzeitige Erhöhung der Preise für Futtermittel, Dünger, Saatgut und Maschinerie für die Bauern sicherte ihnen, daß die Masse der irischen Bauern von der darin enthaltenen Steigerung der Lebensmittelpreise nichts in ihrem Einkommen wiederfand. So stieg von 1970 bis 1975 der offizielle Lebenshaltungsindex um 198%; die Preise für Futter um 109,7%, für Dünger um 208%, für Saatgut um 131,1%. Für die Bauern – unter Einschluß der kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe, die nicht gesondert aufgeführt werden – deren Einkommen um 141% stieg, bedeutete das eine *Senkung* des durchschnittlichen Einkommens um über 20%.

Die Imperialisten und die Kapitalisten haben versucht, gestützt auf die Erscheinung steigender Lebensmittelpreise eine wilde Hetze gegen die Bauern zu starten, insbesondere unter den Arbeitern, deren Lohn sie gleichzeitig senkten mit der Parole der Bekämpfung der Inflation.

Die Steuererhöhung der irischen Regierung ist der Versuch, nun die Ernte dieser Propaganda einzufahren, die Einkommen der kleinen und mittleren Bauern weiter zu senken, sie endgültig

Verteilung der Jahreseinkommen je Farm 1974, brutto, mit Lohneinkommen vergleichbar

0 – 249 Punt	16,8%
250 – 499 Punt	16,6%
500 – 999 Punt	25,7%
1000 – 1999 Punt	18,8%
2000 – 2999 Punt	7,5%
3000 – 3999 Punt	3,3%
4000 – 4999 Punt	2,1%
über 5000 Punt	3,2%

1 Punt (irische Währung) 1974 = ca. 6 DM
Quelle: Statistisches Jahrbuch für 1975/76, Dublin, 1977

von ihrem Besitz zu verjagen und zugleich die Reproduktionskosten der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen weiter in die Höhe zu treiben.

Im Kampf gegen diese imperialistische Ausplünderung unterstützen sich die irischen Arbeiter und Bauern. So erklärte der stellvertretende Präsident des irischen Bauernverbandes, Joe Rea: ,,Wir sehen, was die Gewerkschaften in der Post zu tun bereit sind, um die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen ... Wir werden uns nicht zurücklehnen und von den Bauern eine andauernde Steuer von Hunderten von Millionen Punt nehmen lassen." Das neuerliche Manöver der Regierung ist ein Ergebnis dieses Kampfes; es ist zugleich eine Falle, die auf Spaltung unter den Bauern und auf Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern baut. Finanzminister Colley erklärte, er wünsche ein Steuersystem mit einer Steuerzahlung der Bauern wie vergleichsweise der Beschäftigten. Die irischen Lohnabhängigen zahlten 1978 im Durchschnitt 16% ihres Lohns an Steuer. Für die Bauern bedeutet das eine Verdreifachung ihrer Steuer von 50 Mio Punt auf 150 Mio Punt. Für die armen und mittleren Bauern wäre die wirkliche Zunahme der Steuerplünderung bedeutend größer, da die großen kapitalistischen Bauern genausowenig Steuer zahlen wie die Kapitalisten. Das ganze Manöver der Regierung mit der ,,ungerechten Steuerbelastung" baut auf der Gleichsetzung der arbeitenden mit den kapitalistischen Bauern und auf dem Vergleich dieser beiden ganz verschiedenen Bauern als ganzes mit den Lohnabhängigen auf. Die Kapitalisten dagegen zahlen z.B. nur 12,5% des Einkommenssteueraufkommens.

Der Präsident des irischen Bauernverbandes, der den Beratungen über ein neues Steuersystem bereits zugestimmt hat, Peddy Lane, hat seinerseits zu erkennen gegeben, wohin die Richtung gehen soll: ,,Die Investitionsbedürfnisse der Landwirtschaft müß-

zahlen wie die Kapitalisten. Das ganze Manöver der Regierung mit der ,,ungerechten Steuerbelastung" baut auf der Gleichsetzung der arbeitenden mit den kapitalistischen Bauern und auf dem Vergleich dieser beiden ganz verschiedenen Bauern als ganzes mit den Lohnabhängigen auf. Die Kapitalisten dagegen zahlen z.B. nur 12,5% des Einkommenssteueraufkommens.

Der Präsident des irischen Bauernverbandes, der den Beratungen über ein neues Steuersystem bereits zugestimmt hat, Peddy Lane, hat seinerseits zu erkennen gegeben, wohin die Richtung gehen soll: ,,Die Investitionsbedürfnisse der Landwirtschaft müß-ten berücksichtigt werden", sagte er und meinte die Steuerbefreiung der Großbauern und kapitalistischen Betriebe auf Kosten der armen und mittleren Bauern.

Der Kampf gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch die Geldsäcke, die Kapitalisten und Imperialisten, die aus der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern ihren Profit ziehen, festigt den Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern. So hat der Pressesprecher des Bauernverbandes erklärt: ,,Ich kann mir nicht vorstellen, daß Bauern mit einem Einkommen unter 2000 Punt überhaupt Steuern zahlen." Ein Freibetrag von 2000 Punt für die Einkommenssteuer würde die Ausplünderung der irischen Lohnabhängigen drastisch einschränken. Der irische Bauernverband hat erklärt, sich demnächst mit den Gewerkschaften treffen zu wollen, um über gemeinsam interessierende Fragen, insbesondere die Steuer, zu sprechen. Die Gewerkschaften ihrerseits verlangen rasche Verhandlungen mit der Regierung über ihre Forderung nach einer Reform des Steuersystems und eine ,,gerechte Besteuerung."

Rekordzinsen britischer Staatsanleihen

z.hef.London. Eine Prügelei gab es am 22.2. im dritten Stock der Bank von England. Vertreter von Banken, Börsenmakler und Spekulanten gerieten aneinander. Es ging um die Plätze in der Schlange vor den Ausgabeschaltern

Neuverschuldung und Zinszahlung

für zwei neue Staatsanleihen. Der Grund für die Begeisterung: Die Banken haben die Regierung erstmals dahin gebracht, zwei neue Anleihen bei Laufzeiten von 7 bzw. 21 Jahren zu einem *Jahreszins von 13¼ %* auszugeben. Die Kouponschneider konnten nicht schnell genug in den Besitz dieser Anrechtscheine auf fette Brocken aus der Steuerausplünderung kommen. Bereits am ersten Tag an der Börse stiegen die Kurse der neuen Staatspapiere um 25% bzw. 18,33%. – In den letzten drei Jahren haben die britischen Finanzkapitalisten die Zinssumme, die sie *direkt* aus der Steuerausplünderung einsacken, mehr als verdreifachen können. Die Steuerausplünderung durch den zentralen Regierungsapparat stieg zwischen 1972 und 1977 von 15 Milliarden auf 38,7 Milliarden Pfund. Die Zinszahlungen stiegen noch schneller und erreichten 1977 einen Anteil von 14,4% an den Steuereinnahmen der Regierung.

La Malfa gescheitert – DC strebt Neuwahlen an

z.ulg.Rom. Am Freitag hat La Malfa, der Vorsitzende der kleinen Republikanischen Partei, den Auftrag zur Bildung der neuen italienischen Regierung niedergelegt. Bei den Republikanern sind zahlreiche Großbourgeois vor allem aus dem industriellen Norden organisiert, und La Malfa selbst ist immer als einer der entschiedensten Verfechter der Lohnsenkung aufgetreten. Die Revisionisten wären einer Regierung unter seinem Vorsitz nicht abgeneigt gewesen. Sie erklärten sich sogar bereit, auf eine direkte Regierungsbeteiligung zu verzichten und mit einigen Ministerposten für die auf ihren Listen gewählten ,,Linksunabhängigen", z.B. den ehemaligen EG-Kommissar Spinelli, vorlieb zu nehmen. Die Christdemokraten haben auch das abgelehnt, sie streben Neuwahlen an. Offensichtlich geht die Hauptpartei der italienischen Bourgeoisie davon aus, daß die Politik des ,,historischen Kompromisses" die Arbeiterklasse weit genug von den Volksmassen isoliert hat, um jetzt zum Frontalangriff überzugehen. Zur besseren Spaltung des Widerstands der Arbeiter dagegen sollen die Revisionisten bei der gleichen Gelegenheit wieder in die Opposition gesteckt werden. Eine zu erwartende deftige Wahlniederlage der PCI soll den Auftakt dazu darstellen.

Malediven gegen Stützpunkte der Supermächte

z.rua. Ein US-Minenräumschiff, das – als Forschungsschiff mit panamesischer Flagge verkleidet – auf dem Weg zum US-Marinestützpunkt Diego

Die Imperialisten wollen Zaire in die Knie zwingen

Vor der IWF-Tagung: Hohe Staatsschuld und belgische Fallschirmjäger im Land / Demonstrationen in Kinshasa

z.pel.Brüssel. Seit zwei Wochen befinden sich 250 belgische Fallschirmjäger in der zairischen Militärbasis Kitona. Die belgische Regierung läßt sogleich erklären, die Truppen würden allein zur Ausbildung der zairischen Armee eingesetzt, der Aufenthalt sei auf sechs Wochen beschränkt.

Kaum sind die Truppen in Zaire eingetroffen, kaum hat der kommandierende Offizier seinen ersten Bericht nach Brüssel abgesetzt – er kann nicht viel mehr als die Umgebung des Flughafens gesehen haben – wird vom Training zairischer Soldaten kaum noch gesprochen. Zunächst wird in der belgischen Presse verbreitet, die belgischen Soldaten müßten die Armee Zaires mit Lebensmitteln versorgen. Dann berichtet die „Agentur Belge", im Lande herrsche Hungersnot, Plünderung sei an der Tagesordnung, und niemand außer den belgischen Truppen könne wohl die Sicherheit der noch im Land befindlichen Weißen garantieren. Der amtierende belgische Ministerpräsident Vanden Beynants erklärt gegenüber der Zeitung „La Libre Belgique": „Ich ziehe es vor, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, statt zu spät zu kommen."

Am 26.2. werden in Ruanda, in der Nähe des Grenzpostens Gisenyi achtzig Söldner von der ruandischen Armee festgesetzt. Die Männer sind in Brüssel angeworben worden. Die belgische Regierung bedauert und läßt erklären, die rechtlichen Möglichkeiten, dem vorzubeugen, seien gering. Ihr Außenminister Simonet läßt zwei Tage später im belgischen Fernsehen anläßlich eines Besuches beim marokkanischen König Hassan verlauten, er habe gegenüber dem König darauf bestanden, daß die marokkanischen Truppen in Zaire verblieben, um eine Panik unter den Wei-

marokkanischen Truppen in Zaire verblieben, um eine Panik unter den Wei-

ßen dort zu verhindern. Er habe dem König – in Kenntnis des Interesses der westlichen Staaten an einer ökonomischen Beziehung zu Zaire – Verständnis für seine ökonomischen Schwierigkeiten bedeutet und darauf hingewiesen, daß diese Frage auch auf der Sitzung des Europäischen Rates am 12./13. März Tagesordnungspunkt sein könne.

Die Dreistigkeit der belgischen Imperialisten, ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des zairischen Staates, ihre Versuche Unruhe zu schüren und Vorwände für eine offene Intervention zu schaffen, zielen darauf, die Unabhängigkeit und Souveränität Zaires zu zerstören und es vollständig der Herrschaft der westlichen Imperialisten zu unterwerfen.

Zaire ist beim US-Imperialismus und einigen EG-Imperialisten besonders den westdeutschen und belgischen, hoch verschuldet. 3,5 Mrd. Dollar ist der gegenwärtige Stand; 64% davon sollen an Privatbanken gehen, der durchschnittliche Zinssatz beträgt 7%. Auf 700 Mio. Dollar belaufen sich die seit Anfang des Jahres überfälligen Zinsen, mehr als die Hälfte der Staatsschuld ist vor 1983 zurückzuzahlen. In der zweiten Märzwoche tagt der Internationale Währungsfonds, (IWF). Er soll entscheiden über die von der Regierung Mobutu vor einem Jahr zur Realisierung des sogenannten Mobutu-Planes beantragten Kredite. Prinzipiell zugesagt hatte das Finanzkapital, angeführt von der Citybank New York, dem Morgan Guaranty Trust und der belgischen Société Generale, die Gewährung der Kredite von verschiedenen Maßnahmen abhängig gemacht. Mit ihrer Durchführung – Lohnsenkung, Abwertung des Zaire, Beteiligung des Finanzkapitals an den staatli-

kung, Abwertung des Zaire, Beteiligung des Finanzkapitals an den staatli-

chen Unternehmungen, Säuberung des Staatsapparates von Gegnern der kapitalistischen Marktwirtschaft – wurde eine Gruppe westdeutscher, französischer und belgischer Staatsbeamter beauftragt. Staatspräsident Mobutu hatte zugestimmt in der Erwartung, mit den bewilligten Krediten seinen Plan der vorrangigen Entwicklung der Landwirtschaft und der Infrastruktur wie des Aufbaus verarbeitender Industrie zu verwirklichen.

Seit einem dreiviertel Jahr sind diese „Experten" im Land. Sie haben die Zeit genutzt, die Ressourcen Zaires ihren imperialistischen Oberherren zur Plünderung zugänglich zu machen. Kupfer und Kobalt, die beiden wichtigsten Rohstoffe des Landes, mußte Zaire bis zum Ende des Jahres 78 unter den Produktionskosten verkaufen. Jetzt, wo der Kupferpreis steigt, da die Imperialisten in Erwartung größerer kriegerischer Auseinandersetzungen Lager anlegen, und mit 1017 Pfund pro Tonne den höchsten Stand seit 1974 erreicht hat, macht die erzwungene Abwertung um über 50% 1978 jeden möglichen Gewinn zunichte. Zudem, was nutzt der gegenüber Dezember 1978 um 240 Pfund pro t gestiegene Kupferpreis – auf die Jahresproduktion von 480000 t berechnet, macht das 115,2 Mio. – wenn z.B. der Ausbau des Wasserkraftwerkes Inga durch die Imperialisten statt der veranschlagten 250 Mio. Dollar jetzt 600 Mio. kosten soll.

So riesig die Rohstoffvorkommen Zaires sind, so unersättlich ist der Appetit der Imperialisten auf ihre Plünderung. Gegenüber dem Plan des Präsidenten Mobutu, die Landwirtschaft zu entwickeln, fordert der IWF die verstärkte Ausfuhr mineralischer Erze; gegenüber der Absicht des zairischen Staates, die Verschuldung abzubauen,

gegenüber der Absicht des zairischen Staates, die Verschuldung abzubauen,

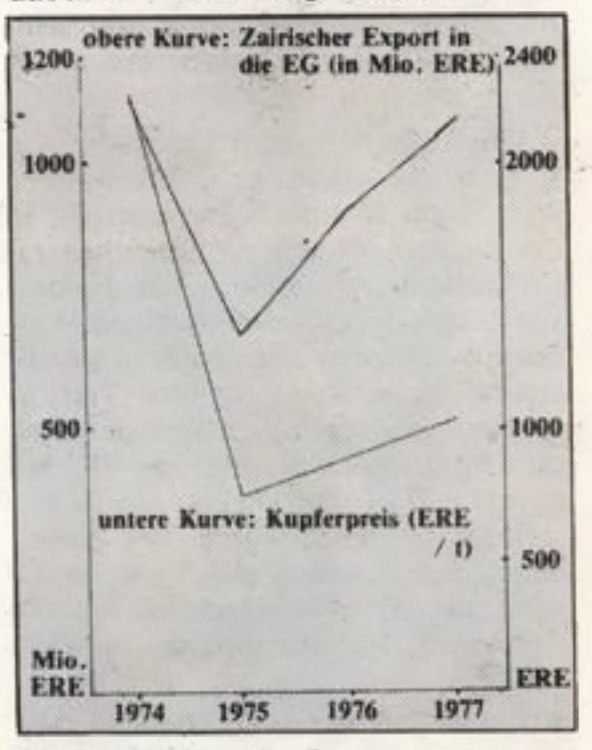
erhöhen sie die Kreditzinsen (Weltbank: von 3,7% 1970 auf 5,4% 1977) und verkürzen die Laufzeit (von 25 auf 19 Jahre) der Kredite. 12% des Exportwertes beträgt allein die Schuldentilgung Zaires im Jahre 1977.

Das zairische Volk ist nicht bereit, sich langsam erdrosseln zu lassen. Dies hat sich in den letzten Monaten erwiesen. Ein vom Bundesbankzögling und IWF-Kontrolleur Blumenthal durchgesetzte Lohnsenkung hat Protestaktionen hervorgerufen, Am 23.2. demonstrierten in Kinshasa Studenten gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Das Parlament fordert den Präsidenten Mobutu auf, alle mineralischen Produkte nur noch an die staatliche Handelsgesellschaft verkaufen zu lassen. Die Regierung hält weiter an der 1977 beschlossenen Reduzierung der Kupferexporte fest. Außenpolitisch ermöglichen die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit Angola wie engere Konsultationen mit Sambia die Entwicklung der gegenseitigen Hilfe und des politischen Zusammenschlusses. Gegenwärtig hält sich eine ägyptische Militärdelegation in Zaire auf, um die Möglichkeit der Modernisierung der Armee zu prüfen.

Die US-Imperialisten haben in dieser Situation Belgien vorgeschickt, mögliche Widersprüche im Volk zu verschärfen und Unruhe zu stiften, um Raum für Intervention zu schaffen. Dies geschieht nicht zufällig kurz vor der Sitzung des IWF. Die Regierung Mobutu soll weichgekocht werden.

Die Reaktion Mobutus ist anders als von den Imperialisten kalkuliert. Gegenüber den Äußerungen des belgischen Außenministers hat er jetzt unterstrichen, niemand habe ihm ein Mandat für Verhandlungen über die Stationierung der interafrikanischen Truppen erteilt; die Einmischungen der belgischen Regierung seien unerträglich. Die zairische Regierung hat beschlossen, daß die belgischen Fallschirmjäger mit Ablauf der vereinbarten sechs Wochen das Land verlassen müssen. Sie hat weiter mitgeteilt, daß bis auf weiteres keine Visa für belgische Journalisten erteilt würden, nachdem sie feststellen mußte, daß ein belgisches Filmteam ohne Erlaubnis und ohne Visum die Grenze überschritten hatte. Die Front der Imperialisten zeigt direkt Risse. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hat schon anfragen lassen, ob nicht lieber französische Hilfe genehm sei.

Die zairische Nachrichtenagentur AZAP vergleicht die Politik der belgischen Regierung mit den Taten eines Feuerwehrmannes, der ein Feuer anzündet, um das Vergnügen zu haben, es zu löschen. Schon mancher hat sich dabei eine Rauchvergiftung geholt.





Ein Kupferlager in Zaire. Zaire ist der sechstgrößte Kupferproduzent der Welt, 60% des Gesamtexportes besteht aus Kupfer. Durch Reduzierung der Produktion führen die in der CIPEC zusammengeschlossenen Kupferproduzenten der Dritten Welt den Kampf gegen die Verschlechterung dieses Rohstoffes zu Niedrigstpreisen. Sambia hat die Vermarktung den imperialistischen Monopolen entrissen; das zairische Parlament hat dies ebenfalls gefordert.

„Den Blauhemden eine neue Heimat"
DDR-Revisionisten in Afrika

z.hku. Unter Leitung Erich Honeckers hat eine Delegation der DDR vom 15. bis 24. Februar Libyen, Angola, Sambia und Mozambique besucht und ist dabei mit Vertretern der SWAPO, der ZAPU und der revisionistischen ANC zusammengetroffen. Mit der VR Angola und der VR Mozambique wurden Verträge „über Freundschaft und Zusammenarbeit" abgeschlossen. Die Sozialimperialisten unternehmen große Anstrengungen, sich in allen Frontstaaten Südafrikas festzusetzen und die Befreiungsbewegungen ihren Zwecken unterzuordnen. Breschnew selbst

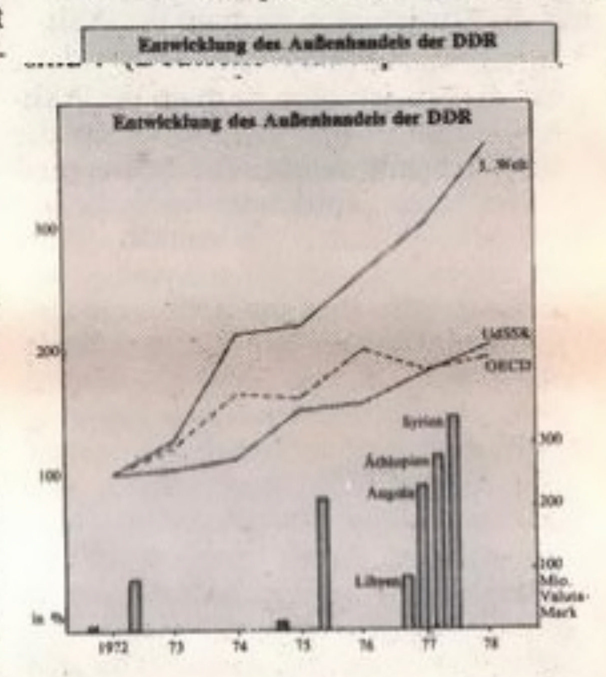
könnte allerdings gegenwärtig schwer-
unterzuordnen. Breschnew selbst

könnte allerdings gegenwärtig schwerlich selbst reisen. Die DDR-Führung fuhr in seinem Auftrag, aber auf eigene Rechnung.

Im Windschatten der sozialimperialistischen Supermacht hat die DDR in den vergangenen Jahren ihre Warenexporte in verschiedene Staaten des Nahen Ostens und Afrikas erheblich ausdehnen können, wenn auch der Handel mit den Ländern der Dritten Welt mit insgesamt 5,5 Mrd. Valuta-Mark noch gering ist. Die Lieferungen nach Angola sind von 1976 auf 1977 um das 20fache gestiegen, ähnlich in Äthiopien und jetzt in Mozambique. Solche Steigerungsraten wollen die DDR-Revisionisten auch in Zukunft. Im Hafen von Luanda hat Honecker sich begeistert und erklärt: früher hätten die Portugiesen die Reichtümer Angolas aus diesem Hafen wegtransportiert; heute gingen die Schiffe nach Rostock und Leningrad.

Unverschämt verzerren die Revisionisten die Schwierigkeiten des Kampfes der afrikanischen Völker um vollständige Befreiung: „Bis zu 90% der Bevölkerung leben in kleinen dörflichen Siedlungen, ...ohne soziale Betreuung. Die Klassenstruktur ist unausgereift und rückständig. Die Mehrheit der Bewohner ist in stammesmäßigen und religiösen Vorstellungen befangen." Hier helfe nur der Ausbau des staatlichen Wirtschafts- und Verwaltungsapparates und der „Hilfe des sozialistischen Lagers". Sie wissen wovon sie reden. „Wesentliche Funktionen insbesondere für die perspektivische Entwicklung Angolas übe eine ganze Anzahl von DDR-Beratern aus, die in solchen Bereichen wie der Volkswirtschafts- und Territorialplanung, dem Binnenhandel, dem Bankwesen und der Staatshaushaltsrechnung, der Information, der Statistik sowie der Betriebswirtschaft, der Landwirtschaft und dem Eisenbahnwesen eingesetzt sind'. (Deutsche Außenpolitik 1/79).

Entwicklung des Außenhandels der DDR



Frech haben sie während des Staatsbesuches die im Dienst ergrauten FDJ-Brigadiers in Angola und Mozambique präsentiert.

Sollen die „Vorteile der internationalen Arbeitsteilung" voll zur Geltung kommen, muß dem Warenexport die „Festigung der Produktionszusammenarbeit" folgen; Abkommen über den gemeinsamen Aufbau von Textilindustrie bzw. Bergbau wurden in Angola bzw. Mozambique abgeschlossen. *Sicher* ist der Kapitalexport allerdings nur, wenn er mit Gewalt gesichert wird. Unter dem Oberkommando der UdSSR ist die DDR-Armee heute schon in Angola präsent. Jetzt hat die NVA in Naumburg (DDR) eine Spezialschule für die Erlernung afrikanischer Sprachen eingerichtet.

Garcia Mitte Februar ohne Genehmigung in einen Hafen der Malediven einlief, wurde von der Bevölkerung aufgebracht. 300 mit Hämmern und Äxten bewaffnete Personen enterten das Kriegsschiff, verprügelten die Besatzung, setzten die obersten Dienstgrade fest, holten die Flagge ein und hißten die Flagge der Republik Malediven. Sie entfernten Geräte, Nahrungsmittel und Wasser von Bord, nahmen drei verantwortliche Offiziere in Haft und jagten das Schiff aus dem Hafen. Die US-Regierung hat über ihre Botschaft in Sri Lanka dementieren lassen. Zu groß ist die Schmach, die der Supermacht von den Volksmassen dieses kleinen Inselstaates zugefügt wurde, als daß sie sie eingesteht. *Beide* Supermächte treten ständig die nationale Würde der Inselvölker mit Füßen, um sich Stützpunkte im Indischen Ozean zu verschaffen. Sie wedeln mit dem Geldsack, um den Inselstaaten Atolle für den Stützpunktbau abzuluchsen. Sie untermauern ihre millionenträchtigen Angebote mit ständigen Militärübungen vor und in den Küstengewässern der unabhängigen Staaten. Das hat der Außenminister der Malediven auf der 33. UNO-Generalversammlung bestätigt und bekräftigt, daß die Malediven nie auch die noch so attraktiven Angebote der Supermächte annehmen werden. Die UNO-Generalversammlung hat die seit 1971 verabschiedete Resolution zur Schaffung des Indischen Ozeans als Zone des Friedens erneut bekräftigt. In New York soll jetzt eine Konferenz der Anliegerstaaten des Indischen Ozeans stattfinden, um wirkungsvolle Maßnahmen zur Durchsetzung der Resolution zu treffen.

Jugoslawien und Rumänien stärken nationale Verteidigung

z.pek. In den letzten Wochen haben die Sozialimperialisten ihre Besatzertruppen in Bulgarien verstärkt und führen in den Grenzgebieten zu Jugoslawien und Rumänien Manöver durch. Ende Februar besuchte der rumänische Verteidigungsminister, Generaloberst Koman Ion Jugoslawien, um angesichts der ständigen Aggressionen der Sowjetunion mit dem jugoslawischen Bundessekretär für Volksverteidigung über die Zusammenarbeit der beiden Armeen zu beraten. Durch ihre gegenseitige Unterstützung wollen die beiden Länder ihre Unabhängigkeit in der Produktion von Waffen und militärischer Ausrüstung stärken. Jugoslawien produziert bereits 80% der Waffen seiner Armee selbst. Das jugoslawische und rumänische Volk rüsten sich darauf, „einen Volksverteidigungskrieg gegen jeden Aggressor, auch einen technisch überlegenen" siegreich zu bestehen. In der jugoslawischen Verfassung ist festgelegt, daß „niemand berechtigt ist, eine Kapitulation anzuerkennen oder zu unterschreiben sowie eine Besetzung Jugoslawiens oder eines seiner Landesteile zu akzeptieren." Die rumänische Verfassung enthält sinngemäß ebensolche Bestimmungen.

Afrikanische Ärzte im Kampf gegen Kindersterblichkeit

z.anb. 1977 hat die OAU in Zusammenarbeit mit der Welternährungs- und der Weltgesundheitsorganisation (FAO und WHO) der UNO ein Aktionsprogramm eingeleitet, das die Nahrungsmittelselbstversorgung Afrikas bis 1983 sichern soll. Die Regionalkonferenz der WHO für Afrika hat im September letzten Jahres erneut bekräftigt, daß dies das entscheidende Kettenglied für die Gesundheitsversorgung der afrikanischen Massen ist und gestützt auf die große Masse der Landbevölkerung durchgeführt werden muß. Derzeit berät eine Konferenz afrikanischer Ärzte über Schritte gegen die Kindersterblichkeit, die 6 bis 10mal so hoch ist wie in den Industriestaaten. 16 Millionen Kinder werden jährlich mit Untergewicht geboren, Eiweiß- und Vitamin A-Mangel sind die häufigsten Ursachen dafür, daß 15 Millionen Kinder bis zum 5. Lebensjahr an leichten Infektionskrankheiten sterben, weil die Körperabwehr vollständig zerrüttet ist. Die Imperialisten behaupten dagegen, es sei mangelnde Hygiene und Dummheit der afrikanischen Massen. Die Zerstörung der Ernährungsgrundlage, die Enteignung der selbständigen Produzenten, die Unterwerfung der Arbeitskraft – in zunehmendem Maße der Frauen – unter das Kommando des Kapitals sind die wirklichen Gründe. Der Nestlé-Konzern preist sein Trockenmilchpulver als „humanitäre" Leistung, es sei mit dem Ferment Laktase angereichert, das für die afrikanischen Kinder die Milch überhaupt erst „verträglich" mache. Dafür verlangt er 30-40% des Durchschnittslohns eines schwarzen Arbeiters.

Malta wirft Barclays Bank endgültig hinaus

z.hef.London. Die Regierung Maltas beschloß vorletzte Woche die Übernahme des 40%-Anteils von Barclays Bank International (London) an der Midmed-Bank, Maltas größter Bank. Bis 1975 hieß die Midmed noch Barclays Bank International und war ein Werkzeug der britischen Imperialisten zur Ausplünderung ihrer früheren Kolonie. 1975 verfügte Maltas Regierung die Übernahme von 60% des Kapitals, benannte die Bank um und schrieb ins Bankstatut, daß die Besitzverhältnisse 1979 erneut überprüft würden. Das ist jetzt geschehen. In der letzten verbliebenen Bankniederlassung der Imperialisten, der britischen Lombard-Bank, hat Malta bereits einen Anteil von 40%. In diesem Monat feiert das maltesische Volk einen großen Sieg im Kampf für nationale Unabhängigkeit: nach jahrhundertelanger Kolonialherrschaft durch den deutschen Johanniterorden (seit 1530), Frankreich (1798) und Britannien (1800) müssen die britischen Imperialisten zum 31.3. die letzten ausländischen Truppen aus Malta abziehen.

Die ASEAN-Staaten sind gegen die sowjetisch-vietnamesischen Hegemonialpläne

z.lup. Während der Diskussionen des Sicherheitsrates über die Lage in Südostasien vertraten die Delegierten der ASEAN-Länder die Auffassung, daß Vietnam den Frieden und die Sicherheit in Südostasien gestört habe. Sie bedauerten es, daß Vietnam die Forderungen mißachte, die die meisten Staaten in der Sitzung des Sicherheitsrates im Januar erhoben hatten und seine Truppen nicht aus Kampuchea abziehe.

Die ASEAN-Staaten haben von Anfang an die sowjetisch-vietnamesische Aggression Kampucheas verurteilt. In der jüngsten Sitzung des Sicherheitsrates erarbeiteten sie einen Resolutionsvorschlag, der einen allgemeinen Waffenstillstand, den Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien und die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität fordert. Die VR China hat erklärt, daß sie eine solche Resolution begrüßen würde. Die Sozialimperialisten haben gleich die Einlegung eines Vetos angekündigt, falls die Resolution zur Abstimmung gestellt würde.

Die ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen) sind ein regionaler Zusammenschluß, der sich zum Ziel gesetzt hat, Südostasien zu einer „Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität, frei von der Einmischung fremder Großmächte" zu machen. Dieses Ziel wurde 1971 auf der Außenministerkonferenz in Kuala Lumpur beschlossen und im vergangenen Jahr erneut bekräftigt. Es läuft natürlich den Hegemonismus beider Supermächte zuwider, insbesondere den Plänen des Sozialimperialismus, Südostasien zu einer Zone seiner Herrschaft zu machen, um dadurch einen strategischen Stützpunkt für die Vorbereitung des Krieges um Europa zu gewinnen. Schon immer hat die Sowjetunion deshalb die ASEAN bekämpft und als „im Dienst der USA stehende militärische Tarnorganisation", als „antikommunistische militärische Allianz" verleumdet. Aber im letzten Jahr hat sie auf einmal ihre Stellung scheinbar um 180° geändert, während Vietnam sich mit verschiedenen Tricks in das ASEAN-Bündnis einzuschleichen versuchte. Das verband es mit dem Vorschlag, Südostasien zu einer Zone des „Friedens, der Unabhängigkeit und der Neutralität" zu machen, wobei gegenüber dem ASEAN-Programm „*Freiheit*" durch „*Unabhängigkeit*" ersetzt wurde. Was sollte das bedeuten? Zumal es in dem Vertrag zwischen den Sozialimperialisten und den vietnamesischen Revisionisten heißt, „Unterstützung der Bestrebungen der südostasiatischen Völker nach Frieden, Unabhängigkeit und Zusammenarbeit in dieser Region". Das vietnamesische Organ „Nha Dan" schrieb dazu am 17. November:

„Unabhängigkeit, Souveränität und Solidarität schließen sich natürlich nicht aus. Internationale Solidarität bedeutet natürlich Solidarität mit den eigenen Waffengenossen und dem natürlichen Bündnispartner, der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern". Die Umschreibungen, die die Sozialimperialisten und die vietnamesischen Revisionisten für ihre Hegemonialpläne benutzen, sind aber bekannt, und sie sind mit ihrem Manöver gescheitert.

Die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea haben die ASEAN-Länder verurteilt, und sie unterstützen in gewissem Umfang das kampucheanische Volk in seinem Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression, in dem Bewußtsein, daß diese Aggression eine Bedrohung der Unabhängigkeit aller Völker in Südostasien ist. Der thailändische Ministerpräsident erklärte in einem am 19. Februar veröffentlichten Interview: „Ich war nicht besonders verwundert über die vietnamesische Invasion. ... Aber die Anwesenheit von Streitkräften in der Nähe unserer Grenze macht uns natürlich besorgt in bezug auf unsere eigene Sicherheit, das ist ganz natürlich."

Der Resolutionsvorschlag der ASEAN-Länder im UNO-Sicherheitsrat ist im wesentlichen gegen die sowjetisch-imperialistischen Aggressionen gerichtet und eine gewisse Unterstützung der VR China. Verschiedene thailändische Zeitungen haben diesen Gegenschlag als Unterstützung des Kampfes der Länder Südostasiens für die Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und als Mittel zur Sicherung des Friedens in dieser Region und in ganz Asien begrüßt.

Die „Nation Review", eine thailändische Zeitung in englischer Sprache, schrieb am 19. Februar: „Es macht einem warm ums Herz, daß es jemanden gibt, der nicht zuläßt, daß Vietnam in Südostasien Amok läuft." Die Zeitung „Sing Sian Vit Pao" schrieb: „Vietnam hat erfolglos versucht, die Kontrolle über Südostasien zu gewinnen. China war gezwungen, einen Gegenschlag zu führen, um sich selbst zu verteidigen. Das Ziel dieser Aktion ist die Wiedergewinnung der illegal durch Vietnam besetzten Gebiete und die Sicherung des Territoriums und der Souveränität des Landes."

Die Zeitschrift „Tong Hua Yid Pao" schrieb in einem Kommentar: „Die Aggression Vietnams gegen Kampuchea und die Übergriffe auf chinesisches Territorium bedrohten unzweifelhaft Frieden und Sicherheit in Südostasien und Asien als ganzem. Wenn die Aktivitäten Hanois nicht beantwortet werden, wird die Situation von Tag zu Tag angespannter. Chinas Gegenschlag wird die Sympathie und Unterstützung aller Länder und Völker gewinnen, die die Freiheit lieben und die Gerechtigkeit hochhalten."

Der Gegenschlag der VR China läßt

z.ges. Es ist noch kaum einen Monat her, als die DKP-Revisionisten verzweifelt versuchen mußten, die sowjetisch-vietnamesische Aggression und Besetzung des Demokratischen Kampuchea in einen Volksaufstand umzulügen und schon harrt ihrer eine neue schwere Aufgabe: sie müssen versuchen, den chinesischen Gegenschlag gegen die andauernden vietnamesischen Grenzprovokationen und Grenzaggressionen als großangelegten Angriffskrieg zu entlarven. Den DKP-Revisionisten wird die Sache langsam ungemütlich. Nicht, daß sie Scheu hätten, ein X für ein U vorzumachen. Dafür werden die DKP-Führer bezahlt, und dafür bezieht die UZ ihre Großanzeigen von der DDR- und Sowjetbourgeoisie. Aber die DKP-Revisionisten befällt langsam die Furcht, daß ihre Sache, d.h. die Sache der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nicht zum Besten bestellt und zum Scheitern verurteilt sein könnte. Diese Furcht ist gerechtfertigt. Sie ist das Körnchen Wahrheit in dem Aufschrei der Revisionisten. Die vietnamesischen Invasionstruppen in Kampuchea sind den täglichen und allseitigen Schlägen der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea ausgesetzt und haben wachsende Verluste. Es ist ihnen nicht gelungen, die Bevölkerung einzufangen, und sie sitzen in den Städten fest. Solange die vietnamesischen Truppen einen gerechten Krieg gegen die US-Aggressoren geführt haben, waren sie wie der Fisch im Wasser. Sogar wenn sie sich immer häufiger und immer tiefer auf kampucheanisches Gebiet zurückziehen mußten, konnten sie mit der Gastfreundschaft des kampucheanischen Vokes rechnen, das den gleichen Feind bekämpfte. Heute führen diese Truppen einen ungerechten Krieg, und prompt sind sie wie der Fisch auf dem Trocknen. Es mangelt ihnen sogar an Essen. Die Truppen selber sind auch keine freiwilligen Volkstruppen mehr, sondern zwangsrekrutiert. Die Desertionsrate ist hoch. Auch an der chinesischen Grenze ist der Schuß nach hinten losgegangen. Während die revisionistischen Führer Vietnams einen Großteil ihrer regulären Truppen gegen das Demokratische Kampuchea geschickt und zur Besetzung von Laos und widerspenstigen Teilen Südvietnams eingesetzt haben, versuchten sie, mit schwerbewaffneten Regionalverbänden und Sondereinheiten die VR China in einen kostspieligen und aufreibenden Grenzkrieg zu verwickeln. Vor einem Gegenschlag der VR China hielten sie sich wegen der Bedrohung der VR China durch die sozialimperialistische Sowjetunion und durch den militärischen Freundschafts- und Beistandspakt mit dieser gesichert. Aber wieder haben sich die Aggressoren verrechnet. Die VR China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats und kein Opferlamm. Der sozialimperialistischen Aggressionsmacht sind durch die Entschlossenheit der VR China, ihre revolutionäre Selbständigkeit zu verteidigen, Grenzen gesteckt. Das Schwanken der DKP zwischen Großmäuligkeit und Wehleidigkeit spiegelt diese Lage wider, in die die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren geraten sind.

Vergeblich versucht sich die DKP auf die Solidaritätsbewegung gegen die US-Aggression zu stützen.

Die UZ hat ein Extrablatt herausgebracht: „Es geht um den Frieden: Hände weg von Vietnam". Das Blatt ist bebildert mit Erinnerungen aus dem vietnamesischen Befreiungskrieg gegen die französischen Kolonialisten und die US-Aggressoren. Diese Erinnerungen sind wert, unter keinen Umständen vergessen zu werden. Erst dann wird der Verrat der revisionistischen Hanoier Machthaber am vietnamesischen Volk, an den Völkern von Laos und Kampuchea, am chinesischen Volk und an den Völkern der Welt wirklich meßbar. Diese Erinnerungen stehen ganz in Gegensatz zu der jetzigen Stellung der Hanoier Machthaber. Es sind Erinnerungen an einen gerechten Krieg, und sie wenden sich gegen die Hanoier Machthaber, die das vietnamesische Volk in ungerechte Kriege hineinziehen. Bei diesen Erinnerungen fällt einem aber auch die Stellung der DKP während des gerechten Krieges gegen die US-Aggressoren ein. Sie, die sich jetzt voll und ganz hinter den Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea stellen und die Grenzaggressionen gegen die VR China zu rechtfertigen versuchen, haben damals mit Händen und Füßen und allen möglichen Tricks und Erpressungsversuchen die Losung unterdrückt „Es lebe der Sieg im Volkskrieg"! Gibt es zwischen der damaligen Haltung der Revisionisten und ihrer heutigen Haltung nicht einen Zusammenhang? Unbedingt gibt es diesen Zusammenhang. Die Losung „Es lebe der Sieg im Volkskrieg!" war die Losung des Vertrauens in die eigene Kraft, diente der selbständigen Kriegsführung gegen die US-Aggressoren und richtete sich gegen die Versuche der Sowjetunion, die Interessen des vietnamesischen Volkes, der Rivalität mit dem US-Imperialismus um Einflußsphären zum Opfer zu bringen. Tatsächlich ist es der Sowjetunion gelungen, Vietnam einen anderen Weg aufzuzwingen: den Weg der Pariser Abkommen auf Kosten des Befreiungskampfes in Südvietnam und in Kampuchea; den Weg des Vorrangs der Schwerindustrie auf Kosten der Bauern, statt der Agrarreform und der vorrangigen Entwicklung der Landwirtschaft; den Weg der Abhängigkeit und des Expansionismus, statt des Weges der Unabhängigkeit und der friedlichen Koexistenz. Warum lehnte die DKP damals die Losung „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" ab und warum unterstützt sie die jetzige aggressive Politik der Hanoier Machthaber voller Inbrunst? Genausowenig wie die sowjetischen Sozialimperialisten hatte die



Ein Mitglied der Volkskommune Longbang im Autonomen Gebiet Guanxi berichtet über Grenzaggressionen Vietnams

Dokumente: Demokratisches Kampuchea und Volksrepublik China

Erklärung der Regierung des Demokratischen Kampuchea zum entschiedenen Kampf und zur kategorischen Ablehnung aller Verträge und Vereinbarungen, die von der Le Duan-Pham van Dong-Clique über die Frage Kampucheas ausgebrütet werden.

1. Seit dem 25. Dezember 1978 hat die Le Duan-Pham Van Dong-Clique eine Armee von mehr als 100000 Mann mobilisiert, unterstützt durch eine große Anzahl moderner sowjetischer Panzer, Artillerie und Flugzeuge, und eine großangelegte Aggression und Invasion voller Grausamkeit gegen das Territorium des Demokratischen Kampuchea durchgeführt. Diese brutalen Akte der Aggression und Invasion durch die Le Duan-Pham Van Dong-Clique verletzen das Völkerrecht, die Charta der Vereinten Nationen, die Prinzipien der Blockfreiheit und die elementaren Prinzipien der Internationalen Beziehungen und der Beziehungen zwischen Staaten und trampeln sie schamlos mit Füßen.

2. Die Gründung von Marionettenorganisationen wie der „Front" und des „Revolutionären Rates" durch die Le Duan-Pham Van Dong-Clique sind nichts anderes als eine hinterhältige Farce, um die grausamen und arroganten Akte der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea zu verbergen. Aber diese hinterhältigen Manöver der Le Duan-Pham Van Dong-Clique sind von der ganzen Welt durchschaut worden und haben niemand täuschen können.

3. Jetzt hat die Le Duan-Pham Van Dong-Clique den sogenannten „Vertrag" zwischen der Clique und ihrer Marionette ausgeheckt. Diese Erfindung ist bloß ein Akt des politischen Betruges, der es der Clique erleichtern soll, ihre Verbrechen gegen das Demokratische Kampuchea fortzusetzen, insbesondere:
a) um die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea fortzusetzen, das Volk von Kampuchea niederzumetzeln und Verwüstung und Zerstörung anzurichten, in Verfolgung des Weges „alles zerstören, alles verbrennen, und alles töten" mit dem Ziel, die Nation Kampucheas auszulöschen.
b) um weiterhin Reis zu plündern und anderes Eigentum des Volkes von Kampuchea und all seine ökonomischen Ressourcen, einschließlich der Ressourcen auf dem Land, im Wasser, unter der Erde und am Meeresboden.
c) um von Kampuchea Besitz zu ergreifen, es in eine schändliche Kolonie zu verwandeln, es einer „Indochinesischen Föderation" zu annektieren und es dann mit einem Biß zu verschlucken. Zur gleichen Zeit will die Le Duan-Pham Van Dong-Clique in Übereinstimmung mit der Strategie Vietnams und der Strategie ihrer sowjetischen Herren – ihre Expansion in Südostasien ausdehnen und Provokationen durchführen, um den Frieden und die Sicherheit in Asien und auf der Welt zu unterminieren.

4. Aus all diesen Gründen erklärt die Regierung des Demokratischen Kampuchea feierlich vor der gesamten Nation Kampucheas und vor der gesamten Welt, daß es alle Verträge und Vereinbarungen, die durch die Le Duan-Pham Van Dong-Clique bezüglich der Frage Kampucheas ausgeheckt werden, was immer sie für einen Charakter haben, entschieden bekämpft und entschlossen zurückweist.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea appelliert an alle Regierungen auf der ganzen Welt, solche Verträge und Vereinbarungen, die von der Le Duan-Pham Van Dong-Clique über Kampuchea ausgebrütet worden sind, nicht anzuerkennen. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea betrachtet sich in keinerlei Weise gebunden an diese verächtlichen und verrätherischen Akte des Betrugs der Le Duan-Pham Van Dong-Clique. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea drückt ihre feste Überzeugung aus, daß die Regierungen aller befreundeten Länder nah und fern, und daß die Regierungen aller Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder auf der Welt diese legitime und gerechte Position der Regierung des Demokratischen Kampuchea und des Volkes von Kampuchea unterstützen.

Pol Pot
Premierminister der Regierung des Demokratischen Kampuchea
19. Februar 1979

In der Sitzung des UN-Sicherheitsrates am 27.2.1979 erklärte der Vertreter der VR China, Cheng Fu:

„Die chinesische Regierung hat mehrmals erklärt: Wir wollen keinen Zoll breit vietnamesischen Boden. Wenn die chinesischen Grenzschutztruppen den gebührenden Gegenschlag gegen die vietnamesischen Aggressoren geführt haben, wie sie es gezwungenermaßen tun, werden sie sich streng darauf beschränken, Chinas Grenzen zu verteidigen. Wir hatten immer unser Wort, aber das Problem ist, ob die vietnamesischen Behörden versprechen, bald ihre Invasionstruppen aus Kampuchea abzuziehen. Wenn sie dies ablehnen, beweist das unumstößlich, daß niemand anderes als die vietnamesischen Behörden die Aggressoren sind. Wenn sie sich so verhalten, werden der Sicherheitsrat und die Völker aller Länder selbstverständlich nicht tatenlos zusehen." (Radio Beijing, 1.3.1979)

Aus dem Leitartikel der Renmin Ribao am 27.2.79

„Mit Ablehnung von Verhandlungen zeigten die vietnamesischen Behörden, daß sie ihre reaktionäre chinafeindliche Politik fortsetzen wollen." In dem Leitartikel heißt es: „Um Chinas Staatsgrenze zu verteidigen und die vietnamesischen Behörden bei ihren ungezügelten Überfällen auf chinesisches Territorium zu stoppen, sahen sich die chinesischen Grenzschutztruppen zum Gegenangriff auf die vietnamesischen Aggressionstruppen gezwungen. Gleichzeitig schlug die chinesische Regierung nochmals vor, die chinesische und vietnamesische Seite sollten an einem beliebigen Ort Verhandlungen von Vertretern der entsprechenden Ebenen aufnehmen, man solle über die Wiederherstellung des Friedens und der Ruhe an der Grenze beider Länder beraten, um dann die territorialen Fragen auch der Grenzstreitigkeiten beizulegen. Dieser Vorschlag zeigt den ehrlichen Willen der chinesischen Seite, die Streitigkeiten friedlich zu regeln. Aber die vietnamesische Seite erklärte, sie werde sich keinesfalls auf Verhandlungen einlassen.

Die Ablehnung dieses vernünftigen Vorschlags beweist, daß die vietnamesischen Behörden ihre reaktionäre und chinafeindliche Politik fortsetzen und weiter mit bewaffneten Provokationen im chinesischen Grenzgebiet Spannungen schaffen wollen." In dem Leitartikel heißt es: „Die chinesisch-vietnamesische Grenze war früher eine Grenze

auch die DKP aufheulen

DKP jemals Befreiung und Revolution in Vietnam zum Ziel. Wie ihre Auftraggeber hatte sie die „Ausdehnung des sozialistischen Lagers“, d.h. des sozialimperialistischen Einflußbereiches im Auge. Das scheint erreicht. Vietnam ist Bestandteil der sowjetischen Aggressionspolitik. Läßt man ihm dabei nicht freie Hand, dann schreit die DKP „Hände weg von Vietnam“. Einverstanden. Aber Vietnam ist in den Händen der SU. Das vietnamesische Volk wird das auf die Dauer nicht dulden. Was ist im Interesse des vietnamesischen Volkes? Die Aggressionspolitik der Hanoier Machthaber oder der Widerstand gegen deren Aggressionspolitik? Die Antwort wird letzten Endes das vietnamesische Volk geben.

„Bonn soll Pekings Angriff endlich verurteilen“

Die sowjetischen Sozialimperialisten können gegen die VR China nicht so viel tun, gerade weil sich die VR China als sozialistisches Land rechtzeitig wehrt. Die VR China ist auf einen direkten Angriff der SU gefaßt. Drohungen gibt es genug. Die Hauptstoßrichtung der SU zielt jedoch auf die westeuropäischen Länder. Schon vor einigen Monaten hat Breschnew mit einem Brief an verschiedene westeuropäische Regierungschefs, darunter an Schmidt, Druck gemacht, die Beziehungen mit der VR China nicht zu entwickeln und unter keinen Umständen Waffen an die VR China zu liefern. Jetzt versucht die SU, diese Länder zu einer Stellungnahme gegen die VR China zu bringen. Da durch die VR China niemand bedroht ist, versucht es die Sowjetunion mit der Drohung eines Weltkrieges, der von der VR China veranlaßt werden könne. Der Sache nach handelt es sich also darum: Die Sowjetunion droht mit dem Weltkrieg, wenn die Beziehungen zu VR China nicht eingeschränkt werden. Mit der Entspannung sei es dann vorbei. Ein Kommentator der UZ faßt die Sache so: „Die Kumpanei mit den Kriegstreibern in Peking, deren Aggression ernste Gefahren für den Frieden der ganzen Welt heraufbeschwört, muß unterbunden werden. Jedes Zögern gefährdet die Fortschritte, die unser Land auf dem Wege der Entspannung erreicht hat.“ Was sind diese Fortschritte? Die westdeutschen Kapitalisten haben für etliche Milliarden Maschinerie in die SU geliefert, die SU hat einige Milliarden Schulden bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Die SU versucht, durch diese Importe eine kriegsfähige Wirtschaftsbasis zu erreichen, der westdeutsche Imperialismus versucht, Verpflichtungen der SU zu schaffen und ihren osteuropäischen Einflußbereich aufzuweichen. Verbindungen schafft das schon. Entspannung ist was anderes. Schmidt hat jetzt schnell den Brief Breschnews beantwortet. Öffentlich hat er ausgeführt, daß die Haltung der SU zur Lage in Südostasien und gegenüber der VR China „beinahe weise“ zu nennen sei. Solange sich der Strauchdieb in den Büschen hält, ist das also weise. Eine Strauchdieblogik, was sonst. Aber die westdeutsche Bourgeoisie hat kein Interesse, sich allzuweit von der US-imperialistischen Supermacht zu entfernen und kann es auch noch nicht. Die USA nehmen den Standpunkt ein, die VR China müsse ihre Truppen hinter ihre Grenzen zurückziehen und Vietnam müsse Kampuchea räumen. Die USA kann nicht viel machen, also macht sie in Gerechtigkeit. Gerecht ist es nicht, die Aggressionstruppen Vietnams und die chinesischen Truppen, die sich der Aggression durch einen Gegenschlag erwehren, auf eine Stufe zu stellen. Andererseits will die VR China ihre Truppen sowieso hinter ihre Grenze zurückziehen, die Hanoier Machthaber können ihre Truppen nicht aus Kampuchea abziehen. Also gerät die SU und Vietnam durch die Stellungnahme der USA, die sich mit der Haltung vieler Staaten Westeuropas und der Dritten Welt trifft, in diplomatische Schwierigkeiten. Die westeuropäischen Staaten müssen von dieser Linie abgebracht werden. Dazu fehlt es der SU noch an äußerer Macht. Die SU braucht die revisionistischen Parteien. Die bräuchten dazu eine Massenbewegung. Aber wie soll man den sozialimperialistischen Interessen der SU zuliebe eine Massenbewegung zustandebringen? Es ist ausgeschlossen. Die Pressekampagne der DKP kugelt so dahin. Ihre Furcht, daß die sowjetisch-vietnamesische Aggressionspolitik in Südostasien hochgeht, ist groß. Ihre Hoffnung, eine Antichinawelle zustande zu bringen, ist gleich Null.



Eine Einheit der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea



Eine Einheit der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea

der Freundschaft. Die schon festgelegte Grenze wurde von beiden Seiten anerkannt. Aber aus ihren nationalistischen Expansionsgelüsten organisierten die vietnamesischen Behörden in den letzten Jahren wiederholt bewaffnete Aggressionen und verletzten immer wieder das chinesische Territorium. Von 1974 bis Mitte Februar dieses Jahres verübten die vietnamesischen Behörden 3435 bewaffnete Provokationen. Damit erlitten die chinesischen Armeeangehörigen und Grenzbewohner erhebliche Verluste an Menschenleben und an ihrem Eigentum. Das alles zwang China zum Gegenangriff, um an der Grenze Ruhe zu schaffen, die Grenzanwohner zu schützen, die Souveränität und die territoriale Integrität gegen Vietnam zu verteidigen und die Verwirklichung der Modernisierungen in unserem Lande zu sichern. Auch unter den jetzigen Umständen wollen wir noch mit den vietnamesischen Behörden verhandeln, um den Frieden und die Ruhe an unserer Staatsgrenze wiederherzustellen. Unser Standpunkt ist unverändert.“

In dem Leitartikel heißt es weiter: „Die meisten Länder der Welt und die Weltöffentlichkeit appellieren an China und Vietnam, durch Verhandlungen ihre Grenzkonflikte friedlich beizulegen. Der Wunsch nach Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Normen in den internationalen Beziehungen festigt sich mit der Erklärung der chinesischen Regierung. Um ihre hegemonistischen Ambitionen zu verwirklichen und die Welt in Unruhe zu stürzen, streben die sowjetischen Behörden nach . . . (unverst.) Sie haben die vietnamesischen Behörden aufgehetzt, die Verhandlungen abzulehnen. Ihre Pläne gefährden die Interessen des chinesischen und vietnamesischen Volkes und auch den Frieden und die Stabilität in Asien und im pazifischen Raum.“ Zum Schluß stellt der Leitartikel fest:

„Zu Beginn unseres Gegenangriffs erklärte die chinesische Regierung ernsthaft: ‚Wir wollen keinen Zollbreit vietnamesischen Bodens. Nachdem die chinesischen Grenzschutztruppen den Gegenstoß gegen die vietnamesischen Aggressoren geführt haben, werden sie sich ständig darauf beschränken, Chinas Grenze zu verteidigen. Wir halten immer wieder fest: Wir hoffen aufrichtig, daß die vietnamesischen Behörden die Lage erkennen und im Interesse des vietnamesischen Volkes und mit Rücksicht auf die Freundschaft der beiden Völker den vernünftigen Vorschlag annehmen, friedlich, schnell Verhandlungen aufzunehmen. Die Grenzkonflikte zwischen China und Vietnam können nur durch Verhandlungen beider Seiten beigelegt werden. Es gibt keinen anderen Weg.‘“ (Radio Beijing, deutsch, 27.2.79, 19.00 Uhr, Mitschnitt)

Afghanistan: „Qualitativ neue Beziehungen“ mit der Sowjetunion

z.frb. Iran und Afghanistan liegen im unmittelbaren strategischen Vorfeld der Sowjetunion und versperren ihr – in der Sicht der neuen Zaren – den Weg zum Indischen Ozean, wobei durch Kontrolle über Afghanistan Druck auf Iran und Pakistan ausgeübt werden soll. Für die Sozialimperialisten eröffnet sich über diese Länder sowohl der Zugang in den Nahen Osten und nach Afrika als auch nach Zentralasien. Dabei heiligt der Zweck die Mittel.

In Afghanistan hatte Daud 1973 durch Putsch den alten Monarchen beseitigt. Die Sowjetunion griff nach den Reichtümern des Landes. Erdgas, das zuvor gar nicht exportiert wurde, stellte 1975 ein Fünftel des Exports dar. War die Sowjetunion 1965 noch mit einem Viertel am Export Afghanistans beteiligt, so steigerte sie diesen Anteil dank dem neuen Regime auf etwa 40%. Voll tiefem Hintersinn konnte Podgorny 1976 bei seinem Besuch in Kabul für die SU-Bourgeois sagen, seit der Errichtung der Republik Afghanistan seien die Beziehungen „auf eine neue Ebene gehoben worden“. 1977 wurde 26% der Industrieproduktion in Fabriken hergestellt, die mit sowjetischem Kapital errichtet waren, 56% des staatlichen Sektors.

Doch Daud wollte sich aus dem Würgegriff lösen. Im April 1978 wurde auch er gestürzt von einer Offiziersclique, die ihre Ausbildung in der Sowjetunion genossen hatte. Ministerpräsident wurde Taraki, Chef der „Afghanischen Demokratischen Partei“, die die Sozialimperialisten infiltriert hatten. Keine drei Wochen nach dem Putsch war schon ein rundes Dutzend Verträge unterzeichnet. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuter erhielt die Sowjetunion Bohrkonzessionen für Erdöl und Erdgas. Im Dezember konnte sich die Sowjetunion einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ erpressen. Breschnew wies beim Festbankett auf die noch innigere Beziehung hin; nach der „Aprilrevolution“ sei es nicht verwunderlich, „daß die traditionell guten Beziehungen zwischen unseren Ländern unter diesen Umständen einen qualitativ neuen Charakter annehmen“. Eine ständige Wirtschaftskommission wurde eingerichtet, und die Sozialimperialisten durften ihren teuren Rat für die Aufstellung eines neuen Fünfjahrplans einbringen. 40% der Investitionen gehen in die Industrie, nur 25% in die Landwirtschaft. Eine Kupferhütte, eine Raffinerie und Zitrusfarmen für Exportprodukte in die SU werden errichtet, eine Straße in die SU wird ebenfalls gebaut. Die Armee wird von sowjetischen Beratern beaufsichtigt.



Durch Schüren von separatistischen Bewegungen in Süd-Iran und in Pakistan sollen diese Länder auf die „qualitativ neue Ebene der Beziehungen“ vorbereitet werden. Außer beim Erdöl zieht die SU schon jetzt die größte Exportmasse des Iran auf sich. Der Bau der zweiten Erdgasleitung in die SU aber liegt seit Monaten still. Die iranischen Arbeiter haben sich geweigert, die sowjetischen Anlagen zu bedienen, die Berater sind abgezogen.

Jemen: Entfesselung eines Bruderkrieges

z.jük. Gegenüber von Äthiopien und Eritrea hat der sowjetische Sozialimperialismus einen Krieg zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DVRJ) und der Arabischen Republik Jemen (ARJ) entfesseln lassen mit dem Ziel, in der ARJ ihm hörige Kompradoren einzusetzen, wie es schon in der DVRJ gelungen ist. Nach vorliegenden

der SU konnte sich gerade wegen dieser korrekten Position gegenüber der ARJ nicht richtig „entfalten“ und ein Teil der Führung der VDRJ und der damaligen Organisation, der „Vereinigten politischen Organisation – Nationale Front“ war den sozialimperialistischen „Freunden“ ein Dorn im Auge. Das Festhalten an der nationalen

Krieg in Eritrea, eine RGW-Aufnahme wird „vorbereitet“. Bulgarien hat die spezielle Aufgabe bekommen, die Parteikader aus der VDRJ zu schulen, also auf Kurs zu bringen. Am 31.1.79 wurde ein Protokoll über „wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der DVRJ und der UdSSR“ unterzeichnet. „Das Protokoll wurde im

Jemen: Entfesselung eines Bruderkrieges

z.jük. Gegenüber von Äthiopien und Eritrea hat der sowjetische Sozialimperialismus einen Krieg zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DVRJ) und der Arabischen Republik Jemen (ARJ) entfesseln lassen mit dem Ziel, in der ARJ ihm hörige Kompradoren einzusetzen, wie es schon in der DVRJ gelungen ist. Nach vorliegenden Berichten sind verschiedene Grenzstädte der ARJ durch Truppen der VDRJ sowie Angehörige einer „Demokratischen Front“ besetzt worden. Letztere operieren von der VDRJ aus und stützen sich auf Stämme in der ARJ, die in erheblichem Maße von westeuropäischen und US-Krediten abhängige Regierung ARJs bekämpfen. Dabei schüren die Sozialimperialisten Gegensätze innerhalb des jemenitischen Volkes, die aus der kolonialen Besetzung eines Teils des Jemen durch Großbritannien herrühren. Der jetzige Krieg unterscheidet sich insofern von früheren Grenzstreitigkeiten beider Länder, weil es den Sozialimperialisten im letzten Jahr in erheblichem Maße gelungen ist, Positionen in der VDRJ auszubauen, das Land in völlige Abhängigkeit zu bringen und somit jede Verständigung beider Staaten untereinander zu verhindern. Dazu hat es in früheren Jahren gerade von der VDRJ erhebliche Anstrengungen gegeben, und die Vereinigung beider Länder durch Verhandlungen war eines der Ziele nach dem Befreiungskampf vom britischen Imperialismus. Ein „Freundschaftsvertrag“ der VDRJ mit der SU konnte sich gerade wegen dieser korrekten Position gegenüber der ARJ nicht richtig „entfalten“ und ein Teil der Führung der VDRJ und der damaligen Organisation, der „Vereinigten politischen Organisation – Nationale Front“ war den sozialimperialistischen „Freunden“ ein Dorn im Auge. Das Festhalten an der nationalen Unabhängigkeit und der Stärkung des Bündnisses mit dem Nachbarn sowie allen arabischen Staaten war ein Hemmnis für das Vorherrschaftsstreben des Sozialimperialismus im Nahen Osten.

Gestützt auf revisionistische Vertreter in der „Nationalen Front“ ließen die Sozialimperialisten den damaligen Vorsitzenden des Präsidialrates der DVRJ, Rubai Ali, stürzen und ermorden, weil, wie es nachher in „Radio Aden“ hieß, er und seine Anhänger „Zweifel gegenüber der Effektivität der wirtschaftlichen und anderer Formen der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und unserem Land“ gesät haben. (26.7.78)

Die Folgen dieser Beseitigung aller „Zweifel“ sind zweierlei: politische, ökonomische und militärische Abhängigkeit der VDRJ von der SU sowie Entfesselung eines Bruderkrieges. Dem Putsch folgten Verträge nach mit den „Bruderländern“, er brachte noch mehr Berater aus der SU, der DDR und anderer RGW-Länder ins Land. Aden wurde immer mehr Nachschubhafen und Zwischenlandeplatz für den Krieg in Eritrea, eine RGW-Aufnahme wird „vorbereitet“. Bulgarien hat die spezielle Aufgabe bekommen, die Parteikader aus der VDRJ zu schulen, also auf Kurs zu bringen. Am 31.1.79 wurde ein Protokoll über „wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der DVRJ und der UdSSR“ unterzeichnet. „Das Protokoll wurde im Anschluß an die Tagung des gemeinsamen sowjetisch-jemenitischen Wirtschaftskomitees in Aden unterzeichnet.“ Ein „zusätzliches Darlehen in Höhe von 24 Mio. Dollar“ wurde gewährt „zum Bau eines Trockendocks“. Weiter sollen 3000 ha Boden urbar gemacht und Bodenschätze erschlossen werden. „Dem Protokoll zufolge hat man sich grundsätzlich darüber geeinigt, daß die UdSSR zwei Kais im Hafen von Aden bauen wird, wo Schiffe direkt anlegen können“ (R.Aden 31.1.79).

Die Arabische Liga hat beide Länder aufgefordert, den Kampf einzustellen und wird vermitteln. Nach letzten Meldungen haben beide Staaten einem Waffenstillstand zugestimmt. Die USA-Imperialisten haben angekündigt, Waffen an die ARJ zu liefern im Wert von insgesamt 500 Mio. Dollar. Saudi-Arabien „würde zahlen“ heißt es aus den USA. Ansonsten hat der USA-Imperialismus erklären lassen, daß die „Sicherung der Ölieferungen“ für die USA „militärische Präsenz“ und „militärische Aktionen“ in der Region nicht ausschlössen.

Eritrea: Sowjetischer Bombenhagel

z.gek. „Tatsächlich ist dieser Krieg nicht länger ein Krieg zwischen dem eritreischen Volk auf der einen Seite und der äthiopischen faschistischen Junta auf der anderen, sondern er ist ein Krieg zwischen dem eritreischen Volk und der Sowjetunion geworden“, hat die Volksbefreiungsfront von Eritrea (EPLF) gleich nach Beginn der neuen Offensive gegen Eritrea, die am 18. November angerollt ist, festgestellt. (Bulletin vom 30.11., Rom). Kurz zuvor hatte die Militärclique in Addis Abbeba einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ mit den russischen Sozialimperialisten abgeschlossen.

Das Kommando des neu aufgebotenen Expeditionskorps liegt bei 13 sowjetischen Generälen, sowie weiteren 250 sowjetischen Offizieren, die auch die Luftangriffe fliegen und die Feuerleitzentralen und logistischen Stäbe bemannen. Einige tausend Mann kubanische Truppen sichern den Nachschub selbst und das Hinterland, wo die Kämpfer der Revolutionären Volkspartei Äthiopiens (EPRP) sowie der Tigre- Oromo-, Afar- und Westsomalischen Befreiungsfront eine Reihe von Gebieten kontrollieren.

Das Vorgehen der von den Sozialimperialisten geführten Truppen zeigt gewisse Ähnlichkeiten mit dem der vietnamesischen Invasoren in Kampuchea. In einer Reihe konzentrierter Vorstöße haben die motorisierten und gepanzerten Divisionen nacheinander eine Reihe eritreischer Städte eingenommen, deren Bevölkerung sich zuvor, gedeckt von den Kämpfern ihrer Befreiungsorganisationen, der EPLF und ELF, aufs Land bzw. in die großen befreiten Gebiete im Norden zurückgezogen hat. „Das Ziel unseres strategischen Rückzugs ist es, unsere militärische Stärke zu bewahren und uns für die Gegenoffensive vorzubereiten“, hat die EPLF über die eingeschlagene Taktik erklärt („Mekalih Sewrana“, Dez. 1978). Der Versuch der Okkupationsarmeen, Anfang Februar in einem konzentrischen Angriff mit einer an der Küste im Norden angelandeten Panzerdivision sowie den von Keren aus weiter vorrückenden Verbänden ins Herz der befreiten Gebiete vorzustoßen, ist unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden. Damit ist ihr ganzer Angriff zum Stehen gekommen, und der Volkskrieg kann sich im ganzen Land von neuem entfalten.

Der Eritrea-Feldzug der neuen Zaren verfolgt klar abgesteckte Ziele. Er liefert Äthiopien immer tiefer in ihre Abhängigkeit und hält dabei die Zugänge zum Meer offen, wo die sowjetische Flotte jetzt de facto schon neue Stützpunkte unterhält. Vor allem aber: in der Frage von Eritrea, diesem alten Verbindungsglied zwischen Afrika und der arabischen Welt, hoffen sie die afro-arabische Einheit, die ihnen als Imperialisten so sehr im Wege ist, aufzusprengen.



Von eritreischen Befreiungskämpfern gefangengenommene feindliche Soldaten

Kündigung der alten Arbeiter geplant

r.hek. 660 Mio. DM Werfthilfe haben die Werftkapitalisten eingesackt. ,,Zähneknirschend" habe Kanzler Schmidt zugestimmt; ,,als Hilfe zur Selbsthilfe". Diese wird betrieben. Die Betriebsführung des Bremer Vulkan hat 200 Arbeitern des Jahrgangs 1920 Briefe geschickt, in denen sie aufgefordert werden, zu kündigen. Während der Arbeitslosigkeit wollen die Kapitalisten zu den 68% Arbeitslosengeld 22% zusätzlich zahlen, so daß sich ein Lohn von 90% des vorherigen Lohnes ergibt. Der Betriebsrat hat die betroffenen Arbeiter in einem Schreiben aufgefordert, nicht auf das Angebot der Betriebsführung einzugehen, bis ein Sozialplan erstellt worden ist. Eine Reihe älterer Arbeiter ist bereit, das Angebot anzunehmen, verrichten sie doch unter großen körperlichen Anstrengungen die tägliche Arbeit, vor kurzem noch bis zu 9½ Stunden. Für viele Arbeiter ist die dabei entstehende Verkürzung der Rente nicht tragbar. Die Ausdehnung der Überstundenarbeit, die ihren Anteil am vorzeitigen Verschleiß ihrer Arbeitskraft hat, wurde auf mehreren Branchenversammlungen abgelehnt. Der Betriebsrat verweigerte auf seiner Sitzung am 21.2. die Zustimmung zu den vorliegenden Überstundenanträgen der Betriebsführung. Er benutzt diese Verweigerung, um der Betriebsführung Zugeständnisse bei der Erstellung des Sozialplans und gegen die Kurzarbeit abzuringen.

Aktionstag der ZdL

r.jös. In Hamburg und Münster wurde der Aktionstag durchgeführt, der von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen wurde. Die Forderungen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden sind unter anderem: ,,Keine Kasernierung. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für alle Dienstpflichtigen. Keine Verlängerung des Zivildienstes gegenüber dem Militärdienst." Die Forderung: ,,Kein Planstellenabbau durch Einsatz der ZdL" und ,,Rücknahme der Disziplinarstrafen" sind im Gegensatz zur Aktionswoche im Januar 78 nicht im Aufruf enthalten, während die Forderung ,,Keine Ausweitung des Zivildienstes über den sozialen Bereich hinaus" jetzt dem Kostendämpfer und Zwangsarbeitsminister Ehrenberg das Tor öffnet und er so von ,,Altenhilfe" bis zum Deichbau alles für ,,sozial" erklärt. Die Hamburger SPdZdL verteilten zusammen mit dem bundesweiten Aufruf eine Darstellung der Lage an Hambur-

Aktionstag der ZdL

r.jös. In Hamburg und Münster wurde der Aktionstag durchgeführt, der von der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen wurde. Die Forderungen der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden sind unter anderem: ,,Keine Kasernierung. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für alle Dienstpflichtigen. Keine Verlängerung des Zivildienstes gegenüber dem Militärdienst." Die Forderung: ,,Kein Planstellenabbau durch Einsatz der ZdL" und ,,Rücknahme der Disziplinarstrafen" sind im Gegensatz zur Aktionswoche im Januar 78 nicht im Aufruf enthalten, während die Forderung ,,Keine Ausweitung des Zivildienstes über den sozialen Bereich hinaus" jetzt dem Kostendämpfer und Zwangsarbeitsminister Ehrenberg das Tor öffnet und er so von ,,Altenhilfe" bis zum Deichbau alles für ,,sozial" erklärt. Die Hamburger SPdZdL verteilten zusammen mit dem bundesweiten Aufruf eine Darstellung der Lage an Hambur-
ger Dienststellen, worin die Auswirkungen der Verschärfungen auf die Arbeiter und Angestellten: Planstellenabbau, Lohndruck und Streikbrechereinsatz dargestellt wurden. In Hamburg wurde ein Theaterstück auf der Straße aufgeführt, das die kostenlose Vernutzung der ZdL durch die Kapitalisten anprangerte. Auch in Münster wurde ein Flugblatt verteilt, das den Gegensatz zum imperialistischen Staat schärfer formulierte als der bundesweite Aufruf.

Plakat gegen Schadensersatzklage ,,ordnungswidrig"

r.anh. Zwei Plakate haben die 18 Grohnde-Demonstranten, gegen die eine Schadensersatzklage wegen Verlust und Beschädigung von Polizeimaterial in Höhe von 233926,09 DM anhängig ist, herausgegeben, in denen sie die sofortige Zurücknahme der Zahlungsaufforderungen fordern und feststellen, daß es sich für sie um keinen Verlust und keinen Schaden handelt. Desweiteren haben sie öffentlich und mit ihrem Namen auf den Plakaten erklärt, daß sie das geforderte Geld nicht zahlen werden. Das Landgericht Hannover hat den Termin für den Beginn des Prozesses auf den 26. April um 11 Uhr festgelegt. Per Posteingang erhielten die 18 Betroffenen am 3. März ein Schreiben der Bezirksregierung Hannover, in dem diese in dem ersten Plakat einen Verstoß gegen den § 8 des Niedersächsischen Pressegesetzes ausmacht und festhält, daß kein Impressum auf dem Plakat erkennbar sei. Das stelle eine Ordnungswidrigkeit dar, ,,die mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM geahndet werden kann". Ob die Herren nicht lesen können, daß 18 ausgeschriebene Namen ihr bekannter Personen für den Inhalt des Plakates verantwortlich zeichnen? Es ist wohl eher zu vermuten, daß ihnen der Inhalt und die Einheit der 18, nicht zu zahlen, nicht paßt und sie keinen weichkochen konnten. – Die Plakate können über die Geschäftsstellen des KBW bestellt werden.

Schleswig-Holstein vor den Wahlen: Landtag beschließt weitere Gesetze zur Unterdrückung des Volkes

r.brb. In der letzten Landtagssitzung in dieser Legislaturperiode wird ein Gesetzentwurf der SPD zur Unterhaltssicherung für Kinder alleinstehender Eltern verhandelt. Soll die Zahlung von Unterhaltsausfalleistung eh nur gelten, wenn der Lebensunterhalt nicht aus Sozialhilfe u.ä. bestritten wird, so liegt der Pferdefuß in § 2, 4: ,,Die Gewährung von Unterhaltsausfalleistungen setzt voraus, daß ... der sorgeberechtigte Elternteil die zur Durchsetzung dieses Anspruchs erforderlichen Angaben macht, soweit er dazu in der Lage ist. Die gewährende Stelle hat den abgetretenen Anspruch nach pflichtgemäßem Ermessen geltend zu machen." Die Bourgeoisie will beseitigen, daß etliche Frauen sich weigern, Angaben über den Vater ihrer Kinder zu machen, weil sie wissen, daß er auf Grund des niedrigen Lohns doch nicht den Unterhalt zahlen kann, und sich gleich an das Sozialamt wenden.

Die SPD lockt mit der Zahlung von Unterhaltsausfalleistungen als Darlehen unter der Bedingung, daß der Empfänger sich vollständig in die Fangarme der staatlichen Behörden begibt und die erforderlichen Angaben über den Partner macht, die es den Sozialbehörden ermöglichen, das Geld von ihm einzutreiben. Der CDU ist diese Regelung nicht umfassend genug und zu teuer; Sie rechnet mit Ausgaben des Landes von 1,6 Mio DM pro Jahrgang und mit einem zusätzlichen Personalbedarf von 45 Mitarbeitern. In der Bundestagsdebatte hat sie vertreten: wenn Unterhaltsausfalleistungen gezahlt werden, dann nur unter der Bedingung, daß die Elternteile selbst gegen ihren Partner klagen.

Ist es schon elend genug, daß die Volksmassen auf Grund der Lohnsenkungen gezwungen sind, sich als Bittsteller an den bürgerlichen Staat zu wenden, so sollen auch hier Zahlungen nur erfolgen, wenn sich die Volksmassen gegenseitig den Staatsapparat auf den Hals hetzen.

Bezüglich der Schulausbildung liegt ein Antrag der FDP vor, der die Landesregierung auffordert, gegen den Stundenausfall (14,6% nach ihren Angaben) einen Stufenplan auszuarbeiten. Nachdem der Landtag in seiner letzten Sitzung gerade einen Numerus Clausus für Lehramtsanwärter beschlossen hat, kann man jetzt schon ahnen, wie der Bericht der Landesregierung dazu ausfallen wird.

Die SPD schlägt dazu im Rahmen ihrer Aktion ,,Kinderfreundliche Schule" vor, das Problem durch Lohnsenkung im Öffentlichen Dienst mit Angestellten und Teilzeitkräften – angestellte Lehrer sind eine Gehaltsstufe niedriger eingestuft – zu lösen. Außerdem fordert sie, den Unterricht von überflüssigem Wissenstoff zu entlasten und Maßnahmen zur Reduzierung der Sitzenbleiberquote in der Grundschule einzuleiten. Das entspricht dem Konzept der Bourgeoisie, im Rahmen der imperialistischen Bildungsreform die Anlernzeit der jugendlichen Arbeitskraft drastisch zu verkürzen, um sie fein abgestuft schneller dem Ausbeutungsprozeß als billige Arbeitskräfte zu unterwerfen. Dafür ist das Sitzenbleiben in der Grundschule nicht unbedingt erforderlich, es kostet eh nur ein zusätzliches Jahr. Für die Aussieberei, insbesondere auf die Sonderschulen, reicht die Orientierungsstufe völlig aus. Die Schüler hatten im Kampf gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung die Abschaffung des Zensurensystems gefordert sowie: ,,*Keiner* darf sitzenbleiben!" Gegen die Ausweitung der Lehrer im Angestelltenverhältnis hat die GEW die Übernahme der Lehrer in Ausbildungsverträge bzw. auf Planstellen gefordert.

An achter Stelle soll das Gesundheitsdienstgesetz beschlossen werden. Es regelt die Aufgaben der Gesundheitsbehörden, Krankenhäuser usw. Kern des Gesetzes ist erstens die Ermächtigung des Sozialministers, die Anforderungen für Krankenhäuser festzulegen und damit die Durchsetzung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes; zweitens der Auftrag an die Gesundheitsbehörden, alle ,,in Berufen des Gesundheitswesens tätigen Personen zu erfassen", was die Möglichkeit schafft, im ,,Notstand" oder Kriegsfall sofort die erforderlichen Kräfte für den richtigen Platz zwangszurekrutieren. Die Datenzentrale sorgt für Speicherung und Abrufmöglichkeiten der erforderlichen Daten.

Schließlich plant der Landtag mit der Verabschiedung des Landeswassergesetzes einen weiteren Schritt zur Ruinierung und Ausplünderung der Bauern. Hat der Staat vor einigen Jahren die privaten Brunnen der Bauern verboten und sie zur Anschaffung neuer Wasseranlagen gezwungen, so sollen mit diesem Gesetz u.a. diese dörflichen Anlagen wieder verboten und der Anschluß an staatliche Versorgung erzwungen werden. Außerdem ist die uneingeschränkte Enteignung der Bauern, wenn es im ,,öffentlichen Interesse" erforderlich ist, vorgesehen.

Gegenüber diesen Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung verschafft das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen den politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen Geltung und ermöglicht den Zusammenschluß zum Sturz des bürgerlichen Staates und der Beseitung der kapitalistischen Ausbeutung, für den Sozialismus.



1300 Lehrlinge und Schüler demonstrierten am 1.3. in Hamburg gegen Verkürzung der Ausbildung und verschärfte Auslese. Während die SDAJ- und Juso-Funktionäre ,,mehr Gesamtschulen" forderten, einigte man sich auf Vorschlag der Berufsschülerräte: ,,Wir kämpfen für eine einheitliche und umfassende Ausbildung. Wir fordern eine Ausbildung, in der Theorie und Praxis eng verbunden sind und uns die wichtigsten Grundlagen der Produktion vermittelt werden müssen... Weg mit dem Kurssystem und Zeugniserlaß! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge! Heute haben wir für diese Forderungen demonstriert. Dieser Kampf ist ein Teil des Kampfes, den die Arbeiterbewegung gegen die Angriffe der Kapitalisten führt... gegen die dauernden Lohnsenkungen, gegen die Ausweitung der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit... gegen die Entrechtung der arbeitenden Klasse. Dieser Kampf kann ohne Unterstützung der Gewerkschaften nicht erfolgreich geführt werden. Wir fordern den DGB auf, für diese Forderungen einzutreten und rufen auf, unter diesen Forderungen an der 1.Mai Demonstration des DGB teilzunehmen."

und zu teuer; Sie rechnet mit Ausgaben des Landes von 1,6 Mio DM pro Jahrgang und mit einem zusätzlichen Personalbedarf von 45 Mitarbeitern. In der Bundestagsdebatte hat sie vertreten: wenn Unterhaltsausfalleistungen gezahlt werden, dann nur unter der Bedingung, daß die Elternteile selbst gegen ihren Partner klagen.

Ist es schon elend genug, daß die Volksmassen auf Grund der Lohnsenkungen gezwungen sind, sich als Bittsteller an den bürgerlichen Staat zu wenden, so sollen auch hier Zahlungen nur erfolgen, wenn sich die Volksmassen gegenseitig den Staatsapparat auf den Hals hetzen.

Bezüglich der Schulausbildung liegt ein Antrag der FDP vor, der die Landesregierung auffordert, gegen den Stundenausfall (14,6% nach ihren Angaben) einen Stufenplan auszuarbeiten. Nachdem der Landtag in seiner letzten Sitzung gerade einen Numerus Clausus für Lehramtsanwärter beschlossen hat, kann man jetzt schon



schulen" forderten, einigte man sich auf Vorschlag der Berufsschülerräte: ,,Wir kämpfen für eine einheitliche und umfassende Ausbildung. Wir fordern eine Ausbildung, in der Theorie und Praxis eng verbunden sind und uns die wichtigsten Grundlagen der Produktion vermittelt werden müssen... Weg mit dem Kurssystem und Zeugniserlaß! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge! Heute haben wir für diese Forderungen demonstriert. Dieser Kampf ist ein Teil des Kampfes, den die Arbeiterbewegung gegen die Angriffe der Kapitalisten führt... gegen die dauernden Lohnsenkungen, gegen die Ausweitung der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit... gegen die Entrechtung der arbeitenden Klasse. Dieser Kampf kann ohne Unterstützung der Gewerkschaften nicht erfolgreich geführt werden. Wir fordern den DGB auf, für diese Forderungen einzutreten und rufen auf, unter diesen Forderungen an der 1.Mai Demonstration des DGB teilzunehmen."

Die jugendliche Arbeitskraft soll ,,mobiler" werden

Ihre Verwandlung in Hilfsarbeiter wird durch ,,berufliche Ausbildung" nicht aufgehalten

r.gör. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Niedersachsen ist 1977 um 17,5 % gestiegen und 1978 erneut; die Arbeitslosigkeit der jugendlichen Arbeitskraft ist seit Mitte 1978 relativ gesunken. Dies bedeutet einen Erfolg der Kapitalisten und ihrer Regierung in der Ausweitung des produktiven – also profitbringenden – Einsatzes der jugendlichen Arbeitskraft.

Für das Handwerk zeigt sich etwa: Seit Mitte der 60er Jahre entwickelt sich ein Trend der relativen Ausweitung des Einsatzes von Lehrlingen als auch von un- und angelernten Arbeitern, dagegen eine relative Einschränkung des Einsatzes von Facharbeitern. Dieser Vorgang prägt den starken Rückgang der absoluten Beschäftigtenzahlen. Es findet *Ersetzung* von Facharbeitern durch un- und angelernte Arbeiter *und* durch Lehrlinge statt. Die betriebliche Ausbildung hat nicht die spätere Verwendung als Facharbeiter, sondern die *unmittelbare* Ausbeutung zum Zweck.

Letztere ist in aller Regel gegeben. Das Niveau der durchschnittlichen Lehrlingsentgelte im Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen als Vergleichsmaßstab genommen, zeigt sich: Es genügte schon eine durchschnittliche produktive Arbeitszeit des Lehrlings von 1 – 2 Stunden täglich, um ihn für den Kapitalisten profitbringend werden zu lassen. 1974 hatte die Bundesregierung sich durch ein Konsortium bürgerlicher Wissenschaftler ,,Kosten" und Perspektiven der beruflichen Bildung untersuchen lassen. Nach dessen Untersuchungsergebnissen arbeiten bereits im ersten Lehrjahr mindestens zwei Drittel aller Lehrlinge mehr als 1,5 Stunden täglich produktiv. Der Einsatz der jugendlichen Arbeitskraft ist also für die Kapitalisten auch dann lohnend, wenn er in das Gewand einer betrieblichen Ausbildung gekleidet wird. Durch die Einführung und Ausweitung des Berufsgrundbildungsjahres – ein Kernpunkt in der Berufsbildungspolitik der Landesregierung – wird durch Wegfall des 1. Lehrjahres die Ausbeutung den Kapitalisten noch konzentrierter und kontinuierlicher ermöglicht. (Vgl. diese Ausgabe der KVZ, Seite 10.)

Die Kapitalisten verlangen verstärkt die ,,Mobilität" der jugendlichen Arbeitskraft. Sowohl regional als auch in Hinblick auf die Arbeitsverrichtungen. Für beides gibt es Schranken: Für die regionale Mobilität das niedrige Lehrlingsentgelt, das keine selbständige Existenz erlaubt, für die berufliche Mobilität bilden die bestehenden Ausbildungsgänge immer noch eine bestimmte Schranke. Kultusminister Remmers hat das im niedersächsischen Landtag so ausgedrückt: ,,Die Marktwirtschaft muß sich kurzfristig auf Marktbedürfnisse und erforderliche Strukturen ein- und umstellen." Deshalb könne sich Bildungspolitik niemals an einem bestimmten ,,Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften" orientieren, vielmehr gebe es ,,nur *ein* wirksames Instrument..., nämlich die Qualität der Ausbildung so zu verbessern, daß diese den wechselnden Erfordernissen des Arbeitsmarktes gegenüber eine größtmögliche berufliche Flexibilität bewirkt."

Aber betrieben wird keineswegs die umfassende Befähigung der jugendlichen Arbeitskraft zur Beherrschung der Produktion. Z.B. hat Ministerpräsident Albrecht ausdrücklich die Einführung eines zweiten Berufsschultages abgelehnt. Vielmehr soll die Steigerung der Mobilität darin bestehen, jede bestimmte Ausbildung überhaupt abzuschaffen. Die Bourgeoisie hat sich dafür die Bedürfnisse der Kapitalisten ermitteln lassen. Befragt wurden z.B. die Vorgesetzten von 61837 Beschäftigten nach deren Ausbildungserfordernissen. Nur für 62,6 % wurde überhaupt ,,eine Lehrausbildung" für erforderlich gehalten und nur für knapp die Hälfte dieser *eine bestimmte* Lehrausbildung. Daraus lassen sich die Interessen der Kapitalisten erkennen, denen die Landesregierung gerecht werden will. Die ,,Basis" ihrer Berufsbildungspolitik – wie Albrecht formulierte – sei nämlich ,,eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Wirtschaft". – Wie weit *diese* ,,Mobilität" schon entwickelt ist, hat sich die Bourgeoisie ebenfalls untersuchen lassen: 54 % der betrieblich Ausgebildeten sind bereits nach längstens einem Jahr nicht mehr in dem Betrieb beschäftigt, wo sie ausgebildet wurden, 15 % werden gleich gar nicht übernommen. Dieser Anteil weist einen steigenden Trend auf. 22 % derjenigen, die zwischen 1955 und 1970 eine Ausbildung zum Facharbeiter erhalten hatten, sind inzwischen Hilfsarbeiter. Ein Drittel hat mindestens einmal den Beruf gewechselt.

Wiedereröffnung der Grundschule Bühne durchgesetzt

r.inh. Am 28.2. hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Wiedereröffnung der Grundschule in Bühne (Kreis Höxter) verfügen müssen. Der Rat der Stadt Borgentreich hatte im Oktober beschlossen, daß alle Grundschüler aus den Ortsteilen Manrode, Muddenhagen und Bühne in Manrode unterrichtet werden sollen und die Schule in Bühne geschlossen wird, da ,,Unterricht an einer verhältnismäßig kleinen Grundschule auf mehrere Orte verteilt ... die geordnete Erziehung der Kinder ... auf keinen Fall gewährleistet". Die Eltern der Kinder in Bühne haben andere Vorstellungen von der Erziehung ihrer Kinder. Sie sind dagegen, daß 123 Grundschüler in einem Bus zusammengepfercht täglich nach Manrode transportiert werden. Sie fordern, daß ihre Kinder weiterhin in Bühne zur Schule gehen können. Über zehn Wochen haben sie die Schule bestreikt. Den Unterricht führten sie selbst in einem Gasthof des Ortes durch. Gegen die Drohungen der Landesregierung mit polizeilicher Zwangszuweisung der Kinder und Übersendung von Bußgeldbescheiden von 1050 DM an alle Elternteile festigten die Eltern die Kampffront. Vorher waren noch acht Kinder nach Manrode gefahren. Danach schlossen sich auch ihre Eltern dem Schulstreik an. Als Anfang Februar das Oberverwaltungsgericht den Ratsbeschluß als ,,Rechtsmittelfähigen Verwaltungsakt" einstufen mußte (d.h. daß dagegen geklagt werden kann), erklärte Stadtdirektor Wutzlar noch: ,,Ohne eine richterliche Anordnung wird die Bühner Schule nicht eröffnet". Die Eltern haben den Schulstreik weiter geführt und jetzt muß die Schule wieder geöffnet werden. Damit ist der Ratsbeschluß *einstweilen* aufgehoben. Jetzt wird eine ordentliche Klage erhoben, deren Behandlung sich über ein halbes Jahr hinziehen kann.

Kloses Umarmungsversuche

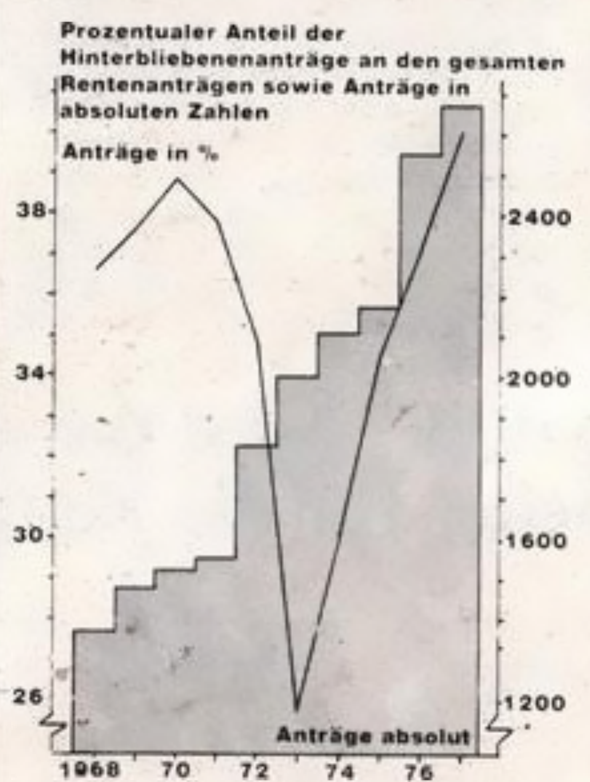
b.jüd. Seit Jahren das erste Mal wieder hatten die Jungsozialisten den ,,Genossen" Bürgermeister Klose zu einer öffentlichen Veranstaltung eingeladen. Widersprüche zwischen Parteiführung und -mitgliedern sollten geglättet werden. ,,Ist der Radikalenerlaß vom Tisch?", fragten die Jungsozialisten in der Ankündigung – Kloses Antwort: Es behaupteten einige, der Senat würde grundsätzlich neue Wege gehen – ,,das ist gar nicht so. Viele Entscheidungen stehen noch ins Haus – keiner kann sagen, welche." Wenn etwas neu sei, dann lediglich dies: Einige hätten angefangen, mal Probleme bis zu Ende zu denken. Wir haben in dieser Zeitung ja verschiedentlich nachgewiesen, was Klose ,,zu Ende gedacht" hat: Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist unrationell und zu teuer. Deshalb ,,müssen wir auf die Regelanfrage verzichten. Ich bin ausdrücklich für das Prinzip des Zufalls". Man spürt förmlich, wie er seine qualligen Fangarme um die Veranstaltungsteilnehmer zu legen versucht. Man dürfe kein einziges Kriterium für die Verfassungsfeindlichkeit absolut setzen, denn der Staat müsse jede Erkenntnisquelle für Verfassungstreue nutzen. Bespitzelung auf ganzer Linie soll durchgesetzt werden, das ist die Absicht. Welche Schwierigkeiten er damit hat, stellt er selbst fest: ,,Natürlich sind wir (er meint Brandt, Koschnik und sich selbst) stutzig geworden über die Reaktion der jungen Generation" nach den Ministerpräsidentenbeschlüssen 1972. ,,Und das müssen die Taktiker dann nachdenken!"

Klose ist so einer: Linkes Gewand in der Durchsetzung verschärfter Entrechtung. Die Versammlung hat aber immer wieder die vollständige Beseitigung der Berufsverbote gefordert. Klose – ,,keine generelle Aussage". Das Umarmungsmanöver faßte nicht recht: Kloses Ausruf, ,,der neue Kurs ist bis überhaupt nicht gesichert, er bedarf der Unterstützung der Basis, dazu gehört Ihr auch!" verhallte im Saal. Die Forderung nach Einstellung aller Berufsverboteverfahren und Vernichtung aller Verfassungsschutzunterlagen in den Personalakten erhielt viel Applaus.

Zur Unterstützung der Politik der ,,Taktiker" Klose, Brandt, Grolle usw. waren zahlreiche ,,Betroffene" der DKP und des KB gekommen. Das lief so: Ein Vertreter des KB bat den Bürgermeister, doch zu bedenken, daß jemand, der sich 1972 also geirrt hätte, nun auch Konsequenzen ziehen müsse – Irren sei ja menschlich. Kloses Antwort: Dazu gäbe es überhaupt keine Differenzen, man sei sich doch bis hin zur Wortwahl einig. Vertreter der DKP wandten sich an ,,ihren Bürgermeister" mit der Bitte, doch auch an die ,,psychologische Last" der vom ,,Schicksal Betroffenen und ihrer Familien" zu denken: ,,Was wird denn nun?" Soviel Schmuserei mußte Klose denn doch zurückweisen: Notwendig sei die Prüfung in jedem Einzelfall und zählen würde ja das konkrete innerund außerdienstliche Verhalten, wobei für ihn das innerdienstliche Verhalten ausschlaggebend sei, das müsse man aber erst noch durchsetzen. Er weiß, daß Revisionisten und Opportunisten ihn unterstützen werden, wenn er sich nicht zu ungeschickt anstellt. Die Demonstrationen der Berufsschüler gegen Kurssystem und Notenerlaß nehmen ihm den Spielraum, ,,geschickt" zu sein.

Die Reedereikapitalisten ruinieren die Gesundheit der Seeleute

b.err/mis.Stade. Die Gesundheit der Seeleute wird aufs brutalste durch die Profitjagd der Reeder ruiniert. Beim Reinigen eines Zwischendecks z.B. wurden staubförmige Reste eines giftigen Ladungsgutes in den Unterraum gefegt. Der Bootsmann atmete trotz Staubmaske die verunreinigte Luft. Am Abend zeigten sich Spuren des Giftes im Urin und im Kot, ebenso an den darauffolgenden Tagen. Ärztliche Behandlung war notwendig. Ein anderer Fall: Beim Löschen der Ladung wurde der 2. Offizier angewiesen, er solle das Anschlagen von ca. 40 Tonnen schweren Eisenplatten beobachten. Beim Heraushieven der Platten verhakte sich der am Auge des Stroppes aufgesetzte Spleißhaken, kam auf Kraft und traf den 2. Offizier mit solcher Wucht am Körper, daß er durch die Luft geschleudert wurde. Er erlitt Prellungen und starke Blutergüsse. Oder: Wenn der Matrose während seiner 12-stündigen Seewache davon sechs Stunden stehen muß und dabei ,,offene Beine" und Krampfadern bekommt, so ist dies den Reedereikapitalisten völlig egal. Sie weigern sich sogar, zu zahlen und schieben es der Krankenkasse zu. Diese Beispiele stehen für Tausende. Die Reedereikapitalisten haben in den letzten Jahren ständig rationalisiert und das Personal gestrichen. 1970 fuhren noch 56361 Mann an Bord. 1977 waren es 39121. Die Arbeitshetze und Schinderei an Bord wird verstärkt durch den Druck der Überstunden, 60 Stunden die Woche sind keine Seltenheit, und die einzige Möglichkeitfür die Seeleute, einen Lohn zu verdienen, mit dem sie auch eine Familie ernähren können. Die Tabellen zeigen die Vernutzung und Ruinierung der Gesundheit der Seeleute. Dabei sind die gemeldeten Unfälle natürlich längst nicht alle. Viele werden einfach unterschlagen. Von den Gemeldeten wurden 1976 12,8% nicht anerkannt, 1977 waren es 13,8%. Die Kapitalisten wälzen die Kosten dafür auf die von den Arbeitern gezahlten Krankenversicherungen ab.



Der geringe prozentuale Anstieg der Anträge auf Hinterbliebenenrente 1973 liegt an den überdurchschnittlich gestiegenen Versichertenrenten in diesem Jahr. Dieses, wie die zunehmenden Anträge auf Hinterbliebenenrente ist Ausdruck der Vernutzung der Arbeitskraft durch die Profitschinderei an Bord.

Gegen die Schinderei an Bord gibt es Kampf. In der letzten Manteltarifrunde haben die Seeleute durchgesetzt, daß auch an Bord die 40-Stunden-Woche gilt. Dies ist ein bedeutender Schritt, und alle Anstreungungen müssen jetzt darauf gerichtet sein, daß die 40-Stunden-Woche auch eingehalten wird. Dafür ist Voraussetzung, daß sich die Seeleute eine Grundheuer erkämpfen, die zum Leben reicht. Ohne Überstunden. Dies ist auch entscheidend, um der Vernutzung und ihrer Folgen für die Gesundheit der Seeleute Schranken zu ziehen.

Die Untersuchung der Berichte der Seeberufsgenossenschaft zeigt auch, wie sich die Herrschaft der Kapitalisten über die Berufsgenossenschaften auswirkt, und daß es notwendig ist, daß die Sozialversicherungen einheitlich von den Kapitalisten bezahlt werden und von den Arbeitern und Angestellten verwaltet werden müssen. Für solche Forderungen sowie für das Verbot von Überstunden können sich die Seeleute am 1. Mai zusammenschließen und sich an den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen beteiligen.

Arbeitsunfälle zu Seeleuteartikel

Art der Unfälle	gemeldet 1976	1977	anerkannt 1976	1977
Arbeitsunfälle im engeren Sinn	6189	6185	5397	5330
Todesfälle	8	8	36	41
Arbeitsunfälle gesamt (incl. Berufskrankheiten)	6703	6709	5725	5685
%-Anteil des von Unfällen betroffenen Bordpersonals*	17,27%	17,14%	14,75%	14,53%

Entwicklung der Krankheiten, die am häufigsten zu Seedienstuntauglichkeit bei fahrenden Seeleuten führen nach Alter

Krankheiten	Jahr	bis 30 J.	31 - 55 J.	56 - 65 J.	über 65.	Insgesamt
Trunksucht u.a. Suchtformen	1976	30	68	37	1	136
	1977	20	74	33	–	127
Herz und Kreislaufkrankheiten	1976	4	25	25	1	55
	1977	–	24	22	3	49
Wirbelsäulen u. Bandscheibenschäden	1976	5	16	16	3	41
	1977	7	19	11	1	38



Am 3.3. fand der bundesweite Aktionstag der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (ZDL) gegen die Verschärfung der Dienstpflicht statt. Ca. 30 ZDL verteilten Flugblätter und führten in der Innenstadt eine ,,Versteigerung" von ZDL durch, die die ,,Kostendämpfung" und Rationalisierung gegen die Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst durch den Einsatz von ZDL und die Zwangsarbeit bei Hungersold angriff.

Weibliche Jugendliche: Gefundenes Fressen für den Hamburger Senat zwecks Lohndrückerei und Spaltung

b.uwh.Hamburg. Schon immer hat es der Bourgeoisie Probleme bereitet, die Arbeiterjugend in die Ausbeutung zu zwängen. Und allein die Möglichkeit zur Ausbeutung reicht ihr noch lange nicht. Billigstes Arbeitsvieh ist erforderlich für ihre imperialistische Expansion.

Am 6. Februar hat der Senat ein ,,Programm zur Verbesserung der Ausbildungsplatz- und Beschäftigungssituation von Jugendlichen 1979" beschlossen. 283 Ausbildungsplätze im ,,staatlichen Bereich oder durch staatliche Vollfinanzierung und 506 Plätze in beruflichen Vollzeitschulen". (Wochendienst Nr. 7/79, S. 3) sollen dieses Jahr eingerichtet werden. ,,Ferner sollen in der privaten Wirtschaft unter anderem 710 Ausbildungsplätze und 150 Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche staatlich gefördert werden." (ebd.) ,,Wegen der vorhandenen Jugendarbeitslosigkeit sind... größte Anstrengungen erforderlich." (ebd., S. 4) Ganz besondere Anstrengungen, so stehts auch im Programm, gelte vor allem den Mädchen und den Jugendlichen mit ,,schwachen Abschlußzeugnissen" und ohne Abschluß. Im Einzelnen ist Folgendes vorgesehen:

– Das seit letztem Jahr angeleierte ,,Förderungsprogramm für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in neuen Betrieben" wird fortgesetzt. ,,416 junge Betriebe erhielten 1978 eine Finanzspritze zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Dieses Jahr sollen rund 1,3 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden." (Welt, 26.2.1979) Neu ins Programm kam die Förderung von Lehrstellen ,,in solchen Berufen, die für sie (Mädchen, Anm. d. Red.) als ,untypisch' gelten." (Wochendienst, S. 5) Je Ausbildungsplatz solcher Art sollen 5000 DM an den Kapitalisten gezahlt werden, ,,um die erforderlichen Investitionen – z.B. sanitäre Einrichtungen für die weiblichen Nachwuchskräfte vornehmen zu können" (Welt, 26.2.1979). – Für 40 weitere Plätze sollen die Kosten voll übernommen werden. – 506 zusätzliche Schüler sollen in Werkklassen und ins Berufsgrundbildungsjahr gezwängt werden. – Weitere Modellversuche von Mädchen ,,an der Werkbank" bei Heidenreich & Harbeck, dem Hamburger Berufsbildungszentrum und der Handwerkskammer werden gestartet.
– ,,für leistungsschwache Jugendliche soll die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis... durch einen Zuschuß zu den Lohnkosten... gefördert werden. (3000 bzw. 5000 DM)" (Wochendienst Nr. 7).

Alles in allem will sich die Bourgeoisie das bis 1980 13,8 Mio. DM kosten lassen. Warum die Kapitalisten gerade für ,,Lernschwache" und Mädchen was springen lassen, ist klar. Der Druck der industriellen Reservearmee soll massiv auf die Arbeiterklasse wirken. Aus dem ,,Arbeitsmarktlagebericht, Januar 1979" geht der Trend hervor: Während der Zugang an Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat 42,9% betrug, stieg der Bestand an Arbeitslosen unter 20 Jahren gerade um 0,9%, der der teilzeitarbeitslosen Frauen um 5,7%. (Arbeitslose über 59 Jahre: plus 12,3%). An offenen Stellen gab es insgesamt einen Zugang von 6,5%. Für Frauen 12,1%, für Teilzeitarbeitslose 9,7%. Was sich in der Tendenz abzeichnet, ist die Linie: Verlagerung der Arbeitskräfte von alt nach jung und billig nach möglichst kostenlos. Das Senatsprogramm ist exakt auf diese Bedürfnisse der Kapitalisten zugeschnitten. Die bürgerliche Presse rührt denn auch kräftig den Propagandabrei: ,,An der Werkbank stehen auch Mädchen ihren Mann." (Welt, 23.2.1979) Die Frauenarbeitsgemeinschaft der SPD fordert: 40% der Belegschaften sollen aus Frauen bestehen. ,,Die Feminisierung bestimmter Branchen muß aufgebrochen werden." (Mopo, 20.2.1979)

Erbitterte Kämpfe führt die westdeutsche Arbeiterklasse gegen die Lohnsenkungen , um die Spaltungsmöglichkeiten für die Kapitalisten einzuengen. Festgeldforderungen, Übernahme der Kontrolle des Versicherungswesens und einheitliche Ausbildung der Jugend bis zum 18. Lebensjahr sind der notwendige Flankenschutz.

Veranstaltungskalender

Montag, 5.März

Lüneburg, 8.30 Uhr: Berufungsverhandlung gegen den Bauern Reimers wegen Organisierung eines Agitationsstandes zur Unterstützung des chilenischen Volkes im Bundestagswahlkampf 1976. Landgericht Lüneburg, Saal 109. Der Prozeß wird bis Freitag fortgesetzt.

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorn Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt. Altona, im EKZ. Osdorf, im Elbe-EKZ. Bergedorf, Im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße
Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 6.März

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/Ecke Steinbekerstraße.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt.
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar.

Donnerstag, 8.März

Hamburg, 18.00 Uhr: SRK-Sporttrupp, Alsterschwimmhalle.

Freitag, 9.März

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann-Platz.

Hamburg, 19.00 Uhr: Soldaten und Reservisten, Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Techniktrupp: Einführung in die Lautsprecheranlagen, Teil 2. Beratung und Verabschiedung von Ausbildungsplänen für Bedienung und Bau von Lautsprecheranlagen und Kraftfahrzeugtechnik. Gaststätte ,,Bei Marlies", Ecke Chemnitz-, Hospitalstraße.

Samstag, 10.März

Verkauf der KVZ und revolutionärer Literatur

Hamburg, 10.00 Uhr: , Gerhard-Hauptmann-Platz.
Uelzen, 10.00 Uhr: in der Fußgängerzone.

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79

Reihe Geschichte Preußens

Bergedorf: 5. bis 9. März, 20.00 Uhr, Lichtwarkhaus.

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Stade: 5. bis 9. März, 19.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.

Reihe zur Europäischen Gemeinschaft

Eimsbüttel: 5. bis 9. März, 19.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6.

Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf der Völker

Wandsbek: 12. bis 16. März, 19.30 Uhr, Studentenheim Ölmühlenweg 33.

Reihe Arabien und die Entwicklung der politischen Kämpfe

Billstedt: 12. bis 16. März, 20.00 Uhr, Schule Möllner Landstr. 28.

Reihe Türkei

Harburg: 12. bis 16. März, 20.00 Uhr, Elbschloßklause, Bunatwiete 2.

Reihe deutsche Geschichte

St. Pauli: 12. bis 16. März, 19.30 Uhr, Schule Ludwigstr. 6.

Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien

Lüneburg: 12. und 13. März, 19.30 Uhr, Gaststätte Südbahnhof.
14. bis 16. März, Volkshochschule an der Münze, Stucksaal.
Altona: 12. und 15. März, 19.30 Uhr, Fachschule Max-Brauer-Allee 134.
13., 14. und 16. März, Astra-Bierstuben, Thedestraße 51.
Barmbek: 12. bis 16. März, 19.30 Uhr, Schule Fränkelstraße 3.

Nieder mit Imperialismus und Kriegsvorbereitungen!

b.mas. Über 1000 Menschen haben sich am 3.3. vor dem Lüneburger Rathaus versammelt, um die Faschistenkundgebung „Für ein europäisches Völkergefängnis" anzugreifen. Den ganzen Tag über konnte die NPD ihre Kräfte aus ganz Niedersachsen nicht zusammenziehen. Ihre Kundgebung bestand lediglich aus 15 Mitgliedern. Obwohl das Manöver der Bourgeoisie, mit einer „antifaschistischen Kundgebung" (SPD, CDU, FDP, DKP, DAG und die Gewerkschaftsführung vom DGB hatten dazu aufgerufen) den Kampf gegen die Faschisten zu sabotieren, geplatzt ist, ist es nicht gelungen, die NPD-Kundgebung zu verhindern. Auf der Linie „Nazis raus aus der Stadt" kann der Kampf nicht erfolgreich geführt werden.

HAW fordert Lohn bei Schnee

b.Hamburg. Die HAW-Belegschaft kämpft um die volle Bezahlung der durch Schnee ausgefallenen Arbeitstage. Laut MTV-Chemie müssen die Kapitalisten einen Tag bezahlen. Den zweiten und dritten gefehlt wollen die HAW-Kapitalisten nicht bezahlen. Den einbehaltenen Lohn setzen sie zur Spaltung ein, sie zahlen für den 12. bis 14.2. eine Anwesenheitsprämie von 50 Pfg/Stunde und für Überstunden einen gesonderten Aufschlag von 2 DM/Stunde und 20 DM wenn der Arbeiter in der Fabrik übernachten mußte. 150 Arbeiter und Angestellte hatten einen, 70 zwei Tage oder mehr gefehlt, meistens wegen Fahrverbot. Der BR fordert Bezahlung aller Tage und höhere Zuschläge für Überstunden.

beiter in der Fabrik übernachten mußte. 150 Arbeiter und Angestellte hatten einen, 70 zwei Tage oder mehr gefehlt, meistens wegen Fahrverbot. Der BR fordert Bezahlung aller Tage und höhere Zuschläge für Überstunden.

Schulleiter zensiert herunter

b.Hamburg. Die Zensierung eines Lehrers mit einem Lehrauftrag wurde von der Schulleitung über die Klassenkonferenz um eine Zweidrittel-Note gesenkt. Der Lehrer hatte in einer zehnten Klasse in Biologie einen Zensurendurchschnitt von 2,3 gegeben. Dem stellvertretenden Schulleiter Peters war dieser Notendurchschnitt zu hoch, er meinte, nach einem ungeschriebenen Gesetz dürfe der Notendurchschnitt nicht besser als 2,8 sein.

Der Hamburger Senat will die Diäten erhöhen

b.syb. Der Hamburger Senat will jetzt noch mehr Gelder aus den Steuern abpressen, um somit den Abgeordneten der Bürgerschaft mehr Diäten zu zahlen. Bisher bekommen die Handlanger der Kapitalisten 1350 DM steuerfrei plus 25 DM steuerfreies Sitzungsgeld und als Fahrkosten entweder eine HVV Jahreskarte oder jährlich 850 DM. Geplant ist 1650 DM steuerfrei, eine Unkostenpauschale (die es jetzt nicht gibt) von 400 DM ohne Beleg oder 1250 DM mit Beleg, Sitzungsgeld 40 DM steuerfrei und Fahrkosten 2400 DM jährlich. Begründet wird die geplante Diätenerhöhung damit, daß in den anderen „Feierabendparlamenten" Berlin und Bremen viel mehr, 3750 DM und 3000 DM, gezahlt werden als in Hamburg.

Bauer Druck fordert Normalarbeitstag

b.Hamburg. Über ein Jahr hat die Firmenleitung bei Bauer Druck Köln KG Hamburg einen Entwurf des BR zur Arbeitszeitordnung schmoren lassen und erst beim Heinrich Bauer Verlag eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Der BR von Bauer Druck Köln KG Hamburg will jetzt auf Grundlage der Vereinbarung mit dem Verlag verhandeln und teilte dies im September der Firmenleitung mit. Erst am 27.12.1978 erhielt der BR einen neuen Entwurf von der Firmenleitung zugestellt. Für die Beschäftigten bei Bauer Druck Köln KG geht es bei der Arbeitszeitregelung darum, zu verhindern, daß die 40-Stunden-Woche weiter verletzt wird. Zwar hat im letzten Jahr die Zahl der Überstunden abgenommen aufgrund der Tätigkeit der Abteilung „Zentrale Arbeitssteuerung", aber nur durch geschicktere Verteilung der Arbeit, also Mehrbelastung – die Firma rechnet aber weiterhin z.B. für die Urlaubszeit fest mit Überstunden, weil das billiger ist als Neueinstellungen.

Lohnkürzungen wegen „zuviel Ausschußproduktion"

Die Bekum-Belegschaft führt den Lohnkampf weiter

b.rop. Gleich nach dem 4,3%-Abschluß gehen die Bekum-Kapitalisten daran, die erkämpfte Tariferhöhung rückgängig zu machen. Vor drei Wochen hat sie acht Arbeitern den Lohn um 20 Pfg gekürzt, wegen „zuviel Ausschußproduktion". Die Kollegen haben dies Manöver sofort als Angriff auf die ganze Belegschaft bekämpft. Die Kollegen aus der Dreherei haben nahezu einheitlich für eine Woche die Überstunden verweigert. Wie eine heiße Kartoffel haben die Kapitalisten ihren Angriff auf die acht Kollegen fallen lassen. Jetzt erklären sie der Belegschaft offen den Kampf. Mindestens ein Drittel der Belegschaft, in der Fräserei 90% der Kollegen haben folgendes Schreiben der Geschäftsleitung erhalten: „Aufgrund der von Ihnen fehlerhaft ausgeführten Arbeiten sind uns im Jahr 1978 Ausschuß- und Nacharbeitskosten von ... DM (hier sind Beträge bis zu 1000 DM angegeben) entstanden. Dieses liegt über dem betrieblichen Durchschnitt. Wir weisen darauf hin, daß falls in der nächsten Zeit keine spürbare Besserung der Qualität Ihrer Arbeit festgestellt wird, Sie mit einer Neufestsetzung ihrer außertariflichen Zulage zu rechnen haben." Die Ausschußproduktion ist Ergebnis der Arbeitshetze und Ergebnis der Arbeit mit schlechtem und altem Werkzeug. Sie geht also auf das Konto der Kapitalisten. Der Brief ist nichts anderes als der Versuch, einen Spaltkeil in die Belegschaft zu treiben, um günstige Voraussetzungen zu haben, den Lohn insgesamt zu senken.

Bei Bekum arbeiten fast nur Facharbeiter. Sie sind nach der 4,3%-Erhöhung in folgende Lohngruppen eingeteilt: LG 6 – 9,30 DM, LG 7 – 9,84 DM, LG 8 – 10,83 DM, LG 9 – 11,81 DM. Das macht einen Bruttolohn von 1600 bis 2050 DM. Die Kapitalisten zahlen zusätzlich außertarifliche Zulagen von bis zu 1 DM pro Stunde, so daß sich der Lohn maximal um 170 DM erhöht. Die Höhe der Zulagen wird willkürlich festgesetzt. Dieses Spaltungsmittel soll durch die Kürzung der übertariflichen Zulagen voll zur Entfaltung gebracht werden.

Von dem Lohn kann man keine Familie ernähren, so daß die Kollegen gezwungen sind, Überstunden zu machen. 80% der Belegschaft macht regelmäßig Überstunden, davon zwei Drittel täglich zwei Stunden, ein Drittel täglich eine Stunde. Für mehr als 80 Kollegen bedeutet das einen Normalarbeitstag von zehn Stunden täglich. Jede Streichung der übertraiflichen Zulagen verstärkt den Zwang zur Überstundenarbeit. Die Kapitalisten sind so wild darauf, weil sie dadurch die unbezahlte Mehrarbeit erhöhen und die Profite gewaltig steigern können. Bei Bekum gibt es seit Jahren Kämpfe gegen die Überstunden. Die Grundlage für den erfolgreichen Kampf ist jedoch der Kampf um Lohn. Im letzten Jahr ist ein Betriebsratsmitglied bei Bekum zurückgetreten. Hartnäckig hat er festgehalten gegenüber der Geschäftsleitung und ist gegen die Überstunden aufgetreten. Daß er sich nicht durchsetzen konnte, liegt daran, daß die dauernden Lohnsenkungen nicht erfolgreich bekämpft worden sind.

Die Kapitalisten arbeiten hartnäckig an der Spaltung der Belegschaft in dieser Frage. Die Jugendvertretung von Bekum hält fest an der Forderung: „Keine Überstunden der Auszubildenden!" Die Lehrlinge haben einen Lohn von 456 bis 623 DM. Brauchen sie z.B. ein Kleinkraftrad, um zum Betrieb zu kommen, müssen sie allein monatlich ca 110 DM aufbringen. Reparaturen und Anschaffung nicht mitgerechnet. Sie haben sich jetzt ein Kilometergeld von 32 Pfg erkämpft. Trotzdem reicht der Lehrlingslohn nicht, um die Arbeitskraft zu reproduzieren. Die Kapitalisten wollen jetzt die Überstunden bei den Lehrlingen durchsetzen. Dabei setzen sie am niedrigen Lehrlingslohn an. Das ist die Grundlage für die Hetze gegen die Jugendvertretung: „Wenn Ihr Überstunden macht, kriegt Ihr nur Ärger mit Eurer Jugendvertretung." Die gewählten Vertretungsorgane der Belegschaft wollen sie isolieren, damit sie dann mit der Belegschaft Schlitten fahren können.

Die Belegschaft hat mit dem Kampf gegen die Streichung der außertariflichen Zulagen gezeigt, daß sie den Lohnkampf das ganze Jahr über führt. Richtig ist es, jetzt die tarifliche Absicherung der Zulagen zu fordern und den 4,3%-Abschluß zum Ausgangspunkt zu nehmen für die nächste Lohnrunde, in der auf jeden Fall Festgeldforderungen durchgesetzt werden im letzten Jahr am 1. Mai gefordert hat.

Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen! Verbot der Überstunden! Unter diesen Forderungen ist es richtig, sich am 1. Mai zusammenzuschließen.

Mit Sonderschulen und „Sozialpolitik" wird die Arbeiterjugend unterdrückt als Billigstarbeiter für die Kapitalisten

Mit Sonderschulen und „Sozialpolitik" wird die Arbeiterjugend unterdrückt als Billigstarbeiter für die Kapitalisten

b.led. „Kinderkriminalität in Harburg 11% höher als in Hamburg", „Harburgs Kinder alkoholgefährdet" – mit solchen Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse gibt die Bourgeoisie Zunder für Maßnahmen zur verschärften Unterdrückung der Arbeiterjugend, und hetzt gegen die Eltern, um von der wirklichen Ursachen des Elends abzulenken.

Der Hamburger Senat verschärft die Auslese an den Schulen – die Sonderschulen werden aufgefüllt zwecks Schaffung eines reichhaltigen Angebots für die Kapitalisten an billigster Arbeitskraft: Mehrere Kinder aus der Rüschsiedlung in Finkenwerder, deren Bewohner der Senat nach hartnäckigem Kampf aus ihren Wohnungen vertrieben und zum großen Teil in die Neubausiedlungen in Neuwiedenthal gesteckt hat, wurden in Neuwiedenthal auf die Sonderschule verfrachtet.

Das funktioniert nicht reibungslos – Eltern und Schüler wehren sich gegen die Schulunterdrückung. Die Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden vollständig unterdrückt – Unterwerfung unter ihr Kommando – das ist das Erziehungsziel der Bourgeoisie. Die Unterdrückung in der Schule wird ergänzt durch die Unterdrückung in der Freizeit. Neuwiedenthal z.B.: In diesem Neubaugebiet gibt es für Tausende von Kindern und Jugendlichen ganze drei „Freizeiteinrichtungen", die sich allesamt unter der Fuchtel des Staates oder der Kirche befinden! Sie sind wenig besucht und teuer: Eine Cola kostet 1 DM. In Neugraben gibt es von der Kirche aus „Freizeitgestaltung" unter Aufsicht des Pastors. Die Jugendlichen kriegen Hausausweise verpaßt; wer jünger als 12 Jahre ist, darf nicht an der Disco teilnehmen. Der Pastor verteilt Hausverbote für die, die rebellieren.

In Neuwiedenthal haben drei staatliche Sozialarbeiter eine „Kellertruppe" – für sozial schwache Kinder eingerichtet – sechs Kinder werden von ihnen kontrolliert. Einzige Freizeiteinrichtung für Erwachsene und Kinder in Neuwiedenthal ist das mit Steuergeldern finanzierte „Krematorium" – ein Betonplatz mit einem riesigen Kamin und Schornstein in der Mitte zum „Grillen". Was die Massen von dem Ding halten, sagt schon der Name, den sie ihm verpaßt haben.

Die Jugendlichen rebellieren gegen die dauernde Bespitzelung und Kontrolle. Sie gehen nicht zu den staatlich beaufsichtigten Treffs, sondern müssen, um sich der Aufsicht zu entziehen, auf den Spielplätzen oder in den Fluren der Wohnblocks sich treffen. Daß Jugendliche sich betrinken, dem wollen die bürgerlichen Parteien einen Riegel vorschieben durch „verschärfte Kontrollen" und „striktes Verbot des Alkoholverkaufs an Jugendliche". So sieht es ein Gesetzentwurf der Harburger Bezirksversammlung vor: Für Neuwiedenthal und Kirchdorf-Süd fordert die CDU den Einsatz von „streetworkers", staatlichen Jugendpolizisten, die in den Wohngebieten rumschnüffeln sollen. Verbote, Bestrafungen, Abschiebung ins Heim – das sind ihre Erziehungskonzepte. Alle verfolgen den einzigen Zweck, den Jugendlichen die vollständige Unterwerfung einzubläuen für die Ausbeutung durch die Kapitalisten. „Wir wollen (den Jugendlichen, d. Verf.) helfen, indem wir ihnen helfen beim Übergang vom Heim in die Arbeitswelt und in ein selbständiges Leben" (HAN, Februar 1979), ist das Ziel einer Initiative „Bürger und Kinder" in Harburg.

Rosemarie Frommhold, Leiterin der „Zentrale für die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität in Hamburg": „Wir müssen jetzt sehen, wie wir mit polizeilichen Mitteln... das Leben der Familien in Betonsilos und Wohnghettos in eine Phase der Konsolidierung führen können." (HAN, 26.5.1978)

Die Kapitalisten wollen die jugendliche Arbeitskraft billig und zurechtgebogen für die Schinderei in der Fabrik. Viele Jugendliche in Harburg, Wilhelmsburg und Neuwiedenthal finden keine Lehrstelle und werden gezwungen, ihre Arbeitskraft als Hilfsarbeiter zu verkaufen, oftmals noch unter dem Druck des Kapitalisten, auf den Berufsschulbesuch zu verzichten. Phoenix in Harburg stellt Lehrlinge ein – durch die Stufenausbildung ausgesiebt, und der Großteil nach der Lehre arbeitslos auf der Straße, findet man sich später wieder.

Gegen all diese Maßnahmen gibt es Kampf. Die Jugendlichen schließen sich – wie in Wilhelmsburg – zusammen gegen das Notensystem. Sie kämpfen für Jugendhäuser, in denen sie selbst bestimmen, was sie machen und nicht der Staat, und sie organisieren sich im Kampf gegen die Stufenausbildung.

Streit um den NDR

Die Arbeiterklasse baut ihr eigenes Nachrichtennetz auf

b.ulh. Rettet den NDR – so hilferuft es von Seiten u.a. des KB Nord. Und Albrecht tröstet: einen christdemokratischen Rundfunk wolle er doch gar nicht. Na, bitte.

Der NDR ist bisher eine Länderanstalt von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Und sie steht vollständig unter der Knute der Bourgeoisie: ein Rundfunkrat (24 Mitglieder aus gesetzlichen Körperschaften, 12 NS, 6 HH, 6 SH) wählt den Verwaltungsrat (8 Mitglieder: 4 NS, 2 HH, 2 SH) und dieser einen Intendanten. Entscheidend sind Rundfunk- und Verwaltungsrat, die Weisungen erteilen können und noch einen Programmbeirat einsetzen (24 Mitglieder, 17 wählt der Verwaltungsrat, 7 die Landesregierungen), der über das ganze Programm „berät". In den Sendegrundsätzen des Staatsvertrages über den NDR heißt es: „(1) Der NDR hat seine Sendungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu halten... (2) Der NDR soll die internationale Verständigung fördern, zum Frieden und zur Gerechtigkeit mahnen. Er darf nicht einseitig einer politischen Partei oder Gruppe... dienen." Und diese Institution wollen besagte Leute retten.

Die bürgerlichen Parteien streiten sich gegenwärtig um den NDR, weil sie noch bessere Möglichkeiten für ihre reaktionäre Propaganda herausschlagen wollen – jeder auf seinem Gebiet. Unter der Hand vollziehen sie dabei gewisse Änderungen im Rundfunksystem. Am 5.2.79 hat der NDR-Intendant einen Rahmenplan verkündet, der folgendes vorsieht: Errichtung von eigenen Studios in Lübeck, Cuxhaven, Aurich, Lüneburg, Göttingen; Ausstrahlung eines nahregionalen Programms im Raum Flensburg; Einrichtung einer „Umschau am Morgen"; spezifische Ländernachrichten und Verbesserung der Ausrüstung für Reportagen. Zweck soll die „Vermittlung der Nahwelt" sein. Auf deutsch: Schließung weiterer Poren, um das Propagandamonopol der bürgerlichen Klasse zu effektivieren. Uns geht es deshalb nicht um „Rettet den NDR", sondern um die Verbesserung des Nachrichtennetzes der Arbeiterklasse.

Rundfunkmonopol der Bourgeoisie – Ausbildung „Roter Radisten"

Im Gegensatz zu den schon genannten Kräften hat die Arbeiterklasse von Anfang an das bürgerliche Rundfunkmonopol bekämpft. Und die Bourgeoisie hat von Anfang an alle Unterdrückungsregister gezogen, um sich ihr Rundfunkmonopol zu retten.

In Deutschland hat Hans Bredow als Staatssekretär im Postministerium die Entwicklung des Rundfunks gelenkt. Er sah in der Reichspost den Besitzer des Funkregals (Recht zum Funken), den Besitzer der Funksender und den Lizenzgeber der Rundfunkhörer wie auch der Programmorganisationen. Die Post stellte die Funksendeanlagen zur Verfügung und setzte durch einseitigen Hoheitsakt die Bedingungen fest, zu denen sie den Rundfunkgesellschaften eine Lizenz erteilte.

In der Weimarer Verfassung hieß es in Artikel 6,7. daß „das Reich die ausschließliche Gesetzgebung über das Post- und Telegrafenwesen einschließlich des Fernsprechwesens" habe. Am 14.5.1924 erließ der Reichspostminister eine Verfügung, die besagte, daß die Sender der Post gehören und die Sendeanstalten entsprechende Abkommen zu schließen haben. Am 14.1.1928 folgte das Fernmeldeanlagengesetz, das dem Postminister die gesetzliche Handhabe verschaffte, die Verleihungsbedingungen für Rundfunklizenzen festzulegen. §1 des Gesetzes gab dem Reich allein das Recht, Fernmeldeanlagen zu errichten und zu betreiben, worunter auch alle Funkanlagen gehörten.

Dagegen hat die Arbeiterklasse den Kampf organisiert. Sie hat Arbeitersender organisiert und den unmittelbaren Angriff auf die bürgerliche Propagandamaschine. Der „Freie Radio-Bund" in der Weimarer Republik organisierte zum Beispiel gemeinsame Radiohörabende, deren Zweck war, im Anschluß zu den Sendeanstalten zu demonstrieren und die Reporter zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem organisierte die Arbeiterbewegung die Ausbildung zu „Roten Radisten". Der Stand der Entwicklung der Produktivkräfte machte es ohne größere Schwierigkeiten möglich, eigene Funkstationen zu errichten. Die „Roten Radisten" schalteten sich direkt in die Sendungen der Bourgeoisie ein, ertrickstensich ganze Sendungen und bildeten die Massen zu „Roten Funkern" aus. Die Faschisten setzten am 24.2.1933 das Verbot dieser Organisation durch.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat an den Erfahrungen ihrer Vorgänger angeknüpft und das Weimarer Gesetz zum Fernmeldewesen übernommen. 1952 wurde der „Vertrag von Atlantic City" für die BRD übernommen, der ausdrücklich den Rundfunkdienst zum Fernmeldewesen rechnet.

Von der Arbeit der kleinen Bauern werden ausschließlich die Kapitalisten fett

b.uwh. Nach Angaben der „Statistischen Monatshefte“ gibt es gegenwärtig 149675 landwirtschaftliche Betriebe auf 2,8 Mio. ha. Das sind 100000 weniger als vor drei Jahren. Die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein veröffentlichte folgende Bilanz des Bauernlegens: Die Zahl der gehaltenen Schweine ist von 1950 bis 1978 von 1,3 auf 1,8 Mio. gestiegen, gleichzeitig hat sich die Zahl der Schweinehalter von 130000 auf 18000 gesenkt! Der Rinderbestand hat sich von 1 auf 1,6 Mio. erhöht. Die Zahl der Bauern ist von 60000 auf 26000 gesunken. Eine stattliche Leistung der Finanzbourgeoisie.

Zugleich gibt der Genossenschaftsverband Niedersachsen bekannt, 1978 hätten die Kredite gegenüber 1977 eine Zuwachsrate von 15,5% (1977 gegenüber 1976: 13,9%). Angeschlossen sind dem Verband 375 Volksbanken und Raiffeisenbanken, also die, wo die Bauern ihre Kredite herbeziehen. Die Kreditsumme für den einzelnen Landwirt erhöhte sich durchschnittlich auf inzwischen 35000 DM, vermeldet die Hannoversche Landeskreditanstalt. Die Neuausleihungen seien 1978 um 21% gestiegen auf insgesamt 245 Mio. DM.

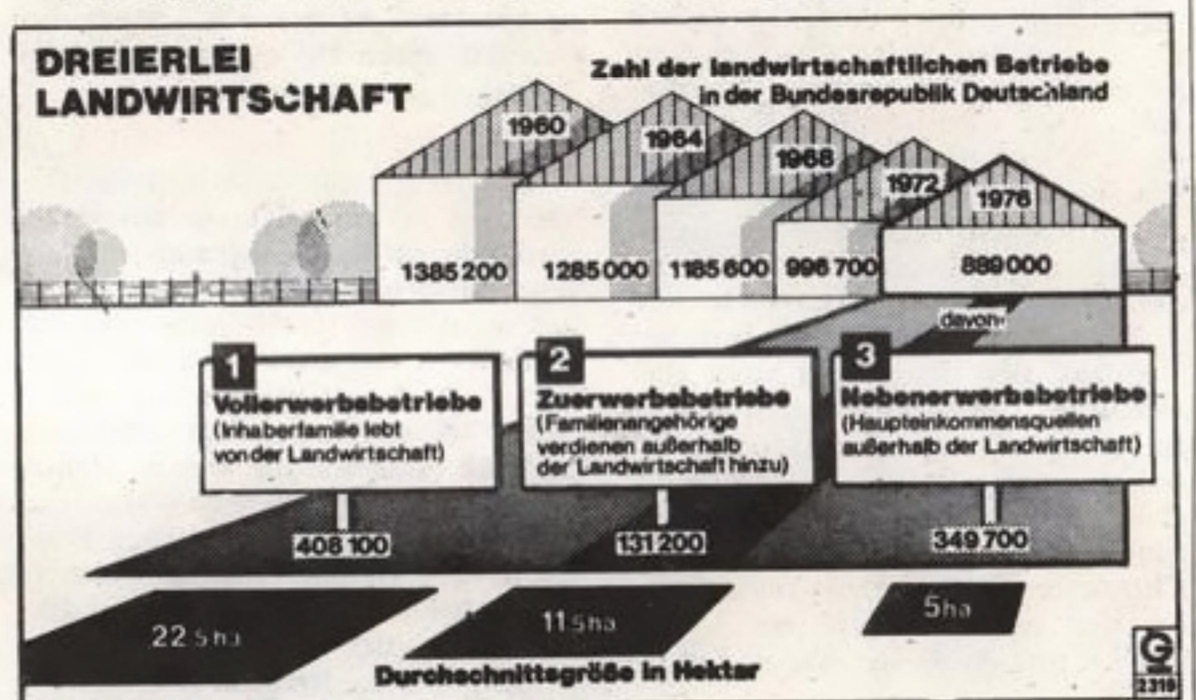
All diese Veröffentlichungen passen gut zusammen. Stetes Legen der kleinen Bauern – gleichzeitig wachsender Zwang zur Zinsknechtschaft. Unser Schaubild zeigt die Tendenz am Beispiel der Weizenprodukte: Relative Senkung der Erzeugerpreise, relative Verbilligung der Grundstoffe für die Kapitalisten und maßlose Plünderung der Arbeiter und Volksmassen. Der Nutzen dieser Darstellung besteht darin, daß man belegen kann, wie die Finanzbourgeoisie Arbeitern *und* Bauern gleichzeitig im Nacken sitzt. Der Mangel besteht darin, daß die Verhältnisse in Wirklichkeit drastischer sind. Die Angaben sind aus bürgerlicher Quelle, Erzeugerpreis ist noch lange nicht gleich Erzeugerpreis. Zum Beispiel Milch: Es ist ein Unterschied, ob fabrikmäßig oder in mühsamer Kleinarbeit produziert wird. Wegen fehlendem Kälteschutz erkranken derzeit viele Tiere an Drüsenentzündung. Das bedeutet, Quantität und Fettgehalt geht zurück, teilweise sinkt dann der Preis auf 40 Pfg. (Normaler Durchschnitt 54 Pfg.) Ebenfalls geht bei dem Wetter viel Futtergut vor die Hunde.

Durch Einteilung in A, B und C-Klassen bei Zuckerrüben (EG-Norm), gelingt es den Zuckerkapitalisten immer wieder, den Bauern zusätzliche C-Teile aufzudrücken, auf die es keine Absatzgarantie gibt und die so zu Schleuderpreisen abgegeben werden müssen. Bekamen die Rübenbauern 1971 noch 4 DM Abschlag auf den DZ, mußten die Bauern im Kreis Viersen z.B. 75000t für 3 DM hergeben, weil ihre Rüben in die C-Kategorie gedrückt wurden.

Alles Beispiele, daß die Erzeugerpreise der kleinen und mittleren Bauern weiter gedrückt werden, als es in dem Schaubild zum Ausdruck kommt.

Gegen diesen Druck und die EG-Politik führen die Bauern Kämpfe. Der Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung wird hergestellt. Zehn Landwirtschaftsstudenten aus Rendsburg schickten im Januar eine Solidaritätsresolution an die streikenden Stahlarbeiter in Bochum. Ein gutes Beispiel.

Index
Grundstoffpreis Weizenmehl (Großhandel)
Einkaufspreis für Weizenkleie
Verbraucherpreis Weißbrot
Erzeugerpreis Weichweizen
160 150 140 130 120 110 100
70 71 72 73 74 75 76



Fast 40 Prozent „Feierabendbetriebe“

b.ulh. Das Schaubild zeigt, in welchem Ausmaß die Bourgeoisie die kleinen Bauern legt. Mehr als 30% der Betriebe wurden vernichtet und von den noch Bestehenden werfen über die Hälfte nicht einmal soviel ab, daß sie die Familien der kleinen Bauern ernähren, sie können nur als Zuerwerbs- oder Nebenerwerbsbetriebe geführt werden. Die Ruinierung der Bauern und der Zwang zu ständiger Mehrarbeit bei sinkendem Einkommen sind die eine Seite der Ergebnisse der Politik der Bourgeoisie, die andere Seite ist die Erhöhung des Produktionswertes der westdeutschen Landwirtschaft. Diesen Wert schöpfen die Großgrundbesitzer, die Landmaschinen- und andere Landwirtschaftskapitalisten ab. Die Ergebnisse des Agrarberichts 1977 weisen das aus: – Steigerung des Produktionswertes der Landwirtschaft um 14,4%, – Rückgang des Reineinkommens je Familienarbeitskraft um bis zu 6% nach Rechnung des Ernährungsministeriums, – höchste Reingewinne bei den Vollbetrieben mit über 50000 DM Standardbetriebseinkommen je Familienarbeitskraft, – Erhöhung der Bruttoanlageinvestitionen um 26,7% auf 7,4 Mrd. DM. Allein für Ackerschlepper stiegen die Investitionen um 39,3%. Um diese Investitionen zu tätigen, müssen sich die kleinen Bauern hoch verschulden und in die Fänge des Finanzkapitals begeben, tätigen sie sie nicht, wird ihre Arbeit trotz aller Schinderei unproduktiv. Das Privateigentum an den Produktionsmittels, den Maschinen und Fabriken ruiniert die kleinen und mittleren Bauern.

Holsten erhöht die Bierpreise

b.syb. Jetzt gab die bürgerliche Presse bekannt, daß die Holsten-Brauerei die Bierpreise erhöhen will. Durchschnittlich soll der halbe Liter Holsten-Edel in der Flasche um 10 bis 20 Pfennig, ein 0,4l Glas soll um 10 Pfennig teurer werden. Insgesamt macht die Erhöhung 10% aus, wobei die Holsten-Kapitalisten 5% einstreichen wollen und die anderen 5% bei den Groß- und Einzelhändlern bleibt.

1975 betrug der Umsatzerlös der Holsten-Brauerei 282 Mio. DM, eine Steigerung um 7%. 1976 war es ein Umsatzerlös von 323,2 Mio. DM, eine Steigerung von 14,5%. Der Bilanzgewinn der Holsten-Brauerei betrug 1975 6,5 Mio. DM und 1976 4,1 Mio. DM. Begründet wird die Preiserhöhung nach Holsten-Direktor Christian Müller: „Im vergangenen Jahr sind Strom um 10%, Frischwasser um 17,4%, Heizöl um 10%, Autoreparaturen um 10,6%, Hopfen um 8,4%, die Facharbeiter-Stunde um 17,1% teurer geworden“ (Bild 27.2.). Schuld seien auch die Absatzschwierigkeiten, vor allem im Ausland, wo z.B. Nigeria eine Bierimportsperre erlassen hat. Ebenfalls werden den englischen Arbeitern und ihren Streikaktionen die Schuld mit in die Schuhe geschoben. In der Ausbeutung der Arbeiter ist die Holsten-Brauerei immer noch „die Nr. 1 im Norden“, 1712 Hektoliter haben die Holsten-Kapitalisten 1978 pro Arbeiter herausgeschunden. 1979 haben sie mit verstärkter Rationalisierung vor, aus den Arbeitern 2000 Hektoliter pro Beschäftigten herauszuschinden. Üble Methoden werden dabei benutzt. Arbeiter werden nur noch mit Zeitverträgen bis längstens ein halbes Jahr eingestellt. Das machen die Kapitalisten, weil sie (laut Tarif) nach einem halben Jahr die Löhne erhöhen müßten. Alle halbe Jahre frische Arbeiter, diese dann durch harte Knochenarbeit bei Akkord- und Schichtarbeit anständig ranklotzen lassen, so denken es sich die Holsten-Kapitalisten. Die Bierpreiserhöhung ist da nur eine Maßnahme bei der Jagd nach Höchstprofiten. Die andere ist die verschärfte Auspressung der lebendigen Arbeitskraft.

Mittelstandsprogramm des Hamburger Senats: Der Zugriff des Finanzkapitals auf die Kleinbetriebe wird enger

b.reb. Unter dieser Losung betreibt der Hamburger Senat sein Mittelstandsprogramm. „Die Selbsthilfe geht der staatlichen Förderung vor“ (§ 2). „Rechtsansprüche auf finanzielle oder sonstige Förderung werden durch dieses Gesetz nicht begründet“ (§ 18). Dies sind die Kernpunkte des 1977 verabschiedeten „Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen“, in dem der Hamburger Senat seine Mittelstandspolitik als Gesetz festgelegt hat. Je ein großer Kapitalist frißt viele kleinere auf. Dieses Gesetz will und kann der Hamburger Senat nicht außer Kraft setzen. Dort, wo die Vorschüsse an fixem Kapital am größten sein müssen, ist die Zahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben (bis 100 Beschäftigte) am niedrigsten. So beträgt sie in Hamburg im Versicherungs- und Kreditgewerbe knapp 16% (BRD: 26%), im verarbeitenden Gewerbe 25% (BRD: 29%). Hoch hingegen sind die Zahlen im Gastgewerbe (Hamburg/BRD: 81%/92,4%), Handel (63%/72%) und Baugewerbe (57%/64%) (alle Zahlen nach Arbeitsstättenzählung 1970, neuere liegen nicht vor). Die Zahlen zeigen aber auch, daß Hamburg praktisch in allen Bereichen schon vor fast zehn Jahren an der Spitze der Konzentrationsbewegung stand. In Anbetracht der Krise der letzten Jahre dürfte der Prozeß sich erheblich beschleunigt haben.

In dieser Lage gibt es nicht viele „Chancen“, die diese Betriebe nutzen können. Wer sich nicht gerade als Lieferant von Luxusartikeln für die Bourgeosie einen Namen gemacht hat oder sich ansonsten wie Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer in den Nischen der imperialistischen Gesellschaft einnisten kann, der hat nur eine „Chance“, um den Untergang hinauszuzögern: Erbarmungslose Ausbeutung der wenigen Arbeiter.

Dies ist häufig möglich, weil die Belegschaft klein, der gewerkschaftliche Organisationsgrad gering ist und in Kleinbetrieben nicht einmal die geringsten gesetzlichen Rechte bestehen. In Betrieben unter sechs Beschäftigten gibt es weder das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, noch gibt es dort den ohnehin schon geringen Kündigungsschutz. Aber auch in den mittleren Betrieben schafft es der Kapitalist noch häufig, die Bildung eines Betriebsrates zu verhindern.

Gleichzeitig übt der bürgerliche Staat und die Finanzbourgeoisie erheblichen Druck über die Ausplünderung dieser Betriebe auf die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft aus. In der Steuergesetzgebung stehen viele Kleinbetriebe genauso schlecht da wie die Lohnabhängigen. Die notwendigen Standorte (ein Klein- oder Mittelbetrieb kann nicht einfach an den Stadtrand gehen) treiben die Grundsteuer hoch, und im Bereich aller staatlichen Gebühren sind die Sätze degressiv (wer also eine Maschinenanlage von 10 kw abnehmen läßt, zahlt etwa ein Drittel der Gebühren, wie der, der eine Anlage von 100 kw abnehmen läßt), z.T. sind die Gebührenordnungen nur für Klein- und Mittelbetriebe anwendbar. Die Finanzbourgeoisie plündert die Betriebe über Zinslasten und feste Aufträge, bei denen es die Bedingungen diktiert. Alle diese Gesetzmäßigkeiten verstärkt der Hamburger Senat mit seinen Programmen. Wirtschaftssenator Steinert hat dies in einem Vortrag von Februar 1979 dargelegt.

Da ist zunächst die „Führungsschwäche“ in solchen Betrieben. Der Senat zahlt solchen Betrieben teilweise die Honorare für betriebswirtschaftliche Beratungen, zahlt 200000 DM an das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft für Vorträge, Lehrgänge etc., organisiert Kurzberatungen und Betriebsbegehungen. „Sie müssen die Lohnkosten senken“, das wird A und O aller dieser Beratungen sein, über die sich der Senat dann gleich noch Einblick in die Betriebe verschafft.

„Innovationsförderung“ heißt das zweite Schlagwort. Auch hier wesentlich durch Beratungen im Verbund mit der Fachhochschule und später der TU Harburg. Dies soll dazu dienen, diese Betriebe direkt in den Bereichen einzusetzen, wo z.B. relativ viel hochspezialisierte Arbeitskraft eingesetzt werden muß (z.B. Feinmechanik) und bei denen es günstiger ist, die Produktion auszulagern.

Die tatsächlichen Zahlungen sind demgegenüber gering. Von Mitte 1976 bis Ende 1978 wurde in 1024 Fällen gefördert, die Gesamtkosten beliefen sich auf 11,5 Mio. DM (pro Fall: 11250 DM). Eine solche Förderung setzt nämlich voraus, „daß der Zuwendungempfänger nach Maßgabe seiner Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage eine angemessene Eigenleistung erbringt, sowie die Gewähr für die erfolgreiche Durchführung des Vorhabens bietet“ (§ 2 des FörderungsG). Zur Überprüfung steht die Kreditkommission zur Verfügung, die über die Vergabe von Krediten mitentscheidet und in der zwei Senatoren (Wirtschaft und Finanzen) und zehn ehrenamtliche Mitglieder, die von der Bürgerschaft gewählt werden, sitzen. Schließlich kann vor der Kreditierung noch eine betriebswirtschaftliche Beratung durchgeführt werden.

Es besteht so ein vollständiges Instrumentarium zur Lenkung der Klein- und Mittelbetriebe und Erhaltung der Betriebe, die die Finanzbourgeoisie braucht und die das gehörige Maß an Ausbeutung durchsetzen.

Solche Abhängigkeiten werden noch dadurch verstärkt, daß z.B. bei Bauvorhaben nicht einzelne Abschnitte getrennt vergeben werden, sondern eine Großfirma betraut wird, kleine Subunternehmer einzuspannen.



b.rad. Solche Hinterhofbetriebe sind zahlreich in Altona-Altstadt oder Ottensen, zum Teil nicht mehr genutzt. Über die Steuerausplünderung beschleunigt der bürgerliche Staat die Ruinierung der kleinen Handwerksbetriebe. Ein ebensolches Mittel ist auch die Stadtteilsanierung. Im Sanierungsgebiet Billrothstraße wollte der Senat ursprünglich die kleinen Handwerksbetriebe im Zuge seiner „großen Lösung“ legen. Das scheiterte jedoch am Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und Kleinbetriebebesitzer. Jetzt dreht der Senat es so: Er untersagt jede Betriebsvergrößerung per Bebauungsplan. Die Handwerker wissen aber, daß sie ohne Betriebserweiterungen nicht bestehen können. Umzugszuschüsse vom Senat soll es geben, „aber umziehen können wir nicht. Woanders die Mieten, das können wir nicht bezahlen.“ Bleibt: Renovierung auf eigene Kosten. Vor den Senatszuschüssen liegt ein Wall von schikanösen Antrags- und Bewilligungsverfahren. Das machen die meisten nicht mit.

Ablehnung des Schulbehördenrichtlienienentwurfs

b.ulh. Die Schulbehörde sieht sich gezwungen, dem Kampf gegen die ständige Aussieberei und Notenunterdrückung Zugeständnisse zu machen. „Mit der vorgelegten Richtlinie wird angestrebt: – die Zahl der verbindlich festgelegten schriftlichen Arbeiten zu senken... “ (Richtlinienentwurf vom 27.2.1979). In den Klassen 1 und 2 sollen keine, in den Klassen 3 bis 10 Klassenarbeiten in Deutsch, Mathematik und in den Fremdsprachen geschrieben werden. Pro Halbjahr in den entsprechenden Fächern zwischen drei und vier Arbeiten. Begründung: Die punktuelle psychische Belastung des Schülers solle vermindert werden. – An der verschärften Aussiebung soll sich aber nichts ändern, *denn:* „Jede Arbeit ist mit einer der vorgeschriebenen Noten zu bewerten“, diktiert die Schulbehörde, und : „Es empfiehlt sich, von Zeit zu Zeit in parallelen Klassen einer oder mehrerer Schulen Vergleichsarbeiten schreiben zu lassen.“ Werden die 5en und 6en nicht bekämpft, wird den Schülern das Zugeständnis der wenigeren Arbeiten nichts nützen, denn dann verfügt die Bourgeoisie nach wie vor über ihr Spaltungs- und Ausleseinstrument.

In der Richtlinie sind auch bereits weitere Verschärfungen angedeutet. So heißt es z.B.: „Klassenarbeiten als *eine* Form der schriftlichen Arbeit helfen dem Lehrer festzustellen,... “ und: „Für schriftliche Arbeiten, die nicht als Klassenarbeiten geschrieben, aber für die Findung der Zeugnisnote herangezogen werden, sind ebenfalls gesonderte Hefte oder Ordner zu führen, die bis zum Schluß des folgenden Schuljahres aufzubewahren sind.“ Der Druck, der vorher mit den Klassenarbeiten erzeugt wurde, soll jetzt durch Heftkontrolle und Hausarbeitsbewertung erzielt werden. Mit diesem Scheinzugeständnis brauchen sich Schüler, Eltern und Lehrer überhaupt nicht abspeisen zu lassen. Die Richtlinie muß durch ein Dokument ersetzt werden, in dem die Forderungen der Schulbewegung anerkannt werden: Weg mit dem Notensystem! Keine 5en und 6en mehr! Keiner darf durchfallen! Einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr!

Islamisches Recht – gegenüber dem Imperialismus fortschrittlich

z.hev. Mitten in der Revolution des iranischen Volkes strickte Peter Scholl-Latour, in kritischen Situationen bevorzugter Auslandsberichterstatter des ZDF, am 16.1. in den Fernsehnachrichten an einem Mythos, der jegliche Einsicht in die tatsächlichen Bewegungen in der islamischen Welt versperren soll: „Was sich heute abgespielt hat, klingt wie eine morgenländische Fabel. Ein einsamer Greis, 6000 km entfernt, der Ajatollah Khomeini, hat allein durch die Beschwörungskraft seines Wortes die mächtigste Dynastie der Erde zu Fall gebracht. Die Zeit der Mythen ist angebrochen, und der Iran schwankt zwischen Mollas und Militärs. Ein Erdrutsch ist im Gange, und man muß die Nachbarländer beobachten: Pakistan und die Türkei, den Irak und Saudi-Arabien".

Der Erdrutsch ist zwar im Gange, mit Beschwörung aber hat er gar nichts, mit dem vehement anschwellenden antiimperialistischen Befreiungskampf der islamischen Völker dagegen alles zu tun. Nicht die Beschwörungskraft eines Khomeini, sondern die Interessen und der Kampf von Millionen haben dem Imperialismus schwere Schläge versetzt. Wenn die islamischen Regeln und Gesetze, die islamische Religion hierbei eine wichtige Rolle spielten, so müssen sie den Interessen der Volksmassen nach Befreiung zumindestens zum Teil entsprochen haben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Wie aus der Karte zu ersehen ist, erstreckt sich der islamische Kulturkreis heute über große Teile Afrikas und Asiens, von Marokko bis zu den Philippinen. Im Kern war der Prophet Mohammed ein großer und keineswegs pazifistischer Führer der Herausbildung eines feudalen Staatswesens aus einer großen Anzahl bisher unabhängig voneinander existierender Beduinenstämme der arabischen Halbinsel. Mohammed starb 632 in Medina, das Jahr markiert den Beginn der islamischen Zeitrechnung. Otohammed wird der Koran zugeschrieben, eine Sammlung von religiösen und weltlichen Regeln, auf den sich trotz späterer Spaltungen alle Moslems berufen. Binnen weniger Jahrzehnte eroberten die Moslems die gesamte arabische Halbinsel, drangen nach Kleinasien und Persien bis ans Kaspische Meer vor, nach Ägypten und weiter über Nordafrika und Spanien bis nach Südfrankreich (Tours und Poitiers), wo sie von dem fränkischen Heerführer Karl Martell geschlagen und über die Pyrenäen zurückgedrängt wurden – ein Ereignis, das noch heute in allen Schulen Westeuropas als „Rettung vor den arabischen Horden" gefeiert und chauvinistisch verbraten wird. Die weitere Ausdehnung des Islam basierte auf der intensiven Handelstätigkeit arabischer Kaufleute und weiteren Eroberungsfeldzügen. Erst im 15. und den folgenden Jahrhunderten gelang den europäischen Kolonialisten die Unterwerfung der islamischen Völker. Nie gelungen ist ihnen die Missionierung der Moslems. Das Christentum hatte keine Chance, und das Standardwerk „Die Religion in Geschichte und Gegenwart" beziffert die Zahl der insgesamt „bekehrten" Moslems auf nicht einmal 100000, die meisten davon in Südostasien, weit weg vom eigentlichen Kernland des Islam, und trotz aller Versuche „Christus selbst zum Muslim sprechen zu lassen als jemand, der die tiefsten loyalen Gefühle des Muslim erfüllt, nicht aber (in westlicher Verzerrung) sie zu zerstören sucht." Das Christentum hatte und hat keine Chance, weil es die Religion der Unterdrücker und Ausbeuter war und ist.

In den Ausgang des 19. und den Beginn des 20. Jahrhunderts fallen die ersten Versuche islamischer Revolutionäre, die religiösen und kulturellen Empfindungen der Massen für den nationalen Befreiungskampf zu nutzen. Auf der Seite unten drucken wir Auszüge aus einer Rede des iranischen Revolutionärs Afghani von 1906 ab, die ein anschauliches Bild dieser Verbindung geben. Gegenüber dem maßlosen Elend, in das die kleinen Bauern und Handwerker durch Kolonialismus und Imperialismus getrieben worden waren, eröffnete das Angebot eines Staates, der auf islamischen Gesetzen und dem Koran basiert, die Aussicht auf gesicherte materielle Existenz. Die *Steuern* werden nach den Regeln des *Zakat* erhoben, Vorschriften, die bis ins 11. Jahrhundert zurückreichen und die heute noch oder wieder in vielen Länder des islamischen Kulturkreises gelten. Danach bleiben 4 Kamele, 29 Rinder, 39 Schafe und Ziegen steuerfrei, und die dann einsetzende Besteuerung erreicht keine 10%. Futtergetreide ist steuerfrei, die Steuer für Weizen, der zu Mehl verarbeitet wird, für Reis und andere Nahrungsmittel wird grundsätzlich erst fällig, wenn die Ernte eingebracht wird. Die Besteuerung von Vermögen und Einkommen, früher berechnet in Gold und Silber, liegt zwischen 2,5 und 5%. Der jetzige Präsident Pakistans, Mohammad Zia-ul-Haq, mißt der Steuerfrage eine so große Bedeutung bei, daß er in einer Rede zur Einführung eines islamischen Systems vor der Nationalversammlung am 11.2.79 *Zakat* und *Ushr* (den Zehnten) ausführlich beschreibt. Bestimmte Landbesitzer brauchen nur 5% *Ushr* zu bezahlen, weitere 5% können sie freiwillig geben für gemeinschaftliche Aufgaben der Gemeinde.

Der „Weg zurück ins Mittelalter", über den die Imperialisten aus wohlverstandenem Interesse heraus und äußerst verbittert lamentieren, erweist sich als durchaus von Vorteil für die Millionen kleinen Bauern und Handwerker. In dem Charakter der materiellen Verbesserungen liegt es begründet, daß es gerade die kleinen Handwerker, Händler und Bauern sind, die die Führerschaft der islamischen Priester wie des Ajatollah Khomeini akzeptieren, daß die Ziele des nationalen Befreiungskampfes religiös verklärt erscheinen und die Religion des Islam eine wichtige Rolle spielt. Der Einfluß des Islam ist noch so stark, daß die Ziele der Arbeiterklasse nach Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, nach der klassenlosen Gesellschaft vielfach aus dem Koran begründet werden. Dazu sagte der algerische Religionsminister Maulud Qasim im Juli 1972 in einem Interview: „Unser sozialistischer Gedanke basiert auf dem Islam, und zwar seit 14 Jahrhunderten, wobei uns die unterschiedliche Anwendung des sozialistischen Gedankens in den verschiedenen islamischen Epochen nebensächlich erscheint. Es gibt einen *hadith* (Überlieferung), in dem sogar direkt auf den Sozialismus angespielt wird: ,Drei Dinge haben die Menschen gemeinsam: Das Wasser, den Weidegrund und das Feuer.' Mit dem Feuer sind nach unserer Interpretation die Energiequellen gemeint." Und der Gründer der Baath-Partei, Michel 'Aflaq schrieb 1956: „Der Islam ist vom Augenblick seines Erscheinens eine revolutionäre Religion gewesen, ein Aufstand gegen Überzeugungen, Traditionen, Interessen – und er kann daher nur von Revolutionären verstanden werden. Die revolutionäre Situation ist unteilbar, ewig und unbeweglich, sie ist dieselbe in allen Perioden der Geschichte."



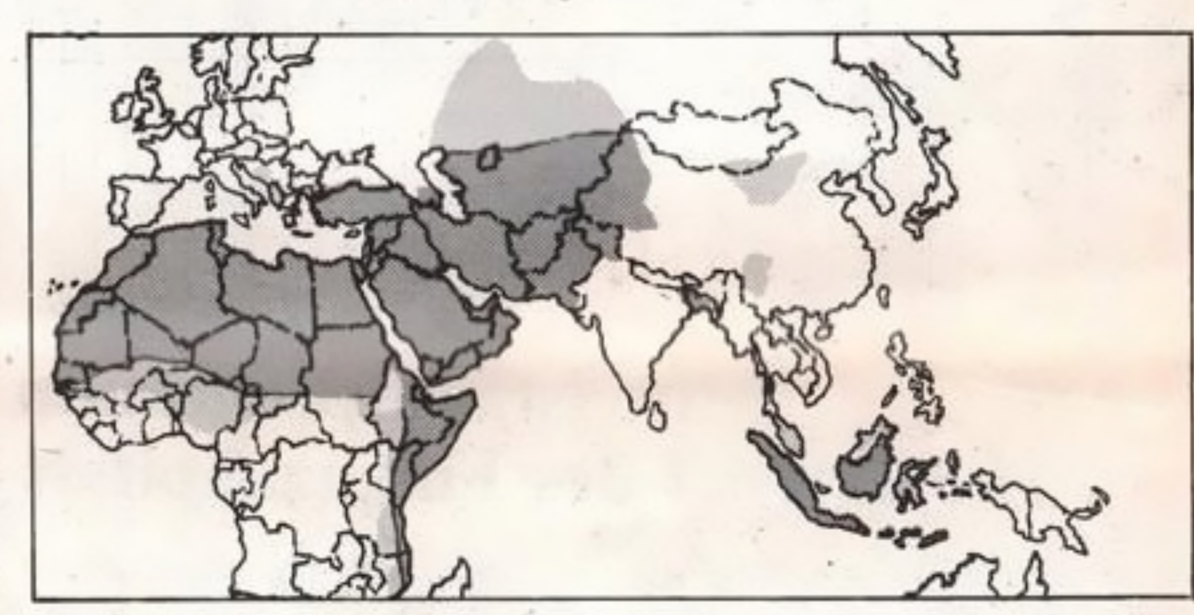
z.shm. Die Frauen in den islamischen Ländern haben immer aktiv den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus geführt. Tabari, Chronist des Kampfes der ägyptischen Volksmassen gegen die napoleonische Besatzung 1798 berichtet, wie die französischen Soldaten vor den „verschleierten und freien Frauen" fliehen mußten, die sie mit heißem Öl aus den Fenstern begossen.

Den Status der islamischen Frau regeln die Kapitel 2 und 4 des Korans. Beide gehen davon aus, daß es notwendig ist, die Frau ökonomisch abzusichern, in der Ehe, sowie in allen Fragen, die das Eigentums- und das Erbrecht betreffen. Die Ehe basiert auf Gütertrennung. Juristisch ist die Frau nur der Gemeinde der Muslime verantwortlich. Sie behält ihren Mädchennamen auch nach der Eheschließung als Ausdruck ihrer Selbständigkeit. Sie hat die Verantwortung für den Haushalt und für die Kindererziehung. Ihre Versorgung obliegt dem Mann als Mitglied der Gemeinde der Muslime. Kann er das nicht, dann muß die Gemeinde das übernehmen.

Entscheidend für ihre ökonomische Selbständigkeit ist die Morgengabe: „Und gebt den Frauen ihre Morgengabe als Geschenk (so daß sie freiwillig darüber verfügen können). Wenn sie euch aber freiwillig etwas davon überlassen, dann könnt ihr es unbedenklich verbrauchen." (Koran IV,4). Ein Teil wird der Braut vor der Eheschließung ausgehändigt, den weitaus größeren Teil erhält sie im Falle einer Scheidung, egal ob sie oder der Mann die Scheidung beantragt.

Sie ist erbberechtigt und erhält in der Regel die Hälfte vom Anteil des Mannes, da mit dem Erbe die Fürsorgepflicht für sie und die Kinder keineswegs entfällt.

Verbreitung des Islam heute



Dunkles Raster: überwiegend islamische Bevölkerung (in 41 Staaten ist der Islam Staatsreligion). Helles Raster: teilweise islamische Bevölkerung.

Dokumente

Mohammad Zia-ul-Haq, Präsident Pakistans
„Botschaft an die Nation", 2.12.1978

Für den Aufbau einer Islamischen Gesellschaft müssen wir nicht-islamische Spuren aus unserer Lebensweise und Wirtschaft, unseren Gesetzeswerken und unserer Rechtsprechung, unserem Erziehungssystem und unserer Kultur entfernen und all dies in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Islam bringen. Heute machen wir einen praktischen Schritt hin zum ideologischen Ziel, das von den Moslem unter der geistigen Führung von Quaid-i-Azam vor 38 Jahren gesetzt wurde.

Vor der Nationalversammlung am 11.2.79

Wir wollen damit beginnen, daß wir *Zakat* und *Ushr* wieder aufgenommen haben. Die hauptsächliche Bedeutung des *Zakat* besteht darin, daß es als bedeutender Grundpfeiler des Islam Wirtschaft und Wohlstand der Gesellschaft betrifft. ...

Der Islam schützt nicht nur das Leben und das Eigentum, sondern er schützt auch die Würde und die Ehre. Der Zweck dieses Gesetzes ist es, das Volk vor falschen Behauptungen und Unterstellungen zu bewahren. Bestraft werden vier Verstöße, die als „Hudood" bekannt sind (Trunkenheit, Diebstahl, Ehebruch, Anstiftung zum Ehebruch, Red.), und diese schwere Bestrafung wird erst dann durchgeführt, wenn die Schuld nach den Bedingungen des Sharia (islamisches Recht, Red.) überprüft und vollständig bewiesen ist.

Rede Djamal ad-Din al-Afghanis an das iranische Volk zu Beginn der Revolution 1906 gegen die britischen Imperialismus und die Kadjaren-Dynastie

„Im Namen Allahs des Barmherzigen und Allerbarmers
An den Führer der iranischen Revolution, Hajj Mohammed Hassan Shirasi, an die gesamte Nation, an ihre Vertreter und Gelehrte, Gott stärke mit ihnen den Islam und die Muslime und besiege die herrschsüchtigen Ungläubigen! Schon lange gieren die westlichen Staaten danach, die iranischen Gebiete zu annektieren, aus Interesse und aus Habgier. Dazu haben sie schon eine List nach der anderen angewandt, um dort einzudringen und ihre Herrschaft zu errichten, darauf hoffend, daß das Volk unachtsam wäre. Sie wollten damit vermeiden, daß das Volk gegen sie revoltiert (wenn sie in das Land einmarschieren). Sie mußten aber erkennen, daß es unmöglich ist, ihr Bild zu erreichen, solange die Ulamas (die Religionsgelehrten) so einflußreich sind.

... Da dachten die Franken (= die Europäer), daß es an der Zeit sei, die iranischen Gebiete zu beherrschen, ohne Kampf und ohne Krieg. Sie behaupteten, daß die Macht der Religionsgelehrten, die immer den Islam und seine Gebiete verteidigt haben, gebrochen sei, ihr Einfluß sei verschwunden. Mit triefenden Mäulern eilte ein jeder von ihnen herbei, um sich einen Happen dieses Reiches einzuverleiben. Das Recht erhob sich, und brandmarkte das Unrecht. Es wurde besiegt. Der halsstarrige Tyrann wurde erniedrigt...

Bei Gott, der Wahnsinn, die Glaubenslosigkeit, die Habgier und die Dummheit haben sich verbündet, um die Religion zu zerstören, das Gesetz abzuschaffen und das islamische Territorium kampflos den Ausländern zu übergeben.

...Ihr seid die Waffenbrüder Allahs auf Erden, über alle Spaltungsmanöver erhaben. Der Teufel hat es schon aufgegeben, Zwietracht unter Euch zu säen. Ihr seid eine Hand, mit der Allah seine Religion gegen die Gottlosen und ihre Helfershelfer verteidigt. Alle Menschen, außer denen, die Allah zu Mißerfolg und Niederlage verurteilt hat, folgen Euch. Wenn Ihr den Sturz dieses Tyrannen fordert, dann werden Euch alle folgen, der Hohe und der Niedere, der Reiche und der Arme, zumal alle unter dieser ungerechten und hirnlosen Herrschaft leiden, einer Herrschaft, die weder die Grenzen gesichert, noch die Armee gestärkt, noch das Land fruchtbar gemacht, noch die Wissenschaft verbreitet, noch den Islam gestärkt hat...

Wehe Euch, Ihr weisen Gelehrten, wenn Ihr zögert, einen Herrscher zu stürzen, dessen Herrschaft illegal, dessen Handlungen Sünde und dessen Befehle Schande sind. Nachdem er das Blut der Muslime ausgesaugt, die Knochen der Armen verspeist und die Menschen nackt und barfuß gemacht hat, hat ihn sein Wahn dazu gebracht, den Ausländern ein Land auszuliefern, das eine unzerstörbare Festung für den Islam, ein Schutzwall für den wahren Glauben gewesen ist. Seine hirnlose Verschwendung und Dummheit hat ihn dazu geführt, das Wort der Gottlosen zu achten und sich unter das Banner des Unglaubens zu stellen."